



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Bericht

Feldarbeit: Mai – Juni 2023

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Dieses Dokument stellt nicht den Standpunkt der Europäischen Kommission dar. Die darin enthaltenen Interpretationen und Meinungen sind ausschließlich die der Autoren.

Projekttitel: Eurobarometer 538 Klimawandel – Bericht

Sprachfassung: EN

Katalognummer: ML-03-23-358-DE-N

ISBN: 978-92-68-05355-3

DOI: 10.2834/653431

© Europäische Union, 2023

<https://www.europa.eu/eurobarometer>

Bildnachweis: Getty Bilder



Dokument von Pierre Dieumegard für [Europa-Demokratie-Esperanto](#)

Ziel dieses „vorläufigen“ Dokuments ist es, mehr Menschen in der Europäischen Union auf Dokumente aufmerksam zu machen, die von der Europäischen Union (und durch ihre Steuern finanziert) erstellt wurden. **Ohne Übersetzungen sind Menschen von der Debatte ausgeschlossen.**

Dieses Dokument „Eurobarometer“ war [nur in englischer Sprache](#) in einer pdf-Datei. Aus dieser ursprünglichen Datei haben wir eine odt-Datei erstellt, die von Libre Office Software erstellt wurde, für die maschinelle Übersetzung in andere Sprachen. Die Ergebnisse sind nun [in allen Amtssprachen verfügbar](#).

Es ist wünschenswert, dass die EU-Verwaltung die Übersetzung wichtiger Dokumente übernimmt. „Wichtige Dokumente“ sind nicht nur Gesetze und Vorschriften, sondern auch die wichtigen Informationen, die erforderlich sind, um gemeinsam fundierte Entscheidungen zu treffen.

Um unsere gemeinsame Zukunft gemeinsam zu diskutieren und zuverlässige Übersetzungen zu ermöglichen, wäre die internationale Sprache Esperanto aufgrund ihrer Einfachheit, Regelmäßigkeit und Genauigkeit sehr nützlich.

Kontaktieren Sie uns:

[Kontakto \(europokune.eu\)](mailto:europokune.eu)

<https://e-d-e.org/-Kontakti-EDE>

Inhaltsverzeichnis

EINFÜHRUNG.....	4
ZUSAMMENFASSUNG.....	8
I. EUROPÄISCHE WAHRNEHMUNG DES KLIMAWANDELS.....	10
1. Wahrnehmung des Klimawandels als globales Problem.....	11
2. Wahrgenommene Ernsthaftigkeit des Klimawandels.....	26
II. MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS ERGREIFEN.....	31
1. Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels.....	32
2. Persönliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels.....	39
3. Arten der individuellen Aktion.....	42
III. EINSTELLUNG ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS UND ÜBERGANG ZU SAUBEREN ENERGIEN.....	54
1. Einstellung zu Maßnahmen gegen den Klimawandel.....	57
2. Einstellung zur Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe.....	61
3. Einstellung zur öffentlichen finanziellen Unterstützung für saubere Energien im Gegensatz zu Subventionen für fossile Brennstoffe.....	64
4. Einstellung zur Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels.....	68
5. Einstellung zur Bekämpfung des Klimawandels und Umweltfragen als Priorität zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit.....	72
6. Einstellung zum Kompromiss zwischen den durch den Klimawandel verursachten Kosten im Vergleich zu den Kosten eines grünen Wandels.....	75
IV. BLICK IN DIE ZUKUNFT.....	78
1. Aktuelle Maßnahmen der nationalen Regierungen zur Bekämpfung des Klimawandels.....	79
2. Ziele für erneuerbare Energien.....	82
3. Energieeffizienzziele.....	89
4. Ein klimaneutrales Europa bis 2050.....	96
V. DIE EU UND DIE ENERGIEKRISE.....	99
1. Reaktion der EU und der Mitgliedstaaten auf die Energiekrise in Bezug auf die grüne Energiepolitik.....	100
2. Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten zur Entlastung des wirtschaftlichen Drucks.....	104
VI. EUROPÄER UND IHRE NATÜRLICHE UMWELT.....	114
1. Exposition der Europäer gegenüber Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen.....	115
2. Zugang der Europäer zu Natur und Grünflächen.....	119
SCHLUSSFOLGERUNG.....	122
Technische Spezifikationen.....	125
Fragebogen.....	130
Kommentare.....	137

EINFÜHRUNG



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Mit dem europäischen Grünen Deal hat sich die Europäische Union verpflichtet, der erste klimaneutrale Kontinent zu werden. Die EU strebt ein grünes Wirtschaftswachstum an, das von der Ressourcennutzung entkoppelt ist und niemanden oder keinen Platz zurücklässt. Der Grüne Deal wurde 2020 mit der Verpflichtung ins Leben gerufen, die Netto-Treibhausemissionen der EU im Vergleich zum Stand von 1990 bis 2030 um mindestens 55 % und bis 2050 auf Netto-Null zu senken. Im Juni 2021 wurde das Europäische Klimagesetz verabschiedet, mit dem eine rechtliche Verpflichtung für die EU-Länder geschaffen wurde, beide Ziele zu erreichen.

Entscheidend für die Erreichung dieser Ziele ist die Annahme einer Reihe klimapolitischer Vorschläge, die als „Paket „Fit für 55“ bezeichnet werden. Dieses gesamtgesellschaftliche Paket enthält Vorschriften für Energie, Verkehr, Emissionshandel und -reduzierung sowie Landnutzung und Forstwirtschaft. Sie umfasst sowohl neue Initiativen als auch Überarbeitungen bestehender Rechtsvorschriften. Um den Übergang zur Klimaneutralität zu finanzieren, werden 30 % der gesamten EU-Ausgaben bis 2027 für klimabezogene Projekte verwendet¹.

Der für die Umsetzung dieser Reformen erforderliche ökologische Wandel ist entscheidend für den langfristigen Wohlstand der EU. Das sich verändernde Klima hat bereits erhebliche Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft und ihre Bürger. Die Sommertemperatur in Europa im Jahr 2022 war mit erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit am höchsten. In ganz Europa wurden in diesem Jahr über 61.000 Todesfälle hitzebedingt verursacht². An der wirtschaftlichen Front in den letzten 40 Jahren haben klimabedingte Ereignisse weltweit finanzielle Verluste in Höhe von mehr als 487 Mrd. EUR verursacht; allein die wirtschaftlichen Kosten von Überschwemmungen und Waldbränden übersteigen durchschnittlich 7 Mrd. EUR pro Jahr³. Der EU-Tag für die Opfer der globalen Klimakrise wurde am 15. Juli 2023 ins Leben gerufen, um an die Verlorenen bei klimabedingten Katastrophen zu erinnern und das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass unsere Klimaresilienz gegen solche Ereignisse gestärkt werden muss.

Der ökologische Wandel wird den Bürgern und künftigen Generationen weitreichende Vorteile bringen, darunter bessere und erschwinglichere öffentliche Verkehrsmittel, eine sichere Versorgung mit sauberer Energie, die Wiederherstellung der biologischen Vielfalt und sauberer

Luft sowie neue zukunftssichere Arbeitsplätze und Qualifizierungsmaßnahmen für den Übergang.⁴

Dieses Sonder-Eurobarometer ist das jüngste in einer Reihe, das sich auf die Einstellung der Europäer zum Klimawandel konzentriert und zuletzt das Eurobarometer 513 vom März bis April 2021 ist⁵.

Diese neueste Ausgabe des Berichts umfasst sechs Hauptbereiche:

- Die Wahrnehmung der Europäer von der Schwere des Klimawandels.
- Maßnahmen gegen den Klimawandel: die WHO trägt die Hauptverantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels und die Arten von persönlichen Maßnahmen, die zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen werden.
- Einstellungen zu Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und zum Übergang zu sauberer Energie: einschließlich der Einstellung zu Maßnahmen gegen den Klimawandel, der Unterstützung für die Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe und der Bereitstellung öffentlicher finanzieller Unterstützung für saubere Energie, der Kostenauswirkungen von Maßnahmen gegen Untätigkeit und der Einstellung zur Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels.
- Blick in die Zukunft: ob die nationalen Regierungen genug tun, um den Klimawandel zu bekämpfen; ob die nationalen Regierungen oder die Europäische Union Ziele für erneuerbare Energien festlegen sollten; die Bedeutung der nationalen Regierungen und der EU, die Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ergreifen; und Unterstützung dafür, dass die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral wird.
- Die EU und die Energiekrise: sollte angesichts der derzeitigen Energiekrise die Geschwindigkeit des ökologischen Wandels erhöht werden und wie die EU und die nationalen Regierungen darauf reagieren sollten, den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck abzubauen.
- Zugang der Europäer zu Natur und Grünflächen
- Exposition der Europäer gegenüber Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen

1 <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/climate-change/>

2 <https://www.nature.com/articles/s41591-023-02419-z>

3 <https://www.consilium.europa.eu/en/policies/climate-change/>

4 https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_en

5 [Klimawandel – Juli 2021 – Eurobarometer-Umfrage \(europa.eu\)](#)

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Wenn möglich, werden die Ergebnisse mit denen aus früheren Umfragen verglichen. Bei Vergleichen mit der vorherigen Erhebung im Jahr 2021 sollte jedoch aufgrund methodischer Unterschiede infolge der COVID-19-Pandemie Vorsicht geboten werden. Insbesondere wurde für die Ausgabe 2021 aufgrund der damals geltenden Lockdown-Beschränkungen ein viel höherer Anteil der Befragten online und nicht persönlich befragt.

Diese Umfrage wurde vom Kantar-Netzwerk in den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zwischen dem 10. Mai und dem 5. Juni 2023 durchgeführt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Methodik für diese Erhebung

Dieses Eurobarometer 538 zum Klimawandel war Teil der Eurobarometer-Welle 99.3 und wurde vom 10. Mai bis 5. Juni 2023 durchgeführt. Die verwendete Methode war die der Standard-Eurobarometer-Erhebungen der Generaldirektion Kommunikation (Referat Medienüberwachung und Eurobarometer)⁶. Interviews wurden durch persönliche Interviews durchgeführt, entweder physisch in den Häusern der Menschen oder durch Remote-Videointeraktion in der entsprechenden Landessprache. Interviews mit Remote-Videointeraktionen („online face-to-face“ oder CAVI, Computer Assisted Video Interviewing) wurden nur in Tschechien, Dänemark, Malta und Finnland durchgeführt. Ein technischer Hinweis zu den Interviews der Mitgliedsinstitute des Kantar-Netzwerks ist diesem Bericht beigelegt. Es gibt auch die Konfidenzintervalle an.

Im gesamten Bericht werden die Ergebnisse mit dem Eurobarometer Special 513 von 2021 verglichen⁷. Aufgrund der Auswirkungen von COVID-19 war die im Jahr 2021 verwendete Methodik in einigen Ländern jedoch das Computer-Assisted Web Interviewing (CAWI). Die Länder, in denen sich die Methodik im Vergleich zu 2021 vollständig unterscheidet, sind Belgien, Tschechien, Dänemark, Estland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Portugal, Finnland, Schweden. Die Länder, in denen sich die Methodik im Vergleich zu 2021 teilweise unterscheidet, sind Griechenland, Malta, die Niederlande, Slowenien und die Slowakei. Daher sollten die Entwicklungen im Vergleich zu 2021 mit Vorsicht interpretiert werden. Wenn möglich, wurden die Ergebnisse mit Special Eurobarometer 490 von 2019 verglichen⁸. Der diesem Bericht beigelegte technische Vermerk enthält auch die Unterschiede bei den Methoden zwischen 2023 und 2021.

Gemäß der EU-Datenschutz-Grundverordnung⁹ (DSGVO) wurden die Befragten gefragt, ob sie zustimmen würden, Fragen zu Themen gestellt zu werden, die als „sensibel“ angesehen werden könnten.

Wir möchten uns bei den Menschen in der Europäischen Union bedanken, die ihre Zeit für die Teilnahme an dieser Umfrage angeboten haben.

Ohne ihre aktive Teilnahme wäre diese Studie nicht möglich gewesen.

Anmerkung: In diesem Bericht werden die EU-Länder durch ihre offiziellen Abkürzungen bezeichnet. Die in diesem Bericht verwendeten Abkürzungen sind:

Belgien	SEIN	Litauen	LT
Bulgarien	BG	Luxemburg	LU
Tschechien	CZ	Ungarn	HU
Dänemark	DK	Malta	MT
Deutschland	DE	Die Niederlande	NL
Estland	EE	Österreich	BEI
Irland	IE	Polen	PL
Griechenland	EL	Portugal	PT
Spanien	ES	Rumänien	RO
Frankreich	FR	Slowenien	SI
Kroatien	PERSONAL ABTEILUNG	Slowakei	SK
Italien	IT	Finnland	FI
Republik Zypern	CY *	Schweden	SE
Lettland	LV		

Europäische Union – gewichteter Durchschnitt für die 27 Mitgliedstaaten

EU-27

BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV, LT

Euro-Währungsgebiet

BG, CZ, DK, HR, HU, PL, RO, SE

Außerhalb des Euro-Währungsgebiets

Zypern ist einer der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der gemeinschaftliche Besitzstand wurde jedoch in dem Teil des Landes ausgesetzt, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden nur die Interviews in dem von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Teil des Landes in die Kategorie „CY“ und im Durchschnitt der EU27 aufgenommen.

6 <https://www.europa.eu/eurobarometer>

7 [Klimawandel – Juli 2021 – Eurobarometer-Umfrage \(europa.eu\)](#)

8 [Klimawandel – September 2019 – Eurobarometer-Umfrage \(europa.eu\)](#)

9 2016/679

ZUSAMMENFASSUNG

Der Klimawandel gilt als das drittgrößte Problem der Welt als Ganzes, und mehr als drei Viertel der Europäer glauben, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem für sich ist.

- Die drei größten Probleme der Welt als Ganzes sind Armut, Hunger und Trinkwassermangel (20 %), bewaffnete Konflikte (19 %) und Klimawandel (17 %).
- Der Klimawandel wird von den Befragten in sieben Ländern als das gravierendste Problem der Welt angesehen: Belgien, Dänemark, Deutschland, Irland, Malta, die Niederlande, Österreich, Finnland und Schweden. Es gehört zu den Top 3 in 16 der 27 Länder.
- 46 % der Befragten sind der Meinung, dass der Klimawandel eines der gravierendsten Probleme der Welt ist und an dritter Stelle hinter Armut, Hunger und Trinkwassermangel (58 %) und bewaffneten Konflikten (52 %) liegt. Mehr als jeder fünfte Befragte in jedem Mitgliedstaat ist der Ansicht, dass der Klimawandel eines der gravierendsten Probleme der Welt ist.
- Mehr als drei Viertel (77 %) aller Befragten glauben, dass der Klimawandel derzeit ein sehr ernstes Problem ist – die Schwere des Klimawandels zwischen 7 und 10 auf einer Skala von 10. Dies gilt für die Mehrheit der Befragten in jedem Mitgliedstaat. In der Tat geben 31 % ihm die maximale Punktzahl von 10 an, was darauf hindeutet, dass es sich um ein extrem ernstes Problem handelt.

Mehr als neun von zehn Europäern haben mindestens eine Maßnahme zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen, obwohl die Mehrheit der Meinung ist, dass Regierungen, Wirtschaft und Industrie in diesem Bereich verantwortlich sind.

- Die Mehrheit der Europäer ist der Ansicht, dass die Europäische Union (56 %), nationale Regierungen (56 %) und Wirtschaft und Industrie (53 %) für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind. Mehr als ein Drittel ist der Ansicht, dass regionale und lokale Gebietskörperschaften verantwortlich sind (36 %) oder sich persönlich verantwortlich halten (35 %), während 29 % der Meinung sind, dass Umweltgruppen verantwortlich sind. Die Befragten können mehrere Antworten auswählen.
- Mehr als sechs von zehn (63 %) geben an, dass sie in den letzten sechs Monaten Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, und in 21 Mitgliedstaaten gibt die Mehrheit an, dass sie Maßnahmen ergriffen haben.

- Mehr als neun von zehn Befragten haben mindestens eine Maßnahme ergriffen, die zur Bekämpfung des Klimawandels beitragen würde, wobei mindestens acht von zehn in jedem Mitgliedstaat mindestens eine Maßnahme ergriffen haben.
- Die einzigen Maßnahmen, die von mindestens der Hälfte ergriffen werden, sind der Versuch, Abfälle zu reduzieren und regelmäßig für das Recycling zu trennen (70 %) und versuchen, den Verbrauch von Einwegartikeln zu reduzieren (53 %). Beide Maßnahmen sind seit 2021 zurückgegangen.
- Fast vier von zehn (37 %) geben an, dass beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes ein niedrigerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor für ihre Wahl ist. Dieses Ergebnis stellt den zweiten Rückgang in Folge seit 2019 dar.
- Andere Maßnahmen, die von mindestens einem von fünf ergriffen werden, sind der Kauf und der Verzehr von weniger Fleisch (31 %), regelmäßig umweltfreundliche Alternativen zu ihrem privaten Auto wie Wandern, Radfahren, öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing (28 %) oder den Kauf und Verzehr von mehr Bio-Lebensmitteln (28 %).

Die Mehrheit der Europäer ist sich einig, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel Vorteile haben können.

- Mehr als acht von zehn Befragten (84 Prozent) sind sich einig, dass die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltfragen eine Priorität für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sein sollte (41 % stimmen vollkommen zu, 43 % stimmen zu).
- Fast acht von zehn (78 %) sind sich einig, dass mehr öffentliche finanzielle Unterstützung für den Übergang für saubere Energien bereitgestellt werden sollte, selbst wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten (36 % stimmen völlig zu, 42 % stimmen zu).
- Drei Viertel der Befragten (75 %) sind sich einig, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel zu Innovationen führen werden, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen (29 % stimmen zu, 46 % stimmen zu).
- Fast ebenso viele (73 %) sind sich einig, dass die Kosten für die durch den Klimawandel verursachten Schäden viel höher sind als die Kosten für Investitionen in einen grünen Wandel (33 % stimmen völlig zu, 40 % stimmen zu).

Klimawandel

- Sieben von zehn Befragten (70 %) sind sich einig, dass eine Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen kann (27 % stimmen vollkommen zu, 43 % stimmen zu).
- Mehr als sechs von zehn (63 %) sind sich einig, dass die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels den Bürgerinnen und Bürgern in der EU zugute kommen kann.

Die nationalen Regierungen und die EU werden nachdrücklich unterstützt, Ziele für erneuerbare Energien festzulegen und Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 zu ergreifen.

- 67 % der Befragten glauben, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut, um den Klimawandel zu bekämpfen, ein Rückgang um acht Prozentpunkte seit März bis April 2021. Mit Ausnahme der Befragten in Finnland ist jedoch die Mehrheit in jedem Mitgliedstaat der Meinung, dass ihre Regierung nicht genug tut.
- Fast neun von zehn halten es für wichtig, dass ihre nationale Regierung (87 %) und die Europäische Union (87 %) Maßnahmen ergreifen, um die Nutzung erneuerbarer Energien bis 2030 zu erhöhen. Im Fall der nationalen Regierung ist dies der niedrigste Stand der Unterstützung im Vergleich zu früheren Umfragen.
- Mehr als acht von zehn Befragten halten es für wichtig, dass ihre nationale Regierung (86 %) und die Europäische Union (85 %) bis 2030 Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Solarmodule zu installieren oder Elektroautos zu kaufen). Im Falle der nationalen Regierung ist dies erneut das niedrigste Niveau der Unterstützung.
- Fast neun von zehn (88 %) stimmen der Erklärung zu, dass die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduziert werden sollten, während die verbleibenden Emissionen ausgeglichen werden sollten, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.

Mindestens sieben von zehn Befragten in jedem Mitgliedstaat denken so.

Die Mehrheit der Europäer ist der Ansicht, dass der Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigt werden sollte.

- Angesichts des Anstiegs der Energiepreise und der Beschränkungen der Gasversorgung aufgrund der Maßnahmen Russlands sind 58 % der Befragten der Ansicht, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigt, die Energieeffizienz erhöht und der Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigt werden sollte. Ein Viertel (25 %) ist der Meinung, dass das Tempo des Übergangs beibehalten werden sollte. 12 % sind der Meinung, dass während der Energiekrise mehr fossile Brennstoffe verwendet werden sollten und der Übergang zur grünen Wirtschaft verlangsamt wurde.
- Die Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden (29 %), und wirtschaftliche Maßnahmen zur Begrenzung des Preises der Energierechnungen für Haushalte wie die Besteuerung der Gewinne von Energieunternehmen und die Einführung von Energiepreisobergrenzen (29 %) sind die bevorzugten Maßnahmen, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu verringern, und die einzigen Maßnahmen, die von mindestens einer von vier erwähnt werden.

Mehr als ein Drittel fühlt sich persönlich mit Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen konfrontiert

- Fast vier von zehn (37 %) geben an, dass sie persönlich Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen ausgesetzt sind (7 % sehr exponiert, 30 % etwas exponiert). Auf nationaler Ebene gibt es erhebliche Unterschiede, wobei die Anteile, die sich ausgesetzt fühlen, von 64 % in Portugal bis 9 % in Finnland reichen.

I. EUROPÄISCHE WAHRNEHMUNG DES KLIMAWANDELS



Im ersten Kapitel dieses Berichts wird untersucht, ob die Europäer den Klimawandel für das größte oder eines der schwerwiegendsten Probleme halten, mit denen die Welt heute konfrontiert ist. Auch die Wahrnehmung der Europäer über die Schwere des Klimawandels wird diskutiert.

1. Wahrnehmung des Klimawandels als globales Problem

Klimawandel rangiert an dritter Stelle unter den schwerwiegendsten Problemen der Welt insgesamt

Die Befragten erhielten eine Liste von 11 Problemen und fragten, welche sie als die gravierendsten der heutigen Welt betrachteten.¹⁰ Der Klimawandel ist nach „Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser“ und „bewaffneten Konflikten“ das drittgrößte Problem.

Jeder Fünfte (20 %) spricht von Armut, Hunger und Trinkwassermangel, einem Anstieg um drei Prozentpunkte seit März bis April 2021 und einem Anstieg des Rangs vom zweiten auf den ersten Platz.

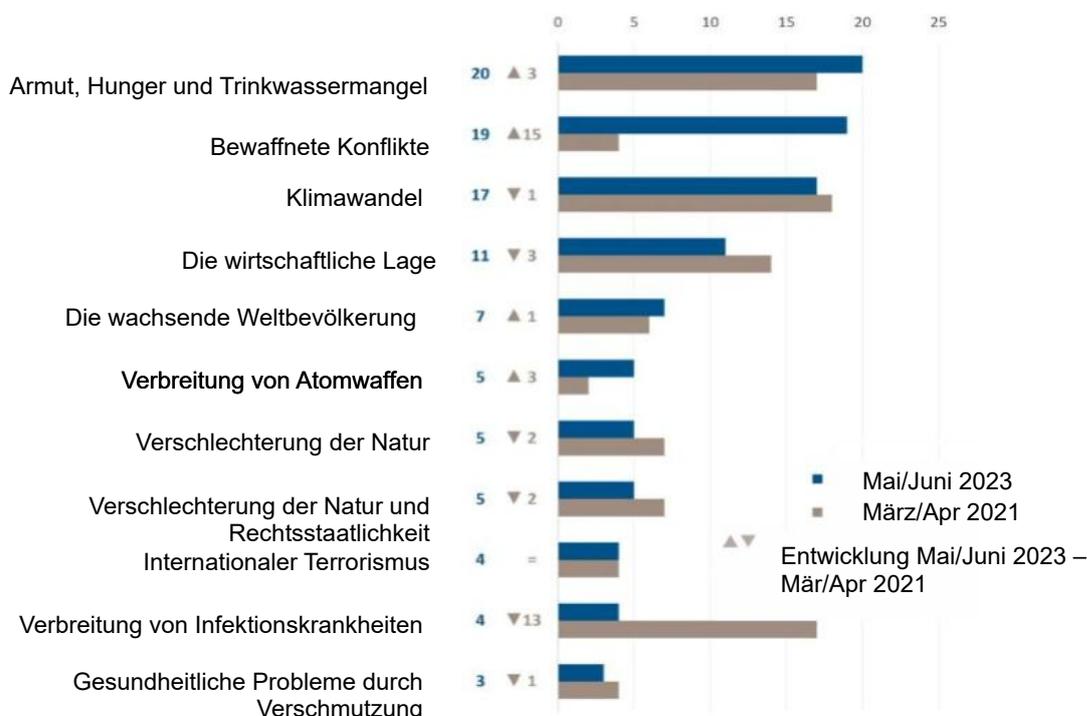
Fast ebenso viele Befragte erwähnen bewaffnete Konflikte (19 %, + 15 Prozentpunkte). Dieses Problem hat sich von der 8. Position in der vorherigen Erhebung auf den zweiten Platz in der aktuellen Welle verlagert¹¹. Dies spiegelt wahrscheinlich den Ausbruch des Krieges nach der Invasion Russlands in die Ukraine im Februar 2022 wider.

Fast jeder Fünfte (17 %, -1 pp) ist der Ansicht, dass der Klimawandel das schwerwiegendste Problem ist. Es liegt nun an dritter Stelle, nachdem er 2021 den ersten Platz belegt hat.

Die wirtschaftliche Lage hält die vierte Position (11 %, -3 pp) und ist das einzige andere Problem, das von mindestens einem von zehn Befragten angesprochen wird. Die wachsende Weltbevölkerung ist von der siebten auf den fünften Platz gestiegen (7 %, + 1 pp).

Andere Probleme werden von nicht mehr als einem von zwanzig erwähnt: die Verbreitung von Atomwaffen (5 %, + 3), die Verschlechterung der Natur (5 %, -2 Prozentpunkte), die Verschlechterung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (5 %, -2 Prozentpunkte), der internationale Terrorismus (4 %, keine Veränderung), die Ausbreitung von Infektionskrankheiten (4 %, -13 pp) und Gesundheitsprobleme aufgrund von Verschmutzung (3 %, -1 pp).

QC1a Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (%-EU27)



10 QC1a. Welches der folgenden Punkte ist Ihrer Meinung nach das schwerwiegendste Problem, mit dem die Welt insgesamt konfrontiert ist?

11 Am 24. Februar 2022 griff Russland zwischen den Feldarbeiten für die Wahlen 2021 und 2023 dieser Umfrage in die Ukraine ein, und sein Angriffskrieg dauert an.

Klimawandel

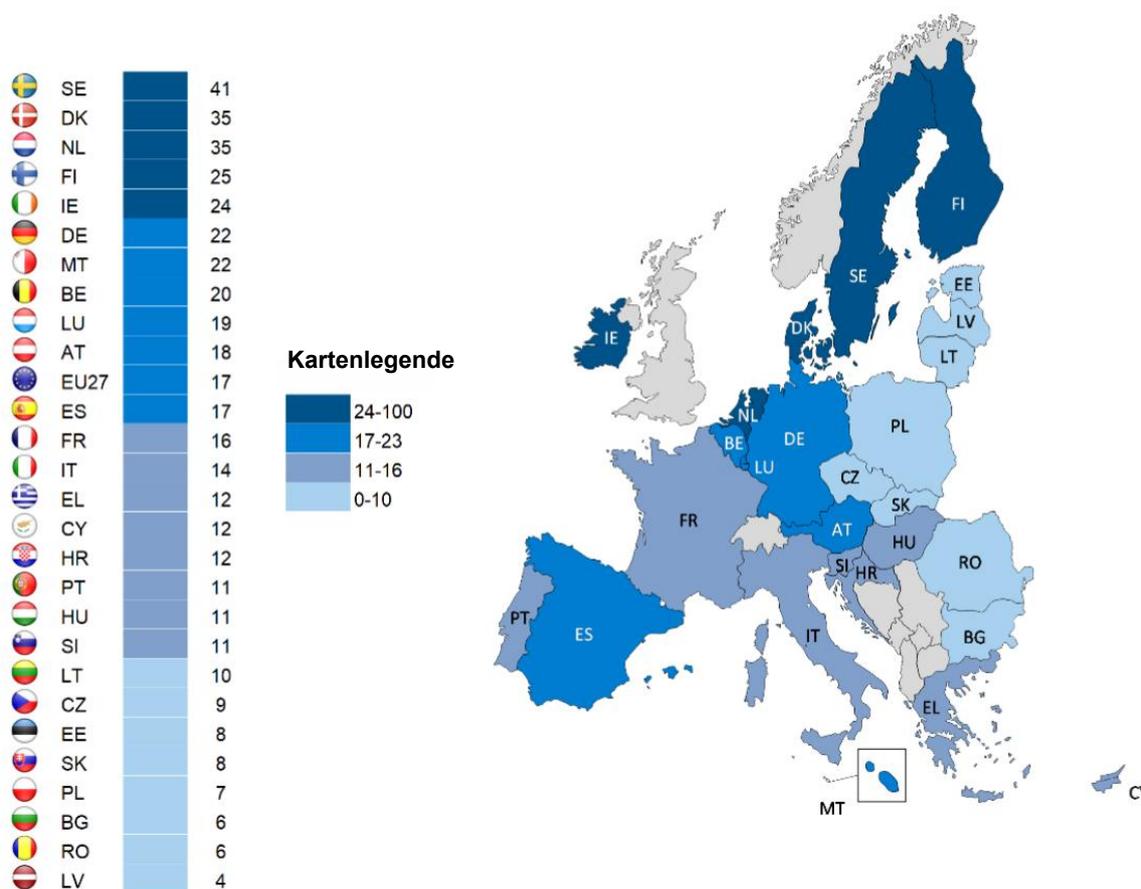
Es ist erwähnenswert, dass die Erwähnung der Ausbreitung von Infektionskrankheiten (-13 pp) erheblich zurückgegangen ist und von der dritten auf die neunte Position sinkt¹².

Insgesamt betrachteten mehr als jeder Fünfte (22 %) entweder den Klimawandel oder die Verschlechterung der Natur als das gravierendste Problem der Welt insgesamt.

Der Anteil der Befragten, die den Klimawandel als das gravierendste Problem der Welt betrachten, gibt es beträchtliche geografische Unterschiede. Diese Stellungnahme ist am häufigsten in Schweden (41 %), Dänemark und den Niederlanden (35 %) vertreten und am wenigsten verbreitet in Lettland (4 %), Rumänien und Bulgarien (jeweils 6 %).

Wie die Karte veranschaulicht, sind die Befragten, die im nördlichen und westlichen Teil der EU leben, in der Regel am ehesten der Ansicht, dass der Klimawandel das schwerwiegendste Problem ist, während diejenigen in östlichen Gebieten im Allgemeinen am wenigsten denken.

QC1a Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (%-EU27)



12 Die vorherige Umfrage wurde etwa ein Jahr nach der Covid-19-Pandemie durchgeführt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die nationalen Ergebnisse zeigen, dass Armut, Hunger und Trinkwassermangel in acht Ländern, insbesondere in Luxemburg (30 %), Griechenland und Spanien (beide 29 %), sowie Frankreich und Portugal (beide 27 %) als das gravierendste Problem der Welt gelten. Dies gilt hingegen für nur 12 % in Malta und Lettland und 13 % in Polen, Rumänien und Italien als das gravierendste Problem. Armut, Hunger und Trinkwassermangel gehören zu den Top-3 unter 25 der 27 EU-Mitgliedstaaten insgesamt.

Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser und Klimawandel teilen sich in Belgien (beide 20 %) und Österreich (beide 18 %) die erste Position, während in Ungarn Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser mit bewaffneten Konflikten an erster Stelle stehen (beide 17 %).

Bewaffnete Konflikte sind auch das gravierendste Problem für die Befragten in neun Ländern, darunter Polen (37 %) und Estland (33 %) sowie Lettland und Tschechien (beide 28 %). Sie werden am wenigsten von Griechenland (6 %), den Niederlanden (8 %) und Schweden (11 %) als ernstes Problem erwähnt. Bewaffnete Konflikte gehören zu den drei am häufigsten angesprochenen Problemen in 23 Mitgliedstaaten.

Der Klimawandel ist das einzige andere Problem, das in jedem Land an erster Stelle steht, und ist das am häufigsten erwähnte Problem in sieben Ländern, darunter Schweden (41 %), die Niederlande und Dänemark (beide 35 %). Dagegen sind 4 % der Befragten in Lettland, 6 % in Bulgarien und 7 % in Polen der Ansicht, dass dies das schwerwiegendste Problem ist. Der Klimawandel rangiert in insgesamt 16 Ländern unter den ersten drei.

Sechs weitere Probleme treten in mindestens einem Land in den Top 3 auf:

- Die wirtschaftliche Lage gilt als das zweit- oder drittschwerste Problem in 17 Ländern, darunter

Griechenland (26 %), Portugal (24 %) und Italien (20 %). Es wird am wenigsten als ernstes Problem in Schweden (2 %), den Niederlanden (3 %) und Finnland (4 %) erwähnt.

- Die wachsende Weltbevölkerung liegt in den Niederlanden an dritter Stelle (16 %). Es wird auch von mindestens einer von zehn Befragten in Finnland (12 %), Deutschland (11 %) und Dänemark (10 %) erwähnt.
- Die Verbreitung von Atomwaffen steht in Litauen an zweiter Stelle (14 %).
- Die Verschlechterung der Natur ist das dritthäufigste Problem in Slowenien (15 %) und Ungarn (11 %).
- Die Verschlechterung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist in Schweden das dritthäufigste Problem (12 %).
- Der internationale Terrorismus ist das dritthäufigste Problem in Malta (14 %).

QC1a Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (%)

	EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PER SON ALA BTEI LUN G	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Armut, Hunger und Trinkwassermangel	20	20	16	14	14	18	10	20	29	29	28	21	13	27	12	14	30	17	12	17	18	13	28	13	19	21	14	15
Bewaffnete Konflikte	19						15	26	28	20	21	18	23	16	28	26	13	17	16	8	17	37	15	18	17	22	19	11
Klimawandel	17	20	6	9	35	22	8	24	12	17	16	12	14	12	4	10	19	11	22	35	18	7	11	6	11	8	25	41
Die wirtschaftliche Lage	11	9	17	10	6	8	16	10	26	16	6	12	20	17	15	13	5	12	9	3	11	9	24	16	7	13	4	2
Die wachsende Weltbevölkerung	7	8	3	9	10	11	5	6	4	3	6	3	3	1	4	4	9	9	4	16	7	5	3	6	6	5	12	6
Verbreitung von Atomwaffen	5	6	6	5	2	3	4	5	4	4	4	9	5	6	9	14	3	7	7	2	4	6	3	8	8	7	6	4
Verschlechterung der Natur	5	5	5	6	2	3	8	2	3	4	9	5	5	8	4	6	5	11	6	4	8	3	5	5	15	6	8	4
Verschlechterung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	5	5	5	4	5	7	3	3	5	6	7	3	3	2	4	2	6	3	6	8	5	2	2	9	5	5	6	12
Internationaler Terrorismus	4	6	4	5	2	4	5	5	3	2	8	5	3	4	6	2	4	2	14	3	3	7	2	5	5	5	2	2
Verbreitung von Infektionskrankheiten	4	3	6	5	2	1	5	3	6	2	2	5	6	4	8	4	3	7	1	1	4	7	2	8	3	5	2	2
Gesundheitliche Probleme durch Verschmutzung	3	3	5	2	2	1	3	4	2	2	3	7	4	3	5	4	3	4	3	1	3	4	4	5	4	3	1	1
Sonstiges (Spontan)	0	0	0	0	0	1	0	1	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	1	0	0	1	0
Keine (spontane)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ich weiß nicht	0	0	1	3	0	0	0	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0

Seit März und April 2021 sind die bemerkenswertesten Veränderungen auf EU-Ebene, dass die Befragten deutlich weniger wahrscheinlich sagen, dass das schwerwiegendste Problem die Ausbreitung von Infektionskrankheiten ist (-13 Prozentpunkte), und deutlich häufiger werden bewaffnete Konflikte erwähnt (+ 15 S.). Diese Veränderungen spiegeln sich auch in den Ergebnissen auf nationaler Ebene wider¹³.

In jedem Mitgliedstaat betrachten die Befragten die Ausbreitung von Infektionskrankheiten heute viel weniger als das schwerwiegendste Problem der Welt, und in sieben Ländern beträgt die Veränderung mindestens 20 Prozentpunkte: Bulgarien (6 %, -30 Prozentpunkte), Italien (6 %, -28 Prozentpunkte), Malta (1 %, -28 Prozentpunkte), Ungarn (7 %, -27 Prozentpunkte), Kroatien und Estland (5 %, -24 Prozentpunkte) und die Slowakei (5 %, -22 Prozentpunkte).

Bewaffnete Konflikte werden von den Befragten in jedem Land mit größerer Wahrscheinlichkeit als das gravierendste Problem angesehen, und in fünf Ländern beträgt der Anstieg mindestens 20 Prozentpunkte: Polen (37 %, + 28 Prozentpunkte), Estland (33 %, + 28 Prozentpunkte), Bulgarien (26 %, + 23 Prozentpunkte), Tschechien (28 %, + 21 Prozentpunkte) und Italien (23 %, + 21 Prozentpunkte).

Obwohl die Zunahme geringer ist, ist es erwähnenswert, dass die Befragten in jedem Land die Verbreitung von Atomwaffen als das gravierendste Problem betrachten, was insbesondere in Litauen der Fall ist (14 %, + 11 Prozentpunkte).

Weitere bemerkenswerte Änderungen seit März bis April 2021 sind:

- Die Befragten in Portugal erwähnen heute weniger den Klimawandel (11 %, -11 Prozentpunkte) oder die Verschlechterung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (2 %, -12 Prozentpunkte)
- Diejenigen in Portugal (24 %, + 10 Prozentpunkte) betrachten die wirtschaftliche Lage nun eher als das gravierendste Problem, während die Befragten in Italien (20 %, -11 Prozentpunkte) und Spanien (16 %, -10 Prozentpunkte) dies jetzt weniger wahrscheinlich tun.
- Die Befragten in Griechenland (29 %, + 11 Prozentpunkte) betrachten Armut, Hunger und Trinkwassermangel jetzt eher als das gravierendste Problem.

¹³ Am 24. Februar 2022 griff Russland zwischen den Feldarbeiten für die Wellen 2021 und 2023 dieser Umfrage in die Ukraine ein, und sein Angriffskrieg dauert an. Die Umfrage 2021 wurde etwa ein Jahr nach der COVID-19-Pandemie durchgeführt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC1a Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (%)		EU-27	IT	PE RS ON ALA BTE ILU NG	HU	MT	BEI	EL	BG	ES	CY	NL	DK	SI	FI	RO	FR	SE	CZ	LT	DE	PL	SK	SEI N	LU	EE	LV	IE	PT
Klimawandel	Mai/Juni 2023	17	14	12	11	22	18	12	6	17	12	35	35	11	25	6	16	41	9	10	22	7	8	20	19	8	4	24	11
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	7	3	3	3	3	A)2	A)1	A)1	A)1	A)1	=	=	=	▼1	▼2	▼2	▼3	▼3	▼4	▼4	▼4	▼4	▼5	▼5	▼6	▼6	▼7
Internationaler Terrorismus	Mai/Juni 2023	4	3	5	2	14	3	3	4	2	4	3	2	5	2	5	8	2	5	2	4	7	5	6	4	5	6	5	2
	Δ Mär/Apr 2021	=	A)1	A)2	▼1	12	▼1	A)1	A)1	A)1	▼1	=	▼4	A)2	▼6	A)2	=	▼5	▼4	▼3	A)1	A)2	A)1	3	▼1	A)2	A)1	3	=
Armut, Hunger und Trinkwassermangel	Mai/Juni 2023	20	13	21	17	12	18	29	16	29	27	17	14	19	14	13	28	15	14	14	18	13	21	20	30	10	12	20	28
	Δ Mär/Apr 2021	3	5	4	A)2	A)2	3	11	A)1	6	6	A)1	6	A)1	5	▼6	3	5	4	5	=	A)1	6	3	9	3	4	5	5
Verbreitung von Infektionskrankheiten	Mai/Juni 2023	4	6	5	7	1	4	6	6	2	4	1	2	3	2	8	2	2	5	4	1	7	5	3	3	5	8	3	2
	Δ Mär/Apr 2021	▼13	▼2 8	▼2 4	▼2 7	▼2 8	▼1 7	▼8	▼3 0	▼1 3	▼7	▼5	▼1 3	▼1 0	▼6	▼1 5	▼6	▼2	▼1 0	▼1 8	▼9	▼1 5	▼2 2	▼5	▼4	▼2 4	▼6	▼1 6	▼6
Die wirtschaftliche Lage	Mai/Juni 2023	11	20	12	12	9	11	26	17	16	17	3	6	7	4	16	6	2	10	13	8	9	13	9	5	16	15	10	24
	Δ Mär/Apr 2021	▼3	▼1 1	▼6	=	=	A)1	▼2	▼1	▼1 0	▼3	=	=	▼2	A)1	▼1	▼4	=	3	A)1	A)2	▼4	A)1	A)1	▼2	5	▼1	4	10
Gesundheitliche Probleme durch Verschmutzung	Mai/Juni 2023	3	4	7	4	3	3	2	5	2	3	1	2	4	1	5	3	1	2	4	1	4	3	3	3	3	5	4	4
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	▼2	A)2	▼4	▼7	▼3	▼1	▼1	▼1	▼1	▼3	=	▼3	▼1	▼2	▼2	=	A)1	=	▼2	▼4	▼3	A)1	A)1	A)2	=	3	A)1
Verbreitung von Atomwaffen	Mai/Juni 2023	5	5	9	7	7	4	4	6	4	6	2	2	8	6	8	4	4	5	14	3	6	7	6	3	4	9	5	3
	Δ Mär/Apr 2021	3	3	7	6	6	A)1	A)2	5	4	4	A)2	A)1	6	5	6	A)2	3	3	11	A)1	A)1	5	5	A)2	3	5	3	3
Bewaffnete Konflikte	Mai/Juni 2023	19	23	18	17	16	17	6	26	14	16	8	20	17	19	18	10	11	28	26	21	37	22	15	13	33	28	17	15
	Δ Mär/Apr 2021	15	21	15	16	15	12	A)2	23	11	7	4	17	15	16	14	7	7	21	16	14	28	17	11	10	28	14	14	12
Die wachsende Weltbevölkerung	Mai/Juni 2023	7	3	3	9	4	7	4	3	3	1	16	10	6	12	6	6	6	9	4	11	5	5	8	9	5	4	6	3
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	A)1	=	3	A)1	A)1	A)1	=	A)1	=	▼1	▼3	A)1	▼8	A)2	A)2	▼5	▼3	=	3	A)2	A)2	▼4	▼1	▼5	▼3	A)1	=
Verschlechterung der Natur	Mai/Juni 2023	5	5	5	11	6	8	3	5	4	8	4	2	15	8	5	9	4	6	6	3	3	6	5	5	8	4	2	5
	Δ Mär/Apr 2021	▼2	A)2	▼1	3	▼3	A)1	▼5	▼1	▼1	▼1	=	▼1	▼1	▼4	▼2	=	=	▼8	▼3	▼5	▼2	▼1	▼3	▼5	▼1	▼5	▼4	▼3
Verschlechterung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	Mai/Juni 2023	5	3	3	3	6	5	5	5	6	2	8	5	5	6	9	7	12	4	2	7	2	5	5	6	3	4	3	2
	Δ Mär/Apr 2021	▼2	=	▼2	▼1	▼1	▼3	▼3	A)1	A)1	▼5	=	▼3	▼7	▼3	3	▼1	▼1	▼7	▼7	▼1	▼5	▼1	▼7	▼4	▼7	▼4	▼7	▼12
Sonstiges (Spontan)	Mai/Juni 2023	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	1	0	0	1	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	1	1	0
	Δ Mär/Apr 2021	=	=	=	=	=	A)1	=	=	A)1	=	=	=	▼1	A)1	A)1	=	=	=	=	=	=	=	▼1	=	=	=	A)1	A)1
Keine (spontane)	Mai/Juni 2023	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Δ Mär/Apr 2021	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	0	1	0	0	0	1	0	1	0	0	1	0	0	0	0	1	0	3	1	0	0	0	0	0	0	0	0	1
	Δ Mär/Apr 2021	=	A)1	=	=	=	A)1	=	A)1	▼1	=	A)1	=	▼1	=	▼1	A)1	=	3	A)1	=	=	=	=	=	=	=	=	A)1

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse des schwerwiegendsten Problems der Welt veranschaulicht Folgendes:

- Armut, Hunger und Trinkwassermangel werden von Frauen eher erwähnt als von Männern (22 % gegenüber 17 %).
- Je jünger die Befragten sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie den Klimawandel erwähnen, und desto weniger ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie bewaffnete Konflikte erwähnen. Zum Beispiel glauben 24 % der 15- bis 24-Jährigen, dass der Klimawandel das schwerwiegendste Problem der Welt ist, verglichen mit 14 % der Menschen ab 55 Jahren.
- Je länger ein Befragter in der Bildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie den Klimawandel erwähnen, und desto weniger ist es wahrscheinlicher, dass sie Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser oder bewaffnete Konflikte erwähnen. Zum Beispiel glauben 21 % derjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren abgeschlossen haben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste Problem ist, verglichen mit 10 % derjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.
- Studenten (30 %) sind wahrscheinlicher als diejenigen in anderen sozio-beruflichen Gruppen, insbesondere Hausbewohner (8 %), um den Klimawandel zu erwähnen. Rentner erwähnen am ehesten bewaffnete Konflikte, insbesondere im Vergleich zu Studenten (22 % gegenüber 14 %), während Hausangestellte und Arbeitslose (24 % jeweils) eher Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser erwähnen als in anderen Gruppen.
- Je weniger Schwierigkeiten ein Teilnehmer hat, Rechnungen zu bezahlen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie bewaffnete Konflikte und den Klimawandel erwähnen, und desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser und die wirtschaftliche Situation erwähnen. Zum Beispiel erwähnen 19 %, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, den Klimawandel, verglichen mit 10 % derjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben.
- Je höher die soziale Leiter ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie denken, dass der Klimawandel das schwerwiegendste Problem ist, und desto geringer ist es, dass sie Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser erwähnen. Zum Beispiel erwähnen 23 % derjenigen, die sie der Oberschicht angehörten, den Klimawandel, verglichen mit 12 % derjenigen, die sich selbst als Teil der Arbeiterklasse betrachten.

haben, mit größerer Wahrscheinlichkeit, dass der Klimawandel das schwerwiegendste Problem ist als diejenigen, die nicht gehandelt haben (20 % gegenüber 11 %) ¹⁴.

Schließlich sagen die Befragten, die persönliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen

14 Eine vollständige Analyse der Ergebnisse zum Ergreifen von Maßnahmen findet sich in Kapitel 2 Abschnitt 2.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

	Klimawandel	Internationaler Terrorismus	Armut, Hunger und Trinkwassermangel	Verbreitung von Infektionskrankheiten	Die wirtschaftliche Lage	Gesundheitliche Probleme durch Verschmutzung	Verbreitung von Atomwaffen	Bewaffnete Konflikte	Die wachsende Weltbevölkerung	Verschlechterung der Natur	Verschlechterung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
EU-27	17	4	20	4	11	3	5	19	7	5	5
Geschlecht											
Mann	18	4	17	3	12	3	5	19	8	5	6
Frau	16	5	22	4	11	3	5	19	5	5	5
Alter											
15-24	24	4	20	3	12	2	4	16	5	6	4
25-39	18	4	20	4	13	3	4	17	7	5	5
40-54	17	4	19	4	12	2	4	19	7	5	7
55+	14	5	20	4	11	3	5	21	7	4	5
Bildung (Ende)											
—15	10	4	25	4	13	3	5	22	4	4	4
16-19	13	5	20	4	13	3	5	20	7	5	5
20+	21	4	18	3	10	2	4	18	8	5	7
Studieren noch	30	3	18	2	11	1	4	14	5	6	5
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	16	3	16	5	15	3	5	19	6	5	7
Führungskräfte	23	3	19	2	10	2	4	17	9	4	6
Andere weiße Kragen	16	4	18	4	13	3	3	21	7	5	6
Handwerkliche Mitarbeiter	14	5	21	4	11	3	5	18	8	5	6
Hauspersonen	8	4	24	5	16	5	5	19	4	3	6
Arbeitslose	15	4	24	3	16	4	4	15	5	5	5
Rentner	14	5	20	4	9	3	6	22	6	5	5
Studenten	30	3	18	2	11	1	4	14	5	6	5
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen											
Die meiste Zeit	10	6	24	4	15	4	5	15	6	6	5
Von Zeit zu Zeit	13	4	19	4	16	3	5	17	6	6	6
Fast nie/nie	19	4	19	3	10	2	5	20	7	5	6
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu											
Die Arbeiterklasse	12	5	24	4	12	3	4	20	6	5	4
Die untere Mittelschicht	15	4	21	3	11	2	5	22	6	4	6
Die Mittelschicht	18	4	18	4	12	3	5	18	7	5	6
Die obere Mittelschicht	28	2	15	2	10	2	4	16	10	5	6
Die Oberschicht	23	7	13	4	8	1	6	21	9	5	3
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen											
Ja	20	4	20	3	10	3	4	17	7	5	6
Nein	11	6	18	5	14	3	5	21	6	5	5

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

In einer anschließenden Frage konnten die Befragten bis zu drei weitere ernste Probleme aus derselben Liste nominieren¹⁵. Das unten vorgestellte Ergebnis kombiniert die Ergebnisse beider Fragen. In Anbetracht der Antworten aller Befragten bleiben die vier Top-Probleme gleich. Fast sechs von zehn (58 %, + 4 Prozentpunkte) sind der Ansicht, dass Armut, Hunger und Trinkwassermangel eines der schwerwiegendsten Probleme sind, während 52 % dies über bewaffnete Konflikte sagen – ein Anstieg um 29 Prozentpunkte seit März bis April 2021. Dies sind die einzigen Probleme, die von mindestens der Hälfte aller Befragten als ernst angesehen werden.

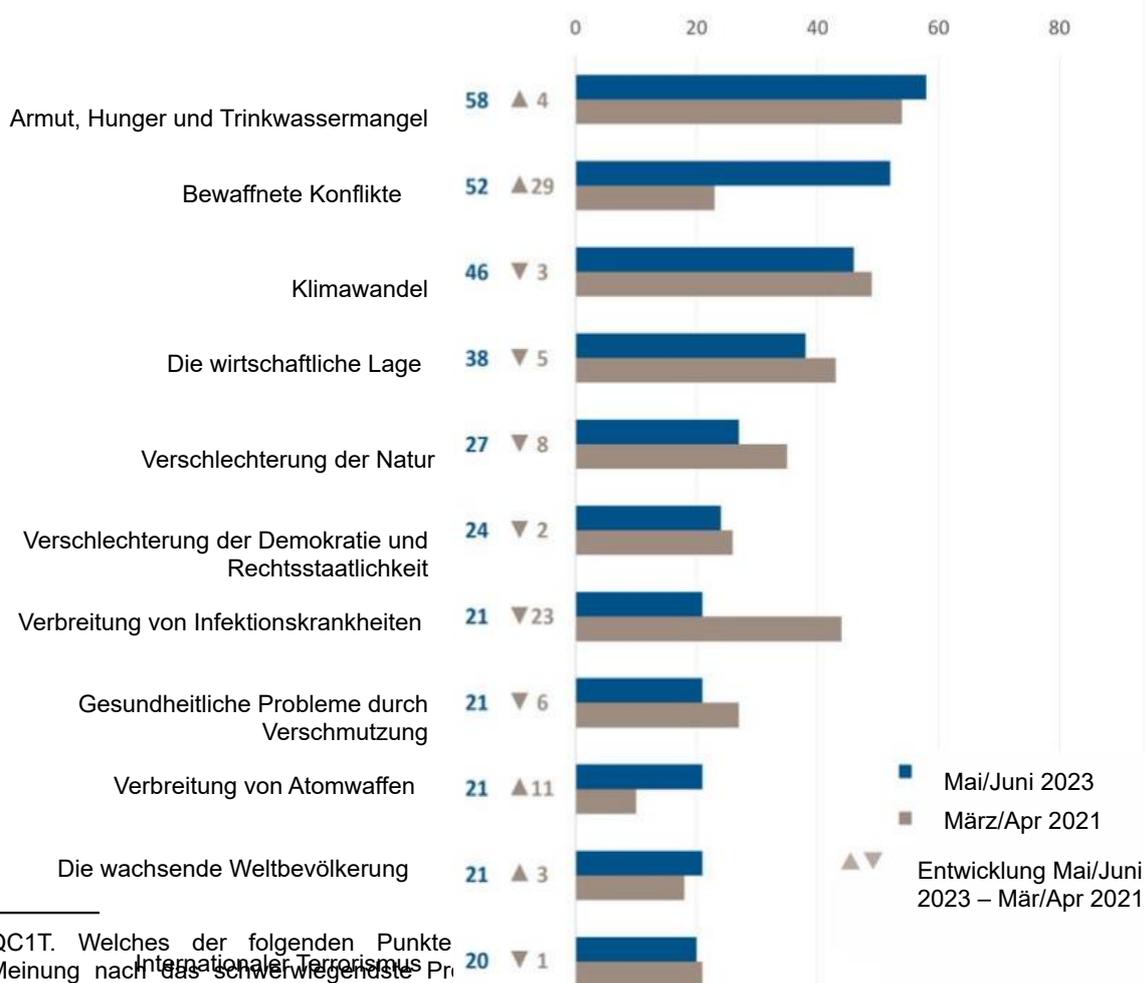
Mehr als vier von zehn (46 %, -3 Prozentpunkte) sagen, dass der Klimawandel ein ernstes Problem ist, während 38 % (-5 Prozentpunkte) die wirtschaftliche Lage und 27 % (-8 Prozentpunkte) die Verschlechterung der Natur erwähnen.

Alle anderen Probleme werden von mindestens einem von fünf angesprochen: die Verschlechterung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit (24 %, -2 Prozentpunkte), die Ausbreitung von Infektionskrankheiten (21 %, -23

Prozentpunkte), Gesundheitsprobleme aufgrund von Umweltverschmutzung (21 %, -6 Prozentpunkte), die Verbreitung von Atomwaffen (21 %, + 11 Prozentpunkte), die wachsende Weltbevölkerung (21 %, 3 Prozentpunkte) und der internationale Terrorismus (20 %, -1 Prozentpunkte).

Im Vergleich zum März-April 2021 erwähnen die Befragten heute viel weniger die Ausbreitung von Infektionskrankheiten, sondern viel eher bewaffnete Konflikte und die Verbreitung von Atomwaffen.

QC1T Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (IN % – EU27)



¹⁵ QC1T. Welches der folgenden Punkte Meinung nach das schwerwiegendste Problem, dem die Welt insgesamt konfrontiert ist?

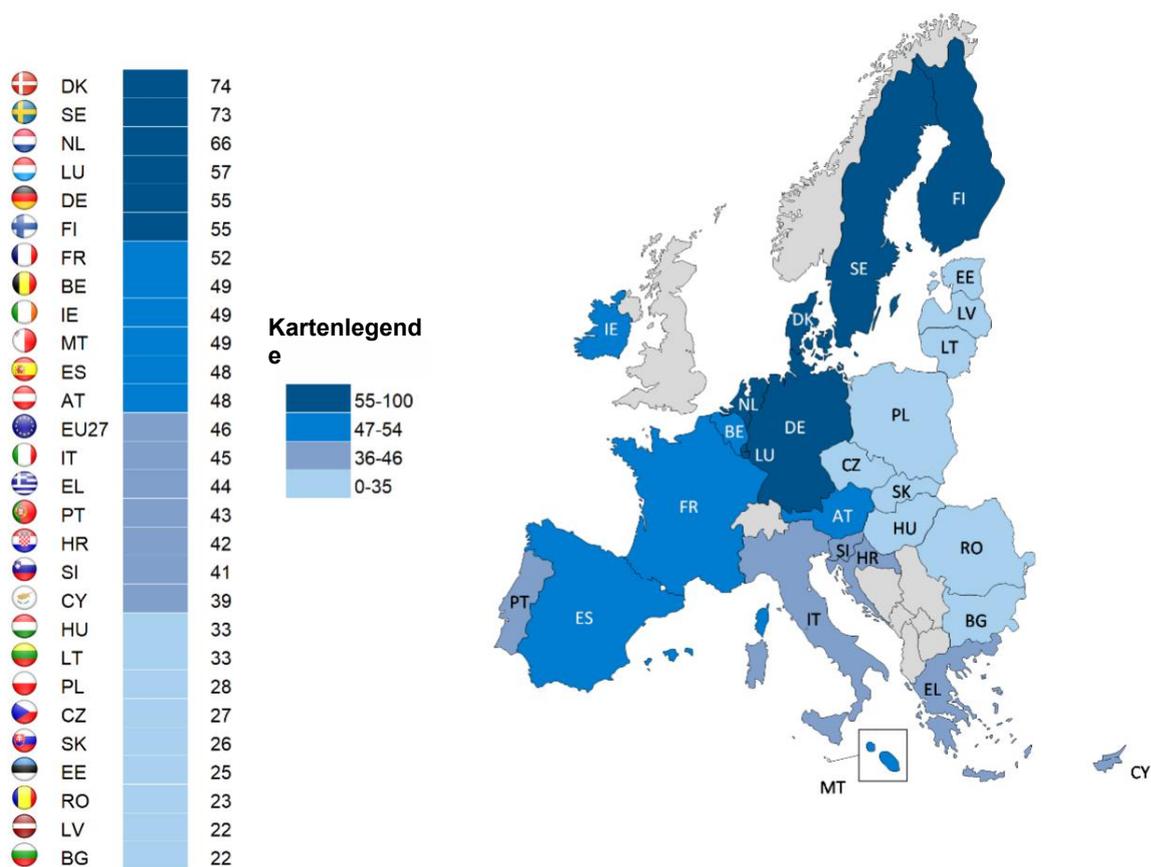
Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die nationalen Ergebnisse zeigen, dass mehr als jeder fünfte Teilnehmer in jedem Land der Ansicht ist, dass der Klimawandel eines der schwerwiegendsten Probleme der Welt ist. Die Anteile reichen von 74 % in Dänemark, 73 % in Schweden und 66 % in den Niederlanden bis 22 % in Lettland und Bulgarien und 23 % in Rumänien.

Die Karte zeigt, dass die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel eines der schwerwiegendsten Probleme darstellt, eher in nördlichen und westlichen Gebieten der EU zu finden sind.

QC1T Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (% Klimawandel)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Drei Probleme stehen auf nationaler Ebene an erster Stelle. In 16 Ländern ist Armut, Hunger und Trinkwassermangel das am häufigsten angesprochene Problem, wobei der Anteil von 70 % der Befragten in Griechenland und 69 % in Spanien und Luxemburg bis zu 51 % in Irland und Malta reicht. Der bewaffnete Konflikt ist der am häufigsten erwähnte Konflikt in acht Ländern, darunter Estland (66 %). In Finnland stehen Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser und bewaffnete Konflikte an erster Stelle (beide 56 %). Der Klimawandel ist das am häufigsten erwähnte Problem in Dänemark (74 %) und Schweden (73 %).

Die nationalen Ergebnisse für die kombinierten Reaktionen zeigen, dass Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser von mehr als einem Drittel in jedem Land als ernstes Problem angesehen werden. Die Anteile reichen von 71 % in Schweden, 70 % in Griechenland und 69 % in Spanien und Luxemburg bis 35 % in Lettland und 41 % in Estland und Rumänien. Armut, Hunger und Trinkwassermangel gehören in 26 Mitgliedstaaten zu den ersten drei.

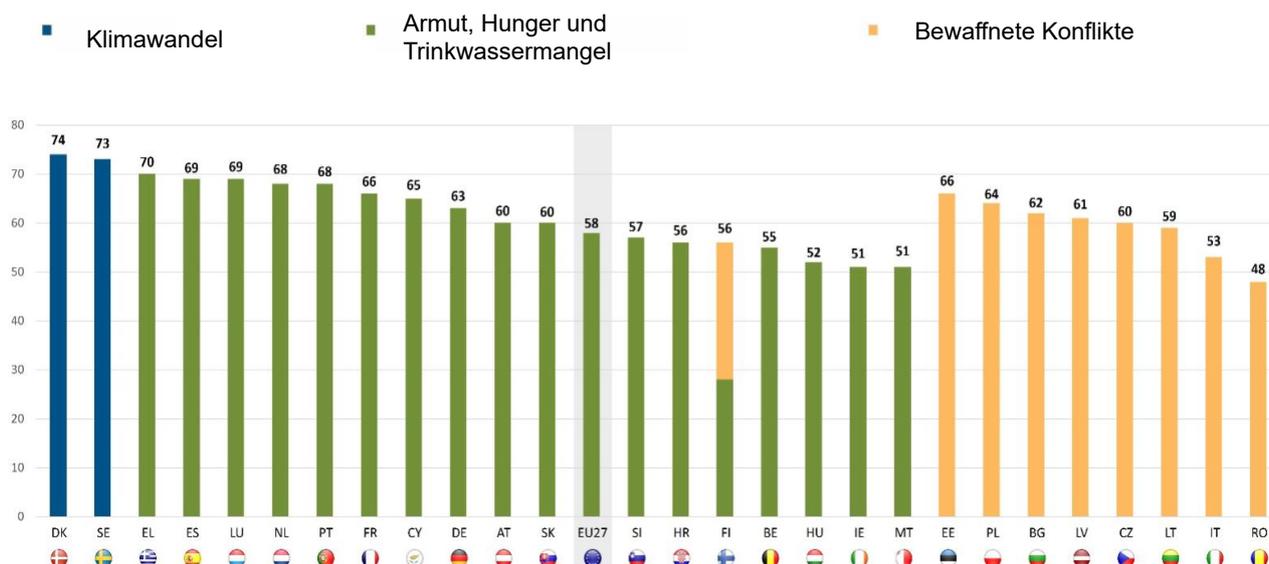
Bewaffnete Konflikte sind eines der drei am häufigsten genannten Probleme in 25 Mitgliedstaaten. Die Anteile reichen von 66 % in Estland, 64 % in Polen und 62 % in Bulgarien bis 38 % in Griechenland, 40 % in Malta und 41 % in Portugal.

Der Klimawandel ist das einzige Problem, das in jedem Land an erster Stelle steht. Es wird von mehr als einer von fünf Befragten in jedem Mitgliedstaat erwähnt. Diejenigen in Dänemark (74 %), Schweden (73 %) und den Niederlanden (66 %) glauben am ehesten, dass der Klimawandel eines der schwerwiegendsten Probleme darstellt, verglichen mit 22 % in Lettland und Bulgarien und 23 % in Rumänien, die dasselbe denken. Der Klimawandel ist eines der drei am häufigsten genannten Probleme in 15 Ländern.

Vier weitere Probleme treten in mindestens einem Land in den Top 3 auf:

- Die Wirtschaftslage liegt in 13 Ländern an zweiter oder dritter Stelle. In allen Mitgliedstaaten schwankt der Anteil, der dies für ein ernstes Problem hält, von 64 % in Griechenland, 59 % in Portugal und 56 % in Zypern bis 14 % in den Niederlanden, 17 % in Schweden und 20 % in Finnland.
- Die Verschlechterung der Natur ist das zweithäufigste Problem in Slowenien (49 %) und das dritthäufigste in Ungarn (41 %) und Finnland (38 %). Es wird auch in Österreich (39 %) häufig erwähnt, aber am wenigsten von denen in Irland (14 %), Polen (18 %) und Lettland (19 %) erwähnt.
- Die Verschlechterung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit ist der dritthäufig erwähnte Punkt in Schweden (56 %, geteilt mit bewaffneten Konflikten). Schweden ist das einzige Land, in dem mindestens vier von zehn dies als ernstes Problem für die Welt bezeichnen, gefolgt von 37 % in den Niederlanden und 34 % in Deutschland. Dagegen erwähnen 11 % in Litauen und 12 % in Zypern dies.
- Die Verbreitung von Atomwaffen ist der dritthäufig erwähnte Gegenstand in Litauen (41 %), und Litauen ist das einzige Land, in dem mehr als ein Drittel dieses Problems erwähnt.

QC1T Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (% – die am häufigsten genannte Antwort nach Ländern)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC1T Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (%)

	EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PER SO NAL ABT EIL UN G	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Armut, Hunger und Trinkwassermangel	58	55	51	49	61	63	41	51	70	69	66	56	43	65	35	44	69	52	51	68	60	43	68	41	57	60	56	71
Bewaffnete Konflikte	52	50	62	60	54	59	66	45	38	51	43	47	53	47	61	59	47	44	40	45	53	64	41	48	46	57	56	56
Klimawandel	46	49	22	27	74	55	25	49	44	48	52	42	45	39	22	33	57	33	49	66	48	28	43	23	41	26	55	73
Die wirtschaftliche Lage	38	28	48	36	27	30	47	40	64	53	29	37	52	56	46	39	27	40	40	14	41	33	59	47	26	43	20	17
Verschlechterung der Natur	27	28	28	28	20	23	35	14	26	26	38	30	23	35	19	28	33	41	25	33	39	18	27	24	49	31	38	23
Verschlechterung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	24	22	20	19	26	34	16	20	27	18	21	19	17	12	15	11	24	17	20	37	25	15	17	26	16	23	29	56
Die Verbreitung von Atomwaffen	21	24	26	26	18	20	17	21	26	16	15	31	26	21	31	41	17	23	33	15	21	26	19	25	27	28	22	19
Die wachsende Weltbevölkerung	21	28	13	30	33	31	22	21	15	13	19	15	13	9	12	13	21	29	18	41	28	17	11	17	20	17	34	23
Gesundheitliche Probleme durch Verschmutzung	21	22	23	11	23	15	15	27	23	19	26	30	25	18	22	22	23	27	27	20	21	17	25	21	22	23	15	16
Verbreitung von Infektionskrankheiten	21	20	34	23	14	12	27	25	36	20	14	29	32	29	30	29	16	31	18	11	16	27	19	30	18	27	18	14
Internationaler Terrorismus	20	26	24	22	17	18	22	27	16	12	28	19	18	19	24	20	21	13	39	23	17	28	17	23	25	18	19	15
Sonstiges (Spontan)	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	2	0	0	1	1	0	1	0
Keine (spontane)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
Ich weiß nicht	0	0	1	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Auf EU-Ebene haben sich die Erwähnungen von drei Problemen insbesondere seit März und April 2021 geändert: bewaffneter Konflikt (+ 29 Prozentpunkte), die Verbreitung von Atomwaffen (+ 11 Prozentpunkte) und die Ausbreitung von Infektionskrankheiten (-23 Prozentpunkte). Diese Veränderungen spiegeln sich auch auf nationaler Ebene wider¹⁶.

In jedem Mitgliedstaat ist die Erwähnung bewaffneter Konflikte als ernstes Problem erheblich gestiegen. Tatsächlich beträgt der Anstieg in 13 Mitgliedstaaten mindestens 30 Prozentpunkte, wobei der größte Anstieg in Bulgarien (62 %, + 43 Prozentpunkte), Italien (53 %, + 38 Prozentpunkte) und Finnland (56 %, + 36 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist.

Auch die Verbreitung von Atomwaffen wurde in jedem Land immer häufiger erwähnt, wobei die meisten Befragten in Malta (33 %, + 26 Prozentpunkte), Litauen (41 %, + 23 Prozentpunkte), Kroatien (31 %, + 18 Prozentpunkte) und Slowenien (27 %, + 18 Prozentpunkte) verzeichnet wurden.

Im Gegensatz dazu sind die Erwähnungen der Ausbreitung von Infektionskrankheiten in allen 27 Mitgliedstaaten zurückgegangen, wobei die meisten Befragten in Malta (18 %, -46 Prozentpunkte), Italien (32 %, -38 Prozentpunkte), Bulgarien (34 %, -32 Prozentpunkte) und Österreich (16 %, -32 Prozentpunkte) sind.

Obwohl sich die Erwähnung des Klimawandels auf EU-Ebene relativ wenig verändert hat, verschleiert dies erhebliche Unterschiede auf nationaler Ebene. Die Erwähnungen sind in 19 Ländern zurückgegangen, und in neun Ländern beträgt der Rückgang mindestens zehn Prozentpunkte, wobei der größte Rückgang in Portugal (43 %, -20 Prozentpunkte), Estland (25 %, -19 Prozentpunkte) und Irland (49 %, -17 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist. Im Gegensatz dazu haben die Erwähnungen des Klimawandels in sieben Ländern leicht zugenommen (1-4 Prozentpunkte), und in Spanien gab es keine Veränderung (48 %).

Es gibt sechs weitere Probleme, bei denen sich seit März bis April 2021 Änderungen auf nationaler Ebene von mindestens zehn Prozentpunkten ergeben haben.

- Der Anteil der Befragten, die Armut, Hunger und Trinkwassermangel erwähnen, ist in 22 Ländern gestiegen, darunter Schweden (71 %, + 14 Prozentpunkte), Dänemark (61 %, + 12 Prozentpunkte), die Slowakei (60 %, + 11 Prozentpunkte), Finnland (56 %, + 11 Prozentpunkte) und Österreich (60 %, + 10 Prozentpunkte). Die Erwähnung ist in drei Ländern zurückgegangen, darunter Rumänien (41 %, -12

Prozentpunkte) und in Zypern (65 %) und Lettland (35 %) unverändert geblieben.

- Die Erwähnung der wirtschaftlichen Lage hat in acht Ländern zugenommen, darunter Portugal (59 %, + 16 Prozentpunkte), aber in 17 Ländern zurückgegangen, vor allem in Italien (52 %, -19 Prozentpunkte), Kroatien (37 %, -17 Prozentpunkte), Spanien (53 %, -12 Prozentpunkte) und Slowenien (26 %, -10 Prozentpunkte). In der Slowakei (43 %) und Finnland (20 %) gab es keine Veränderung.
- Der Anteil der gesundheitlichen Probleme aufgrund von Umweltverschmutzung ist in 19 Ländern zurückgegangen, darunter Malta (27 %, -16 Prozentpunkte), Rumänien (21 %, -16 Prozentpunkte), Polen (17 %, -13 Prozentpunkte), Italien (25 %, -12 Prozentpunkte) und Deutschland (15 %, -10 Prozentpunkte). Dagegen sind die Erwähnungen in vier Ländern einschließlich Irlands (27 %, + 10 Prozentpunkte) gestiegen und in vier Ländern stabil geblieben.
- In 18 Ländern, darunter Schweden (15 %, -20 Prozentpunkte), Dänemark (17 %, -18 Prozentpunkte), Tschechien (22 %, -16) und Finnland (19 %, -15 Prozentpunkte), ist der internationale Terrorismus heute weniger wahrscheinlich. Die Erwähnung ist in den übrigen neun Ländern gestiegen, darunter Malta (39 %, + 21 Prozentpunkte) und Irland (27 %, + 10 Prozentpunkte).
- Die Erwähnung der Verschlechterung der Natur ist in 25 Mitgliedstaaten zurückgegangen. In neun Ländern beträgt der Rückgang mindestens zehn Prozentpunkte und in zwei Ländern mindestens 20 Punkte: Tschechien (28 %, -21 Prozentpunkte) und Irland (14 %, -20 Prozentpunkte). Dagegen sind die Erwähnungen in Österreich (39 %, + 4 Prozentpunkte) und Ungarn (41 %, + 1 Prozentpunkte) gestiegen.
- In 20 Ländern wird die Verschlechterung der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit heute weniger wahrscheinlich als 2021 erwähnt. In 11 Ländern liegt der Rückgang bei mindestens zehn Punkten, wobei der größte Rückgang in Portugal (17 %, -22 Prozentpunkte) und Irland (20 %, -21 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist. Die Erwähnung stieg in sechs Ländern, darunter Schweden (56 %, + 5 Prozentpunkte), und blieb in Frankreich unverändert (21 %).

¹⁶ Am 24. Februar 2022 griff Russland zwischen den Feldarbeiten für die Wellen 2021 und 2023 dieser Umfrage in die Ukraine ein, und sein Angriffskrieg dauert an. Die Umfrage 2021 wurde etwa ein Jahr nach der COVID-19-Pandemie durchgeführt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC1T Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (%)

		EU-27	SEIN	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PERSONALABTEILUNG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Klimawandel	Mai/Juni 2023	46	49	22	27	74	55	25	49	44	48	52	42	45	39	22	33	57	33	49	66	48	28	43	23	41	26	55	73
	Δ Mär/Apr 2021	▼3	▼12	▼6	▼11	4	▼3	▼19	▼17	3	=	A)1	A)1	4	▼3	▼9	▼11	▼1	▼4	▼13	▼4	A)1	▼13	▼20	▼3	▼6	▼13	4	▼1
Internationaler Terrorismus	Mai/Juni 2023	20	26	24	22	17	18	22	27	16	12	28	19	18	19	24	20	21	13	39	23	17	28	17	23	25	18	19	15
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	▼3	7	▼16	▼18	▼2	▼4	10	▼1	4	▼4	7	3	▼5	▼2	▼3	▼6	▼1	21	▼3	▼9	6	▼7	8	4	▼1	▼15	▼20
Armut, Hunger und Trinkwassermangel	Mai/Juni 2023	58	55	51	49	61	63	41	51	70	69	66	56	43	65	35	44	69	52	51	68	60	43	68	41	57	60	56	71
	Δ Mär/Apr 2021	4	A)1	3	4	12	3	A)2	▼7	7	7	3	A)1	5	=	=	8	7	A)1	7	5	10	3	▼2	▼12	B)	11	11	14
Verbreitung von Infektionskrankheiten	Mai/Juni 2023	21	20	34	23	14	12	27	25	36	20	14	29	32	29	30	29	16	31	18	11	16	27	19	30	18	27	18	14
	Δ Mär/Apr 2021	▼23	▼6	▼32	▼17	▼23	▼21	▼26	▼24	▼8	▼24	▼14	▼31	▼38	▼1	▼14	▼21	▼13	▼30	46	▼15	▼32	▼24	▼15	▼24	▼19	▼28	▼19	▼11
Die wirtschaftliche Lage	Mai/Juni 2023	38	28	48	36	27	30	47	40	64	53	29	37	52	56	46	39	27	40	40	14	41	33	59	47	26	43	20	17
	Δ Mär/Apr 2021	▼5	▼3	▼8	7	A)2	5	9	5	▼6	▼12	▼4	▼17	▼19	▼8	A)1	▼2	▼1	▼5	▼3	▼4	▼6	▼9	16	▼7	▼10	=	=	A)2
Gesundheitliche Probleme durch Verschmutzung	Mai/Juni 2023	21	22	23	11	23	15	15	27	23	19	26	30	25	18	22	22	23	27	27	20	21	17	25	21	22	23	15	16
	Δ Mär/Apr 2021	▼6	=	▼8	▼3	5	▼10	▼5	10	=	▼1	=	A)1	▼12	▼7	▼4	▼1	▼1	▼8	▼16	▼8	▼7	▼13	9	▼16	▼6	▼6	▼6	=
Die Verbreitung von Atomwaffen	Mai/Juni 2023	21	24	26	26	18	20	17	21	26	16	15	31	26	21	31	41	17	23	33	15	21	26	19	25	27	28	22	19
	Δ Mär/Apr 2021	11	14	17	13	11	9	6	10	11	13	6	18	15	8	10	23	11	16	26	7	8	13	9	15	18	17	13	10
Bewaffnete Konflikte	Mai/Juni 2023	52	50	62	60	54	59	66	45	38	51	43	47	53	47	61	59	47	44	40	45	53	64	41	48	46	57	56	56
	Δ Mär/Apr 2021	29	24	—43	25	30	26	34	23	13	34	23	30	38	16	16	22	22	34	30	15	30	34	17	35	31	29	36	23
Die wachsende Weltbevölkerung	Mai/Juni 2023	21	28	13	30	33	31	22	21	15	13	19	15	13	9	12	13	21	29	18	41	28	17	11	17	20	17	34	23
	Δ Mär/Apr 2021	3	▼5	A)2	▼3	▼4	7	▼8	▼2	3	A)1	4	6	A)2	3	▼7	A)1	▼6	7	8	5	9	4	▼2	A)2	A)2	3	▼8	▼8
Verschlechterung der Natur	Mai/Juni 2023	27	28	28	28	20	23	35	14	26	26	38	30	23	35	19	28	33	41	25	33	39	18	27	24	49	31	38	23
	Δ Mär/Apr 2021	▼8	▼9	▼6	▼21	▼3	▼15	▼7	▼20	▼10	▼4	▼6	▼5	▼4	▼12	▼15	▼9	▼10	A)1	▼18	▼5	4	▼6	▼7	▼8	▼1	▼10	▼8	▼7
Verschlechterung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit	Mai/Juni 2023	24	22	20	19	26	34	16	20	27	18	21	19	17	12	15	11	24	17	20	37	25	15	17	26	16	23	29	56
	Δ Mär/Apr 2021	▼2	▼14	A)1	▼14	▼9	4	▼16	▼21	▼5	▼1	=	▼4	3	▼12	▼13	▼14	▼15	▼4	▼2	A)2	▼1	▼14	▼22	3	▼17	▼1	▼8	5
Sonstiges (Spontan)	Mai/Juni 2023	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	2	0	0	1	1	0	1	0
	Δ Mär/Apr 2021	=	=	=	=	=	=	A)1	A)1	A)1	A)1	=	=	=	=	A)1	A)1	=	=	=	=	A)1	=	=	A)1	=	▼1	A)1	=
Keine (spontane)	Mai/Juni 2023	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0
	Δ Mär/Apr 2021	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	▼1	=	=	=	A)1	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	0	0	1	3	0	0	1	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	1	0	1	0	0	0	0	0
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	=	=	3	=	▼1	A)1	=	=	▼1	▼1	=	A)1	=	=	A)1	=	=	=	A)1	=	=	A)1	▼1	▼1	=	▼1	=

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse für die kombinierten Ergebnisse zeigt, dass mehr als ein Drittel in jeder Gruppe den Klimawandel erwähnt und die folgenden Unterschiede hervorhebt:

- Je jünger die Befragten, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie den Klimawandel erwähnen: 52 % der 15- bis 24-Jährigen tun dies im Vergleich zu 43 % der Personen im Alter von 55+.
- Je länger ein Befragter in der Bildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er den Klimawandel erwähnt: 53 % der Befragten, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren abgeschlossen haben, tun dies, verglichen mit 38 % derjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verließen.
- Studenten (59 %) und Manager (57 %) erwähnen am ehesten den Klimawandel, insbesondere im Vergleich zu Hausbewohnern (38 %).
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (49 %), erwähnen eher den Klimawandel als diejenigen, die mehr Schwierigkeiten haben.
- Die Befragten, die sich als Teil der oberen Mitte (60 %) oder der oberen Klasse (57 %) betrachten, erwähnen eher den Klimawandel als diejenigen, die sich als Teil der Mittel- oder Arbeiterklasse (40 %) identifizieren.

Schließlich sind die Befragten, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, viel eher der Meinung, dass dies eines der schwerwiegendsten Probleme ist als diejenigen, die keine Maßnahmen ergriffen haben (53 % gegenüber 35 %).

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC1T Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes? (% – EU)											
	Klimawandel	Internationaler Terrorismus	Armut, Hunger und Trinkwasserangel	Verbreitung von Infektionskrankheiten	Die wirtschaftliche Lage	Gesundheitliche Probleme durch Verschmutzung	Die Verbreitung von Atomwaffen	Bewaffnete Konflikte	Die wachsende Weltbevölkerung	Verschlechterung der Natur	Verschlechterung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit
EU-27	46	20	58	21	38	21	21	52	21	27	24
Geschlecht											
Mann	46	19	56	20	39	20	21	52	24	28	24
Frau	47	21	59	22	37	21	21	53	19	27	23
Alter											
15-24	52	18	59	19	38	21	20	49	20	32	23
25-39	48	18	58	19	39	22	20	50	22	28	25
40-54	47	20	56	20	39	20	21	53	23	27	24
55+	43	22	58	23	37	20	23	54	21	25	23
Bildung (Ende)											
—15	38	20	60	26	45	21	22	55	17	23	17
16-19	42	22	55	22	41	21	22	52	21	26	22
20+	53	20	59	17	33	20	20	53	25	30	28
Studieren noch	59	16	62	17	34	21	20	48	20	32	26
Sozio-professionelle Kategorie											
Selbstständige	44	18	53	22	44	20	24	52	22	29	27
Führungskräfte	57	16	58	14	33	20	19	55	26	30	29
Andere weiße Kragen	45	20	55	22	39	20	20	52	23	27	25
Handwerkliche Mitarbeiter	43	22	57	21	40	21	21	51	22	26	22
Hauspersonen	38	21	58	28	43	26	19	51	15	22	22
Arbeitslose	48	21	62	24	48	21	17	50	19	25	21
Rentner	42	24	58	22	35	20	24	55	20	25	21
Studenten	59	16	62	17	34	21	20	48	20	32	26
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen											
Die meiste Zeit	39	24	58	23	44	23	21	46	19	31	22
Von Zeit zu Zeit	41	21	54	24	44	23	22	48	19	26	21
Fast nie/nie	49	20	59	19	35	19	21	55	22	27	25
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu											
Die Arbeiterklasse	40	21	62	24	43	23	20	53	19	27	19
Die untere Mittelschicht	42	22	59	22	39	19	22	53	18	26	23
Die Mittelschicht	49	20	55	20	37	20	22	52	22	28	25
Die obere Mittelschicht	60	15	57	15	32	20	21	51	30	28	33
Die Oberschicht	57	22	50	21	28	16	22	50	27	29	24
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen											
Ja	53	18	62	19	35	21	20	52	22	29	26
Nein	35	24	49	25	43	20	23	53	20	23	20

2. Wahrgenommene Ernsthaftigkeit des Klimawandels

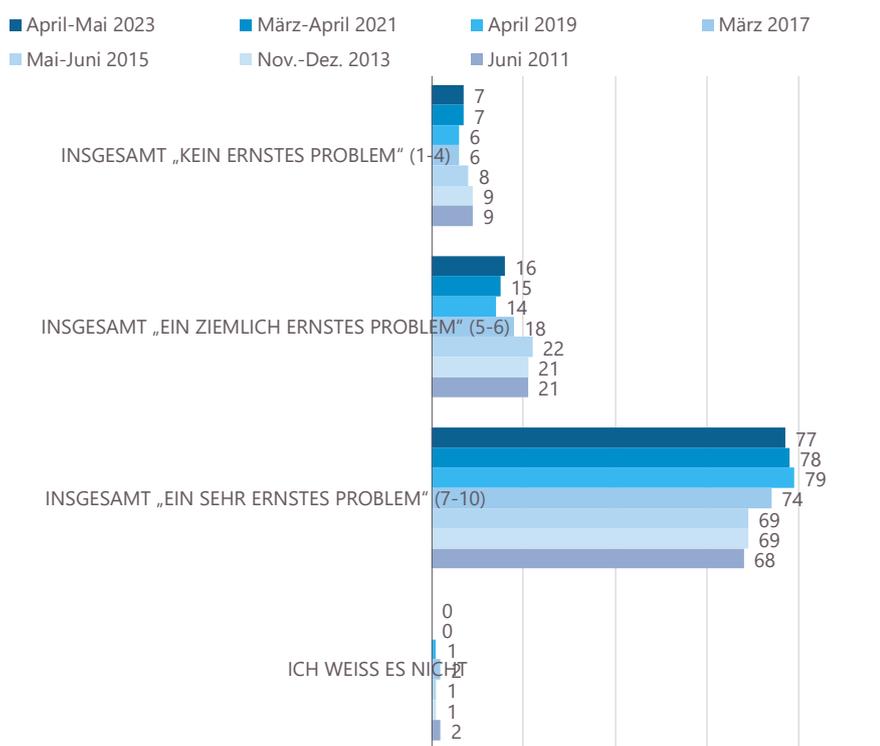
Fast acht von zehn Europäern denken, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist. Die Befragten wurden gebeten zu sagen, wie ernst ein Problem ist, das sie in diesem Moment mit einer Skala von 1-10 betrachten. „1“ bedeutet, dass es „nicht ein ernstes Problem“ und „10“ bedeutet, dass es „ein extrem ernstes Problem“ ist¹⁷. Ihre Antworten wurden in drei Gruppen unterteilt: Befragten, die den Klimawandel als „ein sehr ernstes Problem“ betrachten (Antworten 7 bis 10), diejenigen, die denken, dass es „ein ziemlich ernstes Problem“ ist (Antworten 5 und 6), und diejenigen, die denken, dass es „kein ernstes Problem“ ist (Antworten 1 bis 4).

Mehr als drei Viertel der Befragten (77 %, -1 Prozentpunkte seit März-April 2021) sind der Ansicht, dass der Klimawandel derzeit ein sehr ernstes Problem ist. Selbst wenn nur die Antworten 8 bis 10 in Betracht gezogen werden, halten mehr als sechs von zehn Befragten dies für ein ernstes Problem. Noch mehr, 31 %

geben ihm die maximale Punktzahl von 10, was darauf hindeutet, dass es ein extrem ernstes Problem ist.

Mehr als jeder zehnte (16 %, + 1 pp) glaubt, dass der Klimawandel ein ziemlich ernstes Problem ist, und 7 % (keine Änderung) glauben, dass der Klimawandel kein ernstes Problem ist. Der Anteil der Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist, ist seit April 2019 relativ stabil geblieben.

QC2R Und wie ernst ist Ihrer Meinung nach der Klimawandel? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei „1“ bedeutet, dass es „nicht wirklich ein ernstes Problem“ und „10“ bedeutet, dass es „ein extrem ernstes Problem“ ist. (IN % – EU27)



17 QC2F
Klima

eine Skala von 1 bis 10, wobei „1“ bedeutet, dass es „nicht wirklich ein ernstes Problem“ und „10“ bedeutet, dass es „ein extrem ernstes Problem“ ist.

Spezielles Eurobarometer 538

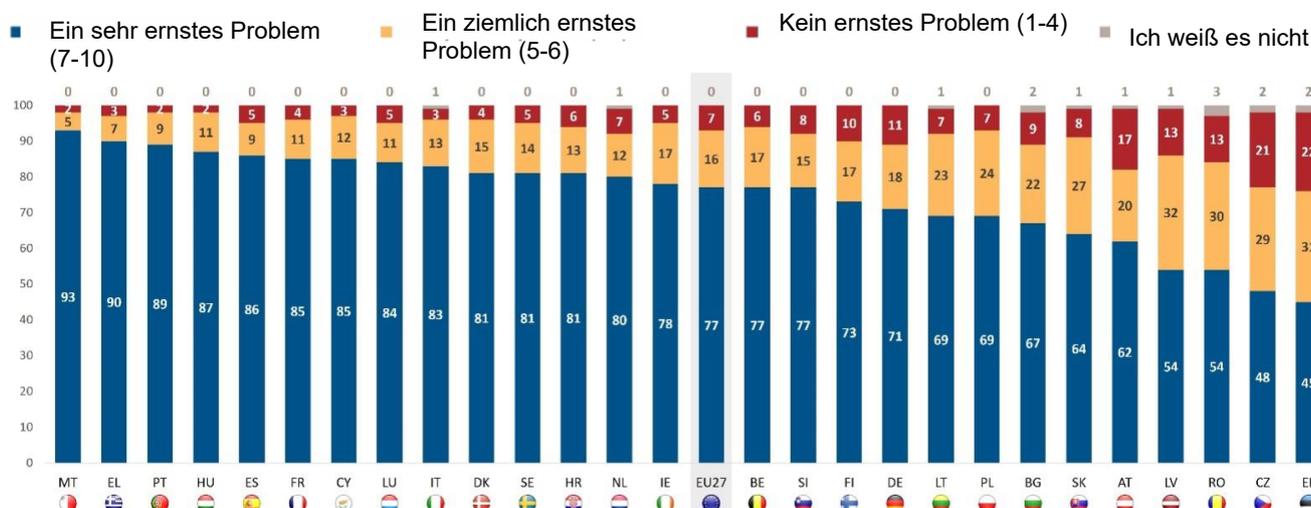
Klimawandel

In jedem EU-Mitgliedstaat glauben die Befragten am ehesten, dass der Klimawandel derzeit ein sehr ernstes Problem ist. Die Anteile reichen von 93 % in Malta, 90 % in Griechenland und 89 % in Portugal bis 45 % in Estland, 48 % in Tschechien und 54 % in Rumänien und Lettland.

Der Anteil, der der Ansicht ist, dass der Klimawandel ein ziemlich ernstes Problem ist, reicht von 32 % in Lettland, 31 % in Estland und 30 % in Rumänien, 5 % in Malta, 7 % in Griechenland und 9 % in Portugal und Spanien.

Schließlich gibt es sieben Länder, in denen mindestens jeder zehnte Befragte der Ansicht ist, dass der Klimawandel kein ernstes Problem ist: Estland (22 %), Tschechien (21 %), Österreich (17 %), Lettland, Rumänien (beide 13 %), Deutschland (11 %) und Finnland (10 %). Im Gegensatz dazu geben nur 2 % in Malta, Portugal und Ungarn diese Antwort.

QC2R Und wie ernst ist Ihrer Meinung nach der Klimawandel? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei „1“ bedeutet, dass es „nicht wirklich ein ernstes Problem“ und „10“ bedeutet, dass es „ein extrem ernstes Problem“ ist. (%)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die Änderungen seit März bis April 2021¹⁸ sind gemischt. In zehn Ländern betrachten die Befragten den Klimawandel nun eher als ein sehr ernstes Problem, wobei die größten Zuwächse in Malta (93 %, + 7 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, + 1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019) und Finnland (73 %, + 7 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkte seit 2019) zu verzeichnen sind. Im Gegensatz dazu ist diese Einschätzung in 14 Ländern zurückgegangen, und in vier Ländern lag der Rückgang bei mindestens zehn Prozentpunkten: Estland (45 %, -18 Prozentpunkte seit 2021, -14 Prozentpunkte seit 2019), Tschechien (48 %, -16 Prozentpunkte seit 2021, -23 Prozentpunkte seit 2019), Slowakei (64 %, -13 Prozentpunkte) und Rumänien (54 %, -12 Prozentpunkte). In den Niederlanden (80 %), Slowenien (77 %) und Polen (69 %) gab es keine Veränderung.

QC2R Und wie ernst ist Ihrer Meinung nach der Klimawandel? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei „1“ bedeutet, dass es „nicht wirklich ein ernstes Problem“ und „10“ bedeutet, dass es „ein extrem ernstes Problem“ ist. (%)

		EU-27	MT	FI	EL	LU	HU	DK	ES	FR	PER SON ALA BTEI LUN G	SE	NL	PL	SI	IT	PT	IE	LT	CY	SEI N	LV	BEI	BG	DE	RO	SK	CZ	EE
Kein erstes Problem (1-4)	Mai/ Juni 2023	7	2	10	3	5	2	4	5	4	6	5	7	7	8	3	2	5	7	3	6	13	17	9	11	13	8	21	22
	Δ Mär/ Apr 2021	=	▼3	▼8	▼2	=	▼3	▼5	A)1	▼1	A)1	▼3	A)1	=	=	▼1	=	▼3	▼2	▼1	=	▼4	5	5	3	A)2	4	6	6
Ein ziemlich erstes Problem (5-6)	Mai/ Juni 2023	16	5	17	7	11	11	15	9	11	13	14	12	24	15	13	9	17	23	12	17	32	20	22	18	30	27	29	31
	Δ Mär/ Apr 2021	A)1	▼3	A)1	▼4	▼6	▼3	=	▼5	▼2	▼3	A)1	▼2	=	=	A)1	A)2	6	4	5	5	8	A)1	A)2	5	9	9	8	10
Ein sehr erstes Problem (7-10)	Mai/ Juni 2023	77	93	73	90	84	87	81	86	85	81	81	80	69	77	83	89	78	69	85	77	54	62	67	71	54	64	48	45
	Δ Mär/ Apr 2021	▼1	7	7	6	6	6	5	5	4	A)2	A)2	=	=	=	▼1	▼2	▼3	▼3	▼4	▼5	▼5	▼7	▼8	▼8	▼12	▼13	▼16	▼18
Ich weiß nicht	Mai/ Juni 2023	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	1	0	0	1	1	2	0	3	1	2	2
	Δ Mär/ Apr 2021	=	▼1	=	=	=	=	=	▼1	▼1	=	=	A)1	=	=	A)1	=	=	A)1	=	=	A)1	A)1	A)1	=	A)1	=	A)2	A)2

¹⁸ Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass in jeder Gruppe mehr als sieben von zehn Befragten der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist. Es gibt jedoch einige bemerkenswerte Unterschiede:

- Je jünger die Befragten, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie so denken: 81 % der 15- bis 24-Jährigen glauben, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist, verglichen mit 75 % der Menschen ab 55 Jahren.
- Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass dies ein sehr ernstes Problem ist: 81 % derjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren abgeschlossen haben, tun dies, verglichen mit 74 % unter denjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.
- Studenten (86 %) und Manager (82 %) denken am ehesten, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist, insbesondere im Vergleich zu Hausbewohnern (73 %).
- Diejenigen, die sich in der oberen Mittelschicht (83 %) befinden, glauben am ehesten, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist, insbesondere im Vergleich zu denjenigen, die sich in der unteren Mittelschicht befinden (72 %).

Die Analyse zeigt auch – vielleicht nicht überraschend –, dass die Befragten, die der Meinung sind, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (94 %) oder eines der schwerwiegendsten (89 %) Probleme der Welt ist, viel wahrscheinlicher sagen, dass es sich um ein sehr ernstes Problem handelt als diejenigen, die glauben, dass der Klimawandel nicht eines der schwerwiegendsten Probleme der Welt ist (64 %).

Schließlich denken die Befragten, die persönliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher der Ansicht, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist als diejenigen, die keine Maßnahmen ergriffen haben (84 % gegenüber 64 %).

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC2R Und wie ernst ist Ihrer Meinung nach der Klimawandel? Bitte verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, wobei „1“ bedeutet, dass es „nicht wirklich ein ernstes Problem“ und „10“ bedeutet, dass es „ein extrem ernstes Problem“ ist. (% – EU)

	Kein ernstes Problem (1-4)	Ein ziemlich ernstes Problem (5-6)	Ein sehr ernstes Problem (7-10)	Ich weiß es nicht
EU-27	7	16	77	0
Geschlecht				
Mann	8	16	76	0
Frau	6	16	77	1
Alter				
15-24	4	15	81	0
25-39	7	14	79	0
40-54	8	15	77	0
55+	7	17	75	1
Bildung (Ende)				
—15	6	19	74	1
16-19	8	19	73	0
20+	7	12	81	0
Studieren noch	3	11	86	0
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbstständige	10	15	75	0
Führungskräfte	6	12	82	0
Andere weiße Kragen	6	17	77	0
Handwerkliche Mitarbeiter	9	16	75	0
Hauspersonen	6	20	73	1
Arbeitslose	8	16	76	0
Rentner	7	18	74	1
Studenten	3	11	86	0
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	8	16	75	1
Von Zeit zu Zeit	8	18	74	0
Fast nie/nie	7	15	78	0
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu				
Die Arbeiterklasse	7	18	74	1
Die untere Mittelschicht	9	18	72	1
Die Mittelschicht	6	15	79	0
Die obere Mittelschicht	5	12	83	0
Die Oberschicht	6	14	80	0
Klimawandel				
Größtes Problem	1	5	94	0
Eines der Probleme	2	9	89	0
Kein Problem	12	23	64	1
Wahrnehmung des Klimawandels				
Kein ernstes Problem	100	0	0	0
Ein ziemlich ernstes Problem	0	100	0	0
Ein sehr ernstes Problem	0	0	100	0
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimas ergriffen				
Ja	5	11	84	0
Nein	11	24	64	1

II. MASSNAHMEN ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS ERGREIFEN



Dieses Kapitel konzentriert sich auf Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels. Es wird diskutiert, welche Akteure die Europäer für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich halten, und überprüft auch, welche Maßnahmen die Europäer persönlich ergreifen, um den Klimawandel zu bekämpfen.

1. Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels

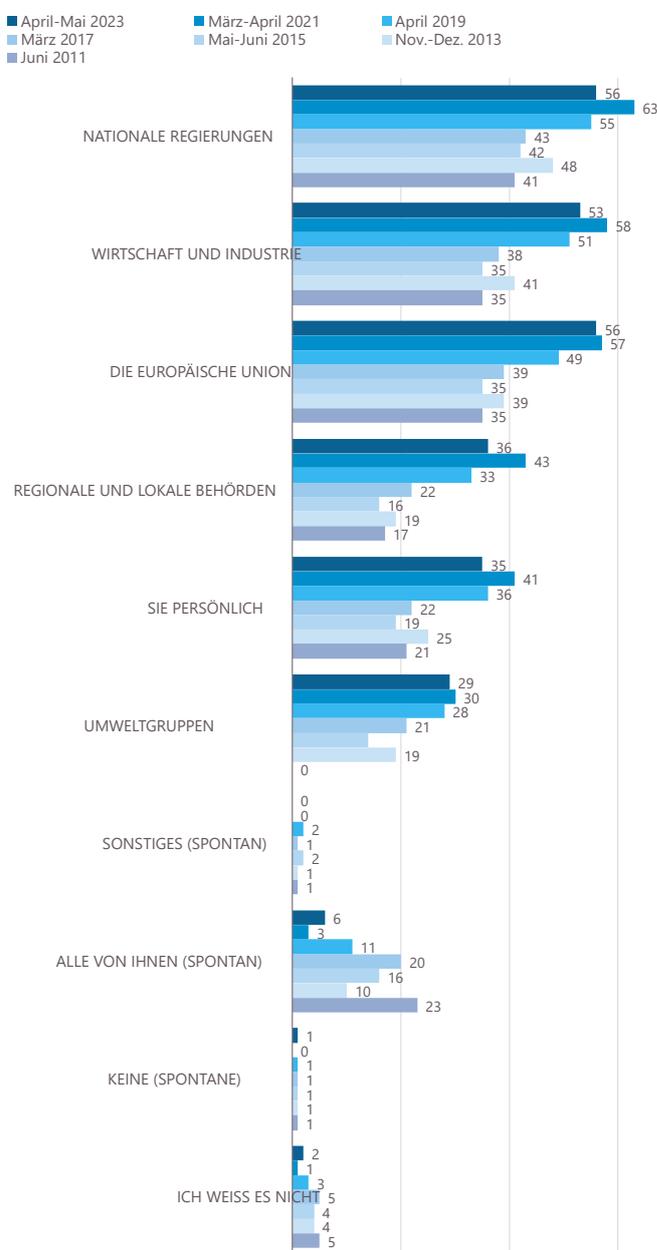
Die meisten Europäer sind der Ansicht, dass innerhalb der EU die Europäische Union, die nationalen Regierungen, die Wirtschaft und die Industrie für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind.

Die Befragten wurden gefragt, welche Akteure innerhalb der EU (aus einer Liste von sechs) ihrer Ansicht nach für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind. Mehrere Antworten waren möglich.¹⁹ Die Europäische Union (56 %, -1 Prozentpunkte seit März bis April 2021) und die nationalen Regierungen (56 %, -6 Prozentpunkte) werden am häufigsten erwähnt, gefolgt von Wirtschaft und Industrie (53 %, -5 Prozentpunkte). All dies wird weniger wahrscheinlich erwähnt als im März-April 2021, aber sie bleiben die einzigen Akteure, die von mindestens vier von zehn Befragten erwähnt wurden. Aus einer längeren Sicht ist es heute viel wahrscheinlicher, dass die Befragten die Verantwortung für die Bekämpfung des Klimawandels mit jedem dieser Faktoren übernehmen als im Zeitraum 2013-2017.

Mehr als ein Drittel der Befragten gibt an, dass regionale und lokale Gebietskörperschaften (36 %, -7 Prozentpunkte) oder sich selbst (35 %, -6 Prozentpunkte) verantwortlich sind, während 29 % (-1 Prozentpunkte) Umweltgruppen für verantwortlich halten.

Knapp eins von zwanzig (6 %, + 3 pp) sagt spontan, dass alle aufgeführten Akteure innerhalb der EU für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind.

QC3 Ihrer Meinung nach, wer innerhalb der EU ist für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH) (IN % – EU27)



19 QC3. Wer ist Ihrer Meinung nach innerhalb der EU für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich?

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

In 14 Mitgliedstaaten geben die Befragten am ehesten an, dass die nationalen Regierungen für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind, wobei die höchsten Anteile bei den Befragten in Malta (84 %), Schweden (80 %) und Dänemark (77 %) zu beobachten sind. Dagegen denken in Slowenien (35 %), Rumänien (40 %) und Lettland (43 %) weniger Menschen so. Die nationalen Regierungen rangieren in allen 27 Mitgliedstaaten unter den ersten drei.

In Spanien stehen die nationalen Regierungen und die Europäische Union gleich (beide 56 %), während in Bulgarien (beide 48 %) und in den Niederlanden (beide 68 %) die nationalen Regierungen mit Wirtschaft und Industrie an erster Stelle stehen.

In 27 Mitgliedstaaten zählt die Europäische Union zu den drei wichtigsten Akteuren, die für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind. Es ist der am häufigsten erwähnte Akteur in sechs Ländern, darunter Luxemburg (76 %), Frankreich und Belgien (beide 65 %) und Spanien (53 %). Die Europäische Union wird auch von den Befragten in Malta (79 %) und Dänemark (75 %) weithin erwähnt. Die Befragten in Rumänien (37 %), Lettland (38 %) und Bulgarien (39 %) berücksichtigen am wenigsten die EU, die für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich ist.

In vier Ländern glauben die Befragten am häufigsten, dass Unternehmen und Industrie für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind: Deutschland (66 %), Ungarn (60 %), Österreich (59 %) und Slowenien (58 %). In Bulgarien (jeweils 48 %) und den Niederlanden (jeweils 68 %) steht die Wirtschaft und die Industrie an erster Stelle mit den nationalen Regierungen. Unternehmen und Industrie werden auch in Griechenland (73 %) und Malta

(68 %) weithin erwähnt. Schweden ist das einzige Land, in dem Wirtschaft und Industrie nicht unter den Top 3 stehen.

Die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften sind der dritthäufigste Akteur in Griechenland (45 %), Österreich (43 %), Spanien (38 %) und Bulgarien (33 %), aber sie werden am häufigsten in Malta (67 %), Luxemburg (53 %) und Schweden (46 %) erwähnt. Sie werden am wenigsten von denen in Tschechien (19 %) und Polen, Lettland und Italien (alle 26 %) erwähnt.

Es gibt fünf Länder, in denen mindestens die Hälfte aller Befragten der Meinung ist, dass sie persönlich verantwortlich sind: Malta (63 %), Luxemburg (62 %), Schweden (60 %), Dänemark (54 %) und die Niederlande (53 %). Im Gegensatz dazu denken 16 % in Tschechien und 17 % in Bulgarien und Polen genauso. Dies ist der dritthäufigste Posten in Schweden und den Niederlanden (53 %).

Umweltgruppen sind die dritthäufig erwähnten Akteure in Österreich (zusammen mit den regionalen und lokalen Gebietskörperschaften, beide 43 %). Sie werden auch in Malta (61 %), Luxemburg (53 %) und Litauen (43 %), aber weniger wahrscheinlich von den Befragten in Bulgarien (16 %), Tschechien (17 %) und Italien (18 %) erwähnt.

Es ist erwähnenswert, dass es fünf Länder gibt, in denen mindestens jedes Zehnte spontan sagt, dass alle diese Akteure für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind: Portugal (32 %), Spanien (13 %), Österreich (11 %) sowie Litauen und Bulgarien (10 % je).

QC3 Ihrer Meinung nach, wer innerhalb der EU ist für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH) (%)

	EU-27	SE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BE	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE	
Nationale Regierungen	56	49	48	54	77	61	55	56	74	56	61	50	46	69	43	57	63	48	84	68	52	46	47	40	35	64	62	80
Die Europäische Union	56	65	39	41	75	63	45	51	73	56	65	53	51	63	38	50	76	41	79	67	52	43	52	37	43	50	55	74
Wirtschaft und Industrie	53	52	48	46	65	66	44	42	73	54	56	47	43	67	39	56	66	60	68	68	59	34	41	33	58	63	60	55
Regionale und lokale Behörden	36	35	33	19	44	44	30	34	45	38	40	41	26	38	26	37	53	29	67	35	43	26	35	31	28	34	29	46
Sie persönlich	35	40	17	16	54	48	22	39	32	36	46	26	20	41	24	37	62	18	63	53	40	17	28	18	22	26	42	60
Umweltgruppen	29	29	16	17	33	31	23	30	32	29	42	42	18	39	26	43	53	24	61	19	43	22	31	21	23	28	24	28
Sonstiges (Spontan)	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	1	0	0	0	1	0	1	0	0
Alle von ihnen (Spontaneous)	6	3	10	4	4	4	5	9	5	13	4	3	9	4	4	10	2	8	2	2	11	3	32	5	8	3	1	1
Keine (spontane)	1	1	1	2	0	2	1	0	0	1	1	0	1	0	1	1	0	0	1	3	1	0	1	1	1	0	0	
Ich weiß nicht	2	1	6	4	0	1	3	1	0	2	3	0	3	0	3	2	1	1	2	0	2	2	2	4	1	1	2	0

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Auf nationaler Ebene sind die Meinungen darüber, wer für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich ist, seit April bis Mai 2021 unterschiedlich²⁰.

Auf EU-Ebene ist der Anteil der nationalen Regierungen um sieben Prozentpunkte zurückgegangen, und in 18 Mitgliedstaaten wird dieser Trend wiederholt. In 13 Ländern ist der Rückgang um mindestens zehn Prozentpunkte zu verzeichnen, wobei der größte Rückgang in Irland (56 %, -18 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, +8 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), Slowenien (35 %, -17 Prozentpunkte seit 2019, -2 Prozentpunkten seit 2019) und Italien (46 %, -17 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist. Die Erwähnung der nationalen Regierung ist in sechs Ländern gestiegen, darunter Malta (84 %, +9 Prozentpunkte seit 2021, +18 Prozentpunkte seit 2019) und in Griechenland (74 %), der Slowakei (64 %) und Frankreich (61 %) unverändert geblieben.

Die Erwähnung der Europäischen Union ist in 15 Ländern gestiegen, darunter Litauen (50 %, +17 Prozentpunkte), Dänemark (75 %, +15 Prozentpunkte) und Malta (79 %, +10 Prozentpunkte seit 2021, +20 Prozentpunkte seit 2019). In den übrigen 12 Ländern sind die Befragten nun weniger wahrscheinlich der Ansicht, dass die EU verantwortlich ist, wobei die größten Rückgänge in Rumänien (37 %, -15 Prozentpunkte), Irland (51 %, -14 Prozentpunkte seit 2021, +6 Prozentpunkte seit 2019), Portugal (52 %, -12 Prozentpunkte seit 2021, -4 Prozentpunkte seit 2019) und Slowenien (43 %, -10 Prozentpunkte seit 2021, +4 Prozentpunkte seit 2019) zu verzeichnen sind.

In 13 Ländern ist es heute weniger wahrscheinlich, dass die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften verantwortlich sind, und in fünf Ländern sinkt der Rückgang um mindestens zehn Prozentpunkte: Polen (26 %, -20 Prozentpunkte), Italien (26 %, -20 Prozentpunkte), Rumänien (31 %, -15 Prozentpunkte), Irland (34 %, -11 Prozentpunkte seit 2021, +1 seit 2019) und Spanien (38 %, -10 Prozentpunkte). Dagegen werden in elf Ländern die regionalen und lokalen Gebietskörperschaften häufiger erwähnt, und dies ist besonders ausgeprägt in Luxemburg (53 %, +18 Prozentpunkte seit 2021, +23 Prozentpunkte seit 2019), Malta (67 %, +14 Prozentpunkte seit 2021, +26 Prozentpunkte seit 2019) und Litauen (37 %, +10 Prozentpunkte). In Frankreich (40 %) oder in Belgien oder Portugal (beide 35 %) gab es keine Meinungsänderung.

Auf EU-Ebene sind die Erwähnungen von Unternehmen und Industrie um fünf Prozentpunkte zurückgegangen, und dieser Trend spiegelt sich in 16 Mitgliedstaaten wider, darunter Rumänien (33 %, -16 Prozentpunkte), Irland

(42 %, -14 Prozentpunkte seit 2021, +3 Prozentpunkte seit 2019), Bulgarien (48 %, -10 Prozentpunkte) und Italien (43 %, -10 Prozentpunkte). In den übrigen elf Ländern ist zugenommen, vor allem in Griechenland (73 %, +11 Prozentpunkte), Malta (68 %, +11 Prozentpunkte seit 2021, +25 Prozentpunkte seit 2019) und Litauen (56 %, +10 Prozentpunkte).

In 18 Ländern glauben die Befragten heute weniger, dass sie persönlich für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind, wobei die größten Rückgänge in Portugal (28 %, -15 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkte seit 2019), Irland (39 %, -13 Prozentpunkte seit 2021, -4 Prozentpunkte seit 2019) und Polen (17 %, -13 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind. Die Erwähnungen sind in sechs Ländern gestiegen, darunter Dänemark (54 %, +13 Prozentpunkte seit 2021, +2 Prozentpunkte seit 2019) und Malta (63 %, +11 Prozentpunkte seit 2021, +23 Prozentpunkte seit 2019), aber in Frankreich (46 %), Kroatien und der Slowakei (beide 26 %).

Die Erwähnung von Umweltgruppen hat in 15 Ländern zugenommen, und in fünf Ländern beträgt der Anstieg mindestens zehn Prozentpunkte: Luxemburg (53 %, +28 Prozentpunkte seit 2021, +22 Prozentpunkte seit 2019), Litauen (43 %, +16 Prozentpunkte seit 2021, +5 Prozentpunkte seit 2019), Dänemark (33 %, +15 Prozentpunkte seit 2021, +10 Prozentpunkte seit 2019), Malta (61 %, +13 Prozentpunkte) und Lettland (26 %, +10 Prozentpunkte seit 2021, -7 Prozentpunkte seit 2019). Dagegen sind die Erwähnungen in zehn Ländern zurückgegangen, darunter Italien (18 %, -14 Prozentpunkte), Rumänien (21 %, -13 Prozentpunkte) und Zypern (39 %, -10 Prozentpunkte).

²⁰ Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC3 Ihrer Meinung nach, wer innerhalb der EU ist für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH) (%)

		EU-27	MT	DK	LT	SE	LU	FI	EL	FR	SK	DE	CY	PE RS ON AL AB TEI LU NG	NL	BE I	PT	SEI N	ES	RO	EE	HU	BG	LV	CZ	PL	IT	SI	IE
Nationale Regierungen	Mai/Juni 2023	56	84	77	57	80	63	62	74	61	64	61	69	50	68	52	47	49	56	40	55	48	48	43	54	46	46	35	56
	Δ Mär/Apr 2021	▼7	9	5	5	4	3	A)1	=	=	=	▼1	▼1	▼2	▼5	▼8	▼10	▼11	▼11	▼11	▼12	▼12	▼13	▼13	▼16	▼16	▼17	▼17	▼18
Die Europäische Union	Mai/Juni 2023	56	79	75	50	74	76	55	73	65	50	63	63	53	67	52	52	65	56	37	45	41	39	38	41	43	51	43	51
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	10	15	17	5	10	A)2	8	3	3	A)1	▼6	A)2	▼3	▼5	▼12	▼4	▼2	▼15	6	▼2	▼7	3	4	A)2	▼5	▼10	▼14
Regionale und lokale Behörden	Mai/Juni 2023	36	67	44	37	46	53	29	45	40	34	44	38	41	35	43	35	35	38	31	30	29	33	26	19	26	26	28	34
	Δ Mär/Apr 2021	▼7	14	7	10	A)2	18	A)2	A)2	=	A)2	▼2	▼8	5	▼5	▼3	=	=	▼10	▼15	▼2	▼8	▼7	A)1	A)2	▼20	▼20	▼7	▼11
Wirtschaft und Industrie	Mai/Juni 2023	53	68	65	56	55	66	60	73	56	63	66	67	47	68	59	41	52	54	33	44	60	48	39	46	34	43	58	42
	Δ Mär/Apr 2021	▼5	11	9	10	4	8	▼2	11	4	3	▼8	6	▼3	▼4	▼7	▼7	▼5	▼6	▼16	▼5	▼5	▼10	A)1	5	▼9	▼10	▼4	▼14
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	35	63	54	37	60	62	42	32	46	26	48	41	26	53	40	28	40	36	18	22	18	17	24	16	17	20	22	39
	Δ Mär/Apr 2021	▼6	11	13	9	4	8	▼4	▼1	=	=	▼7	▼5	=	▼4	▼8	▼15	▼1	▼6	▼8	▼4	▼5	▼4	4	▼6	▼13	▼8	▼2	▼13
Sie persönlich	Mai/Juni 2023	29	61	33	43	28	53	24	32	42	28	31	39	42	19	43	31	29	29	21	23	24	16	26	17	22	18	23	30
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	13	15	16	6	28	5	7	5	A)2	=	▼10	A)2	▼4	=	8	5	▼3	▼13	3	▼3	▼7	10	7	▼9	▼14	▼2	▼6
Umweltgruppen	Mai/Juni 2023	0	0	0	1	0	0	0	0	1	1	0	0	0	1	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0
	Δ Mär/Apr 2021	=	=	=	A)1	=	=	=	=	A)1	A)1	=	=	=	A)1	=	=	=	=	A)1	=	=	=	=	=	=	=	=	=
Sonstiges (Spontan)	Mai/Juni 2023	6	2	4	10	1	2	1	5	4	3	4	4	3	2	11	32	3	13	5	5	8	10	4	4	3	9	8	9
	Δ Mär/Apr 2021	3	▼3	4	10	A)1	A)2	A)1	3	3	=	A)1	A)1	A)2	A)2	6	32	3	6	3	5	5	3	4	4	A)2	5	5	9
Alle von ihnen (Spontaneous)	Mai/Juni 2023	1	0	0	1	0	1	0	0	1	1	2	0	0	1	3	0	1	1	1	1	0	1	1	2	1	1	1	0
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	=	=	A)1	=	A)1	▼1	=	=	A)1	A)1	▼1	=	A)1	3	=	A)1	A)1	=	A)1	=	A)1	=	A)1	A)2	A)1	A)1	A)1
Keine (spontane)	Mai/Juni 2023	2	2	0	2	0	1	2	0	3	1	1	0	0	0	2	2	1	2	4	3	1	6	3	4	2	3	1	1
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	A)1	▼1	A)2	=	=	A)2	▼1	=	=	A)1	=	=	=	A)1	A)2	A)1	=	A)1	3	▼1	4	3	4	A)1	A)1	A)1	A)1

Eine Analyse der soziodemografischen Ergebnisse hebt Folgendes hervor:

- Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er jedem Akteur Verantwortung zuweist. 60 % derjenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, sind der Ansicht, dass die EU verantwortlich ist, verglichen mit 52 % derjenigen, die im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.
- Mit Ausnahme von Umweltgruppen sagen Manager am ehesten, dass jeder Akteur verantwortlich ist. Studierende und Führungskräfte weisen die Verantwortung am ehesten der EU zu (je 62 %).
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, denken am ehesten, dass jeder Akteur verantwortlich ist. Zum Beispiel sagen 59 % dies über die nationalen Regierungen, verglichen mit 52 % derjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen.
- Diejenigen, die sich als Teil der oberen Mittelschicht betrachten, sagen am ehesten, dass jeder Akteur verantwortlich ist, obwohl bei Umweltgruppen ein gleicher Anteil derjenigen, die sich als Teil der Mittelschicht betrachten, auch so denkt (beide 30 %).

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel die schwerwiegendsten Probleme oder eines der schwerwiegendsten Probleme ist, jeden Akteur eher für verantwortlich halten als diejenigen, die nicht der Meinung sind, dass der Klimawandel ein ernstes Problem ist. So glauben beispielsweise 70 % derjenigen, die den Klimawandel für das schwerwiegendste Problem halten, und 64 % derjenigen, die glauben, dass dies eines der schwerwiegendsten Probleme ist, denken auch, dass die EU verantwortlich ist, verglichen mit 48 % derjenigen, die nicht der Meinung sind, dass der Klimawandel ein ernstes Problem für die Welt ist.

Je ernster ein Befragter den Klimawandel wahrnimmt, desto wahrscheinlicher ist es, dass jeder Akteur dafür verantwortlich ist. Zum Beispiel glauben 58 % derjenigen, die den Klimawandel für ein sehr ernstes Problem halten, dass Unternehmen und Industrie verantwortlich sind, verglichen mit 35 %, die denken, dass dies kein ernstes Problem ist. Das gleiche Muster gilt, wenn Sie den Vergleich zwischen denen machen, die persönliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben und nicht ergriffen haben.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC3 Ihrer Meinung nach, wer innerhalb der EU ist für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH) (% – EU)

	Nationale Regierungen	Die Europäische Union	Regionale und lokale Behörden	Wirtschaft und Industrie	Sie persönlich	Umweltgruppen	Sonstiges (Spontan)	Alle von ihnen (Spontaneous)
EU-27	56	56	36	53	35	29	0	6
Geschlecht								
Mann	56	57	35	53	35	27	0	6
Frau	56	56	37	53	36	30	0	7
Alter								
15-24	56	59	34	53	34	30	0	6
25-39	56	58	38	56	37	31	0	6
40-54	57	57	36	54	37	28	0	7
55+	55	54	35	52	33	27	0	7
Bildung (Ende)								
—15	51	52	32	49	28	24	0	10
16-19	53	54	35	53	33	29	0	6
20+	61	60	39	56	41	31	0	5
Studieren noch	59	62	37	58	37	29	0	6
Sozio-professionelle Kategorie								
Selbstständige	53	56	35	52	32	28	0	8
Führungskräfte	63	62	42	59	44	31	0	5
Andere weiße Kragen	56	58	34	53	34	28	0	6
Handwerkliche Mitarbeiter	52	54	35	52	35	29	0	7
Hauspersonen	52	52	30	45	27	23	0	11
Arbeitslose	55	58	37	55	37	37	0	6
Rentner	55	53	35	52	33	28	0	6
Studenten	59	62	37	58	37	29	0	6
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen								
Die meiste Zeit	52	55	35	50	27	27	0	9
Von Zeit zu Zeit	49	51	34	48	28	27	0	7
Fast nie/nie	59	59	37	56	39	30	0	6
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu								
Die Arbeiterklasse	55	54	37	53	32	28	0	9
Die untere Mittelschicht	52	53	31	50	31	26	1	8
Die Mittelschicht	56	57	37	54	36	30	0	5
Die obere Mittelschicht	63	65	40	60	46	30	1	4
Die Oberschicht	57	62	35	46	35	24	0	6
Klimawandel								
Größtes Problem	66	70	45	61	47	35	0	5
Eines der Probleme	62	64	42	60	44	34	0	6
Kein Problem	49	48	30	47	27	24	0	7
Wahrnehmung des Klimawandels								
Kein ernstes Problem	34	30	20	35	16	15	1	5
Ein ziemlich ernstes Problem	44	44	27	41	23	23	0	6
Ein sehr ernstes Problem	60	62	39	58	40	31	0	7
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimas ergriffen								
Ja	62	62	42	60	43	32	0	7
Nein	46	46	26	42	21	22	0	6

Spezielles Eurobarometer 538
Klimawandel

2. Persönliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels

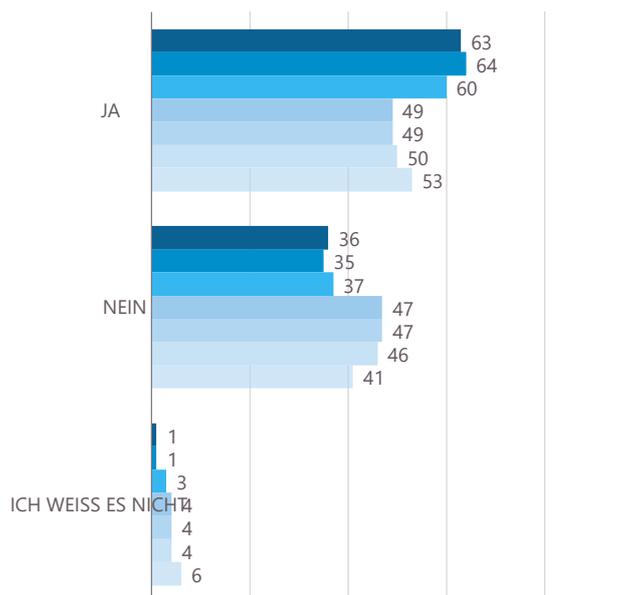
Mehr als sechs von zehn Europäern haben in den letzten sechs Monaten persönlich Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen.

Seit März bis April 2021 hat sich der Anteil der Befragten, die sagen, dass sie in den letzten 6 Monaten persönliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, kaum verändert (63 %, -1 Prozentpunkte)²¹. Mehr als ein Drittel (36 %, + 1 pp) geben an, dass sie keine Maßnahmen ergriffen haben, während 1 % (keine Änderung) sagen, dass sie es nicht wissen.

Längerfristig ist der Anteil der Maßnahmen seit April 2019 relativ stabil, aber deutlich höher als im Zeitraum 2011-2017.

QC5 Haben Sie persönlich Maßnahmen ergriffen, um den Klimawandel in den letzten sechs Monaten zu bekämpfen? (IN % – EU27)

■ April-Mai 2023 ■ März-April 2021 ■ April 2019
 ■ März 2017 ■ Mai-Juni 2015 ■ Nov.-Dez. 2013
 ■ Juni 2011



21 QC5. Haben Sie persönlich Maßnahmen ergriffen, um den Klimawandel in den letzten sechs Monaten zu bekämpfen?

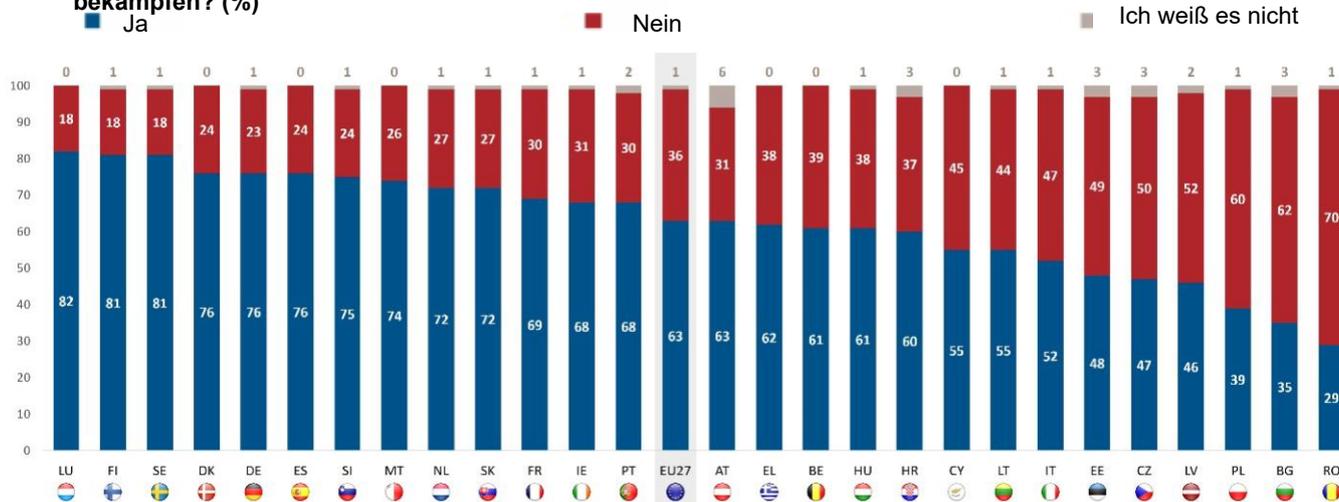
Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Auf nationaler Ebene gibt eine Mehrheit der Befragten in 21 Mitgliedstaaten an, dass sie in den letzten sechs Monaten persönlich Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, und in sieben Ländern haben mindestens drei Viertel dies getan: Luxemburg (82 %), Finnland und Schweden (je 81 %), Dänemark, Deutschland und Spanien (je 76 %) und Slowenien (75 %).

Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt haben, wobei der größte Anstieg bei den Befragten in Dänemark zu beobachten ist (76 %, + 14 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, + 1 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), in den Niederlanden (72 %, + 11 Prozentpunkte) und in Luxemburg (82 %, + 9 Prozentpunkte seit 2021, + 1 Prozentpunkte seit 2019).

QC5 Haben Sie persönlich Maßnahmen ergriffen, um den Klimawandel in den letzten sechs Monaten zu bekämpfen? (%)



Am anderen Ende der Skala geben nur 29 % der Menschen in Rumänien, 35 % in Bulgarien und 39 % in Polen an, dass sie in diesem Zeitrahmen persönliche Maßnahmen ergriffen haben.

Dagegen sagen die Befragten in elf Ländern, darunter Portugal (68 %, -15 Prozentpunkte seit 2021, -6 Prozentpunkte seit 2019), Polen (39 %, -13 Prozentpunkte) und Zypern (55 %, -10 Prozentpunkte) jetzt weniger wahrscheinlich, dass sie Maßnahmen ergriffen haben.

Die Trends seit April bis Mai 2021²² sind gemischt. In zehn Mitgliedstaaten geben die Befragten nun eher an, dass sie sich in den letzten sechs Monaten persönlich für die

In den übrigen sechs Ländern gab es keine Veränderung.

QC5 Haben Sie persönlich Maßnahmen ergriffen, um den Klimawandel in den letzten sechs Monaten zu bekämpfen? (%)

		EU-27	DK	NL	LU	FI	LT	SE	EL	IT	LV	EE	ES	FR	AL	MT	SI	SK	SE	DE	RO	BG	CZ	IE	HU	BE	CY	PL	PT
Ja	Mai/Juni 2023	63	76	72	82	81	55	81	62	52	46	48	76	69	60	74	75	72	61	76	29	35	47	68	61	63	55	39	68
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	14	11	9	8	7	7	4	4	4	A)1	=	=	=	=	=	=	▼1	▼2	▼2	▼3	▼3	▼4	▼4	▼6	▼8	▼10	▼15
Nein	Mai/Juni 2023	36	24	27	18	18	44	18	38	47	52	49	24	30	37	26	24	27	39	23	70	62	50	31	38	31	45	60	30
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	▼14	▼12	▼9	▼9	▼8	▼8	▼4	▼4	▼6	▼4	A)1	=	▼2	A)2	▼1	▼1	A)1	A)2	A)1	3	=	3	6	4	10	13	13
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	1	0	1	0	1	1	1	0	1	2	3	0	1	3	0	1	1	0	1	1	3	3	1	1	6	0	1	2
	Δ Mär/Apr 2021	=	=	A)1	=	A)1	A)1	A)1	=	=	A)2	3	▼1	=	A)2	▼2	A)1	A)1	=	=	A)1	=	3	A)1	=	4	=	=	A)2

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Mehr als die Hälfte aller Befragten in jeder soziodemografischen Gruppe gibt an, dass sie persönlich Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, aber es gibt einige bemerkenswerte Unterschiede:

- Die Befragten in der Altersgruppe der 25- bis 54-Jährigen (66 %) sagen eher, dass sie Maßnahmen ergriffen haben als jüngere (61 %) oder ältere (60 %).
- Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er Maßnahmen ergriffen hat: 71 % derjenigen, die ihre Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, haben dies getan, verglichen mit 55 %, die die Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger verlassen haben.
- Führungskräfte (74 %) sagen, dass sie Maßnahmen ergriffen haben, insbesondere im Vergleich zu Arbeitslosen (57 %).
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (67 %) sagen eher, dass sie Maßnahmen ergriffen haben als diejenigen, die mehr Schwierigkeiten haben.
- Diejenigen, die sich als Teil der oberen Mittelschicht betrachten (75 %) sagen eher, dass sie Maßnahmen ergriffen haben als diejenigen, die sie als Teil anderer Kategorien der sozialen Leiter betrachten, insbesondere in der Arbeiterklasse (59 %).

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die der Meinung sind, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (76 %) oder eines der schwerwiegendsten (71 %) Probleme der Welt ist, eher Maßnahmen ergriffen haben als diejenigen, die den Klimawandel nicht zu den schwerwiegendsten Problemen zählen (55 %).

QC5 Haben Sie persönlich Maßnahmen ergriffen, um den Klimawandel in den letzten sechs Monaten zu bekämpfen? (% – EU)

	Ja	Nein	Ich weiß es nicht
EU-27	63	36	1
Geschlecht			
Mann	61	38	1
Frau	65	34	1
Alter			
15-24	61	38	1
25-39	66	33	1
40-54	66	33	1
55+	60	38	2
Bildung (Ende)			
—15	55	44	1
16-19	60	39	1
20+	71	28	1
Studieren noch	67	32	1
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	65	34	1
Führungskräfte	74	25	1
Andere weiße Kragen	63	35	2
Handwerkliche Mitarbeiter	63	36	1
Hauspersonen	58	41	1
Arbeitslose	57	42	1
Rentner	59	40	1
Studenten	67	32	1
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	58	41	1
Von Zeit zu Zeit	55	44	1
Fast nie/nie	67	32	1
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	59	40	1
Die untere Mittelschicht	60	39	1
Die Mittelschicht	64	35	1
Die obere Mittelschicht	75	25	0
Die Oberschicht	65	35	0
Klimawandel			
Größtes Problem	76	23	1
Eines der Probleme	71	28	1
Kein Problem	55	44	1
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	41	57	2
Ein ziemlich ernstes Problem	44	54	2
Ein sehr ernstes Problem	69	30	1

3. Arten der individuellen Aktion

Mehr als neun von zehn Europäern haben mindestens eine Maßnahme zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen.

Die Befragten erhielten eine Liste von 15 Maßnahmen und fragten, welche sie persönlich zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen hatten²³. Mehr als neun von zehn (93 %, -3 Prozentpunkte seit März-April 2021) hatten mindestens eine Maßnahme ergriffen.

Die bei weitem am häufigsten erwähnte Maßnahme ist der Versuch, Abfälle zu reduzieren und regelmäßig für das Recycling zu trennen (70 %, -5 Prozentpunkte). Dies und der Versuch, den Verbrauch von Einwegartikeln (53 %, -6 Prozentpunkte) zu reduzieren, sind die einzigen Maßnahmen, die von mindestens der Hälfte aller Befragten erwähnt werden. In beiden Fällen sagen die Befragten jedoch weniger wahrscheinlich, dass sie jede Maßnahme ergreifen als im Jahr 2021.

Fast vier von zehn (37 %) geben an, dass beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes ein niedrigerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor für ihre Wahl ist, ein Rückgang um fünf Prozentpunkte seit 2021 und der zweite Rückgang in Folge seit 2019.

Etwas mehr als drei von zehn (31 %, keine Änderung) kaufen und essen weniger Fleisch.

Mehr als ein Viertel der Befragten gibt an, dass sie regelmäßig umweltfreundliche Alternativen zu ihrem privaten Auto wie Wandern, Radfahren, öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing (28 %, -2 Prozentpunkte) verwenden oder dass sie mehr Bio-Lebensmittel kaufen und essen (28 %, -4 PP).

Anderere Maßnahmen wurden von weniger als einer von fünf Befragten ergriffen, und seit 2021 gab es kaum Veränderungen.

Mehr als jeder Zehnte sagt, dass sie ihr Zuhause besser isoliert haben, um ihren Energieverbrauch zu senken (17 %, -1 pp), sie betrachten den CO₂-Fußabdruck ihrer Lebensmittelkäufe und passen ihren Einkauf manchmal entsprechend an (15 %, -1 pp).

Rund jeder Zehnte hat in seinem Haus Geräte installiert, um den Energieverbrauch zu kontrollieren und zu reduzieren (11 %, + 1 pp), den CO₂-Fußabdruck ihres Transports bei der Planung ihres Urlaubs und anderer längerer Entfernungen zu berücksichtigen und manchmal ihre Pläne entsprechend anzupassen (11 %, keine Änderung) oder zu einem Energieversorger umgestiegen, der einen größeren Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen bietet als der vorherige (10 %, keine Änderung).

Weniger als jeder Zehnte hat Solarmodule in seinem Haus installiert (9 %, + 1 pp), ein neues Auto gekauft und sein niedriger Kraftstoffverbrauch war ein wichtiger Faktor bei ihrer Wahl (7 %, -1 pp), haben ein energiearmes Haus gekauft (4 %, keine Änderung) oder ein Elektroauto gekauft (3 %, + 1 pp).

Wenn man sich die längerfristigen Trends anschaut, zeigt sich, dass die Zahl der Menschen, die versuchen, ihren Abfall zu reduzieren oder den Verbrauch von Einwegartikeln zu reduzieren, auf dem niedrigsten Niveau seit 2013 liegt.

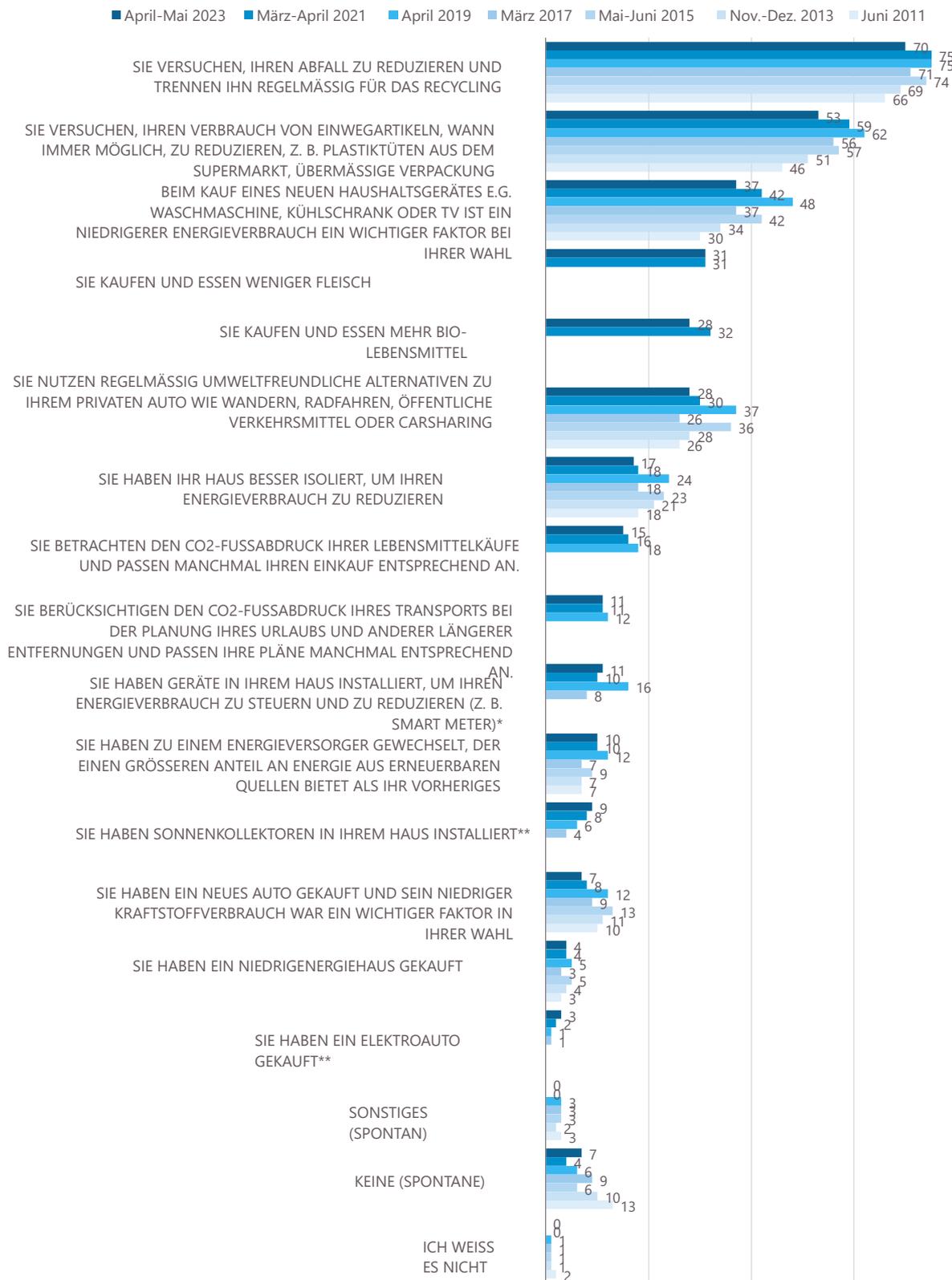
Der Anteil der Befragten, die sagen, dass ein niedrigerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes ist, ist auf das Niveau von 2017 gesunken, während der Anteil der Befragten, die ihr Zuhause besser isoliert oder neue Autos mit niedrigem Kraftstoffverbrauch gekauft haben, jetzt auf dem niedrigsten Stand ist.

23 QC6. Welche der folgenden Aktionen, wenn überhaupt, gelten für Sie? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH)

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC6 Welche der folgenden Aktionen, wenn überhaupt, gelten für Sie? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH) (% – EU27)



Auf nationaler Ebene geben mindestens acht von zehn Befragten in jedem Mitgliedstaat an, in den letzten sechs Monaten mindestens eine Maßnahme zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen zu haben. Alle Befragten in Malta (100 %) sagen dies, ebenso 99 % in Schweden und 98 % in Luxemburg, Slowenien und den Niederlanden. Dies entspricht 80 % in Bulgarien, 83 % in Zypern und 85 % in Rumänien.

Im Vergleich zu März bis April 2021 geben die²⁴Befragten in 21 Ländern weniger wahrscheinlich an, mindestens eine Maßnahme ergriffen zu haben, wobei die größten Rückgänge in Portugal zu verzeichnen sind (87 %, -13 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), Polen (87 %, -10 Prozentpunkte), Tschechien (91 %, -8 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkte seit 2019) und Lettland (89 %, -8 Prozentpunkte seit 2021). Malta (100 %, +3 Prozentpunkte) und Rumänien (85 %, +2 Prozentpunkte) sind die einzigen Länder, in denen die Befragten mit größerer Wahrscheinlichkeit mindestens eine Maßnahme ergriffen haben, während es in Schweden (99 %), Luxemburg (98 %), Frankreich (96 %) und Finnland (95 %) keine Veränderung gab.

In allen Ländern sagen die Befragten am häufigsten, dass sie versuchen, ihre Abfälle zu reduzieren und sie regelmäßig für das Recycling zu trennen, obwohl die Anteile von 91 % der Befragten in Malta und Schweden und 82 % in Frankreich und Luxemburg bis 36 % in Rumänien und 49 % in Polen reichen. Diese Maßnahme liegt jedoch in allen Mitgliedstaaten unter den ersten drei, da sie in Bulgarien am dritthäufigsten erwähnt ist (26 %).

„Bei dem Kauf eines neuen Haushaltsgerätes ist ein geringerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor bei Ihrer Wahl“ ist die einzige andere Option, die auf nationaler Ebene an erster Stelle steht und die am häufigsten genannte Maßnahme in Bulgarien ist (39 %). Diese Maßnahme wird auch von mindestens der Hälfte aller Befragten in Malta (67 %), den Niederlanden (54 %), Schweden (52 %) und Slowenien (51 %) erwähnt. Dies ist die dritthäufig erwähnte Maßnahme in 16 Ländern.

In 26 Mitgliedstaaten, die versuchen, den Verbrauch von Einwegartikeln nach Möglichkeit zu senken, ist die zweithäufigste Maßnahme die zweithäufigste Maßnahme, wobei der Anteil von 81 % der Befragten in Schweden, 78 % in Malta und 71 % in den Niederlanden bis 31 % in Rumänien, 32 % in Bulgarien und 36 % in Polen reicht. Diese Maßnahme liegt in jedem Mitgliedstaat unter den ersten drei, und in Bulgarien teilt sie sich die zweite Position mit einer besseren Isolierung des Hauses, um den Energieverbrauch zu senken.

Der Kauf und der Verzehr von weniger Fleisch ist die dritthäufig erwähnte Maßnahme in den Niederlanden (58 %), Deutschland (47 %) und Frankreich (41 %), und es wird auch von mindestens der Hälfte aller Befragten in

Schweden und Luxemburg erwähnt (beide 53 %). Dagegen geben nur 11 % in Polen und 13 % in Portugal und Litauen an, diese Maßnahmen zu ergreifen.

In Schweden (63 %), Finnland (45 %) und Irland (29 %) und in den Niederlanden (56 %) und Luxemburg (47 %) ist die regelmäßig umweltfreundliche Alternative zu einem Privatfahrzeug die dritthäufigste Maßnahme. Es wird von den Befragten in Polen (12 %), Italien und Kroatien (beide 14 %) am wenigsten erwähnt.

In vier Ländern ist der Kauf und Verzehr von mehr Bio-Lebensmitteln die dritthäufigste Maßnahme: Luxemburg (60 %), Slowenien (56 %), Dänemark (47 %) und Österreich (41 %). Dies wird auch von mindestens der Hälfte in Schweden (52 %) erwähnt. Dagegen geben 11 % in Ungarn, 12 % in Polen und 14 % in Bulgarien an, diese Maßnahme zu ergreifen.

In Bulgarien isoliert das Haus besser, um den Energieverbrauch zu senken, und versucht, den Verbrauch von Einwegartikeln zu senken (beide 32 %). Eine bessere Isolierung des Hauses wird auch von 43 % der Befragten in den Niederlanden und 32 % in Slowenien erwähnt.

In keinem Land erscheinen andere Aktionen in den Top 3. Zu den bemerkenswerten Ergebnissen der übrigen Maßnahmen zählen:

- Die Befragten in Schweden (46 %) und den Niederlanden (41 %) sagen häufiger als in anderen Ländern, dass sie den CO₂-Fußabdruck ihrer Lebensmittelkäufe berücksichtigen und ihren Einkauf irgendwann anpassen.
- Die Befragten in den Niederlanden (44 %) sagen häufiger als in anderen Ländern, dass sie Geräte in ihrem Haus installiert haben, um den Energieverbrauch zu kontrollieren und zu senken. Malta (33 %) und Luxemburg (20 %) sind die einzigen anderen Länder, in denen mindestens jedes Fünfte dies getan hat.
- Die Befragten in Schweden (43 %) sagen häufiger als in anderen Ländern, dass sie den CO₂-Fußabdruck ihres Transports bei der Planung von Ferien oder längeren Reisen berücksichtigen.
- Schweden (25 %) ist auch das einzige Land, in dem mindestens jeder Fünfte zu einem Energieversorger umgestiegen ist, der einen größeren Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen anbietet.
- Die Niederlande (43 %), Zypern (25 %) und Malta (21 %) sind die einzigen Länder, in denen mindestens jedes Fünfte Solarmodule in ihrem Haus installiert hat.
- Fast jeder fünfte Befragte in Luxemburg (19 %) gibt an, ein Niedrigenergiehaus gekauft zu haben, wobei mindestens jeder Zehnte in den Niederlanden (12 %) und Zypern (10 %) ebenfalls sagte, dies getan zu haben.

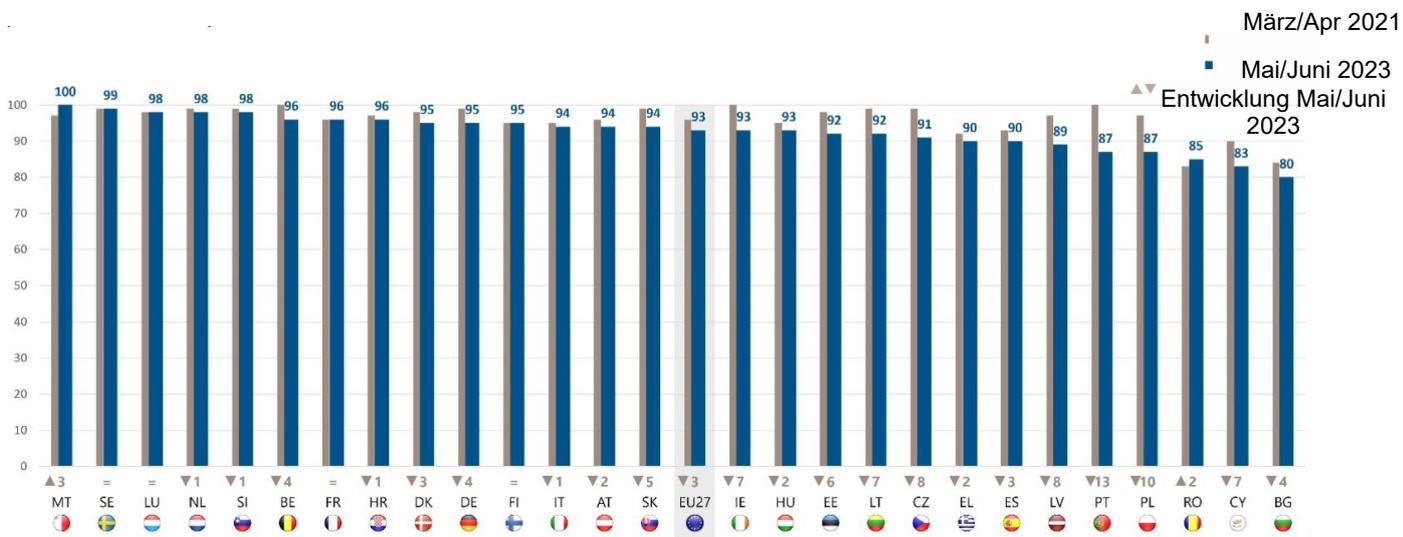
²⁴ Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Spezielles Eurobarometer 538
Klimawandel

Spezielles Eurobarometer 538

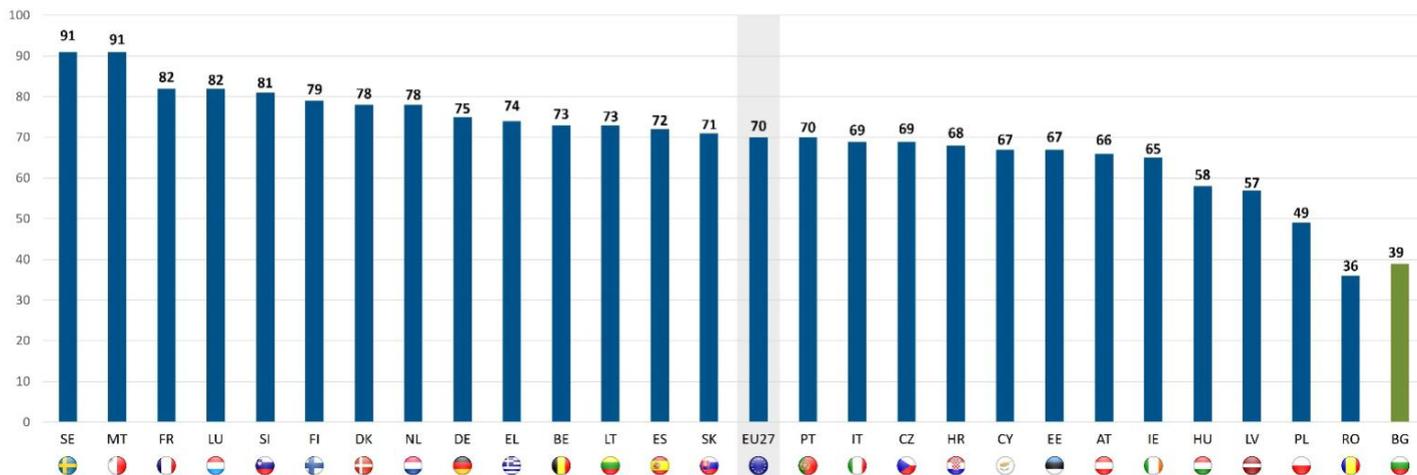
Klimawandel

QC6 Welche der folgenden Aktionen, wenn überhaupt, gelten für Sie? (Multiple ANSWERS POSSIBLE) (% Gesamt ,mindestens eine Aktion')



QC6. Welche der folgenden Maßnahmen gilt für Sie? (Mehrere Antworten möglich) (% – Die am häufigsten genannte Antwort nach Ländern)

- Sie versuchen, Ihren Abfall zu reduzieren und trennen ihn regelmäßig für das Recycling
- Beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes (z. B. Waschmaschine, Kühlschrank oder TV) ist ein geringerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor bei Ihrer Wahl



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC6 Welche der folgenden Aktionen, wenn überhaupt, gelten für Sie? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH) (%)

	EU-27	SEI N	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON ALA BTE ILU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Sie versuchen, Ihren Abfall zu reduzieren und trennen ihn regelmäßig für das Recycling	70	73	26	69	78	75	67	65	74	72	82	68	69	67	57	73	82	58	91	78	66	49	70	36	81	71	79	91
Sie versuchen, den Verbrauch von Einwegartikeln wann immer möglich zu reduzieren (z. B. Plastiktüten aus dem Supermarkt, überschüssige Verpackung)	53	59	32	49	63	65	61	52	64	49	57	49	40	54	48	48	66	55	78	71	57	36	49	31	65	57	69	81
Beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes (z. B. Waschmaschine, Kühlschrank oder TV) ist ein geringerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor bei Ihrer Wahl	37	43	39	46	46	41	40	28	40	34	38	34	31	46	41	37	48	37	67	54	38	24	31	27	51	40	42	52
Sie kaufen und essen weniger Fleisch	31	39	19	18	46	47	24	26	14	15	41	22	26	21	17	13	53	18	22	58	39	11	13	14	27	19	41	53
Sie nutzen regelmäßig umweltfreundliche Alternativen zu Ihrem privaten Auto wie Wandern, Radfahren, öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing	28	42	17	24	43	43	32	29	28	23	27	14	14	17	26	22	47	19	42	56	33	12	16	16	37	31	45	63
Sie kaufen und essen mehr Bio-Lebensmittel	28	28	14	15	47	39	21	21	16	21	28	32	29	16	24	24	60	11	26	38	41	12	17	17	56	25	22	52
Sie haben Ihr Haus besser isoliert, um Ihren Energieverbrauch zu reduzieren	17	28	32	20	22	10	26	22	19	11	21	20	13	27	16	17	28	19	13	43	11	12	11	20	32	24	19	17
Sie betrachten den CO2-Fußabdruck Ihrer Lebensmittelkäufe und passen manchmal Ihren Einkauf entsprechend an.	15	22	3	10	27	21	9	22	3	9	24	7	3	8	10	7	30	13	10	41	20	6	8	4	22	12	32	46
Sie haben Geräte in Ihrem Haus installiert, um Ihren Energieverbrauch zu steuern und zu reduzieren (z. B. Smart Meter)	11	17	2	7	18	9	12	15	2	8	18	6	4	7	12	13	20	9	33	44	19	8	7	8	18	7	17	17
Sie berücksichtigen den CO2-Fußabdruck Ihres Transports bei der Planung Ihres Urlaubs und anderer längerer Entfernungen und passen Ihre Pläne manchmal entsprechend an.	11	15	3	6	21	16	4	12	2	4	16	3	4	7	5	3	25	8	10	32	19	3	5	6	10	6	30	43
Sie haben zu einem Energieversorger gewechselt, der einen größeren Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen bietet als Ihr vorheriges	10	14	1	4	15	15	8	13	6	5	9	5	9	3	6	8	16	4	1	19	11	4	7	6	16	4	17	25
Sie haben Sonnenkollektoren in Ihrem Haus installiert	9	19	3	8	7	9	4	6	17	6	5	5	6	25	3	3	13	4	21	43	14	5	5	4	12	6	6	9
Sie haben ein neues Auto gekauft und sein niedriger Kraftstoffverbrauch war ein wichtiger Faktor in Ihrer Wahl	7	10	7	11	15	6	11	9	2	5	11	4	6	12	8	8	16	4	14	12	9	4	4	4	16	6	13	17
Sie haben ein Niedrigenergiehaus gekauft	4	6	3	2	8	2	5	6	1	3	6	1	3	10	2	2	19	6	9	12	4	3	2	4	6	2	4	4
Sie haben ein Elektroauto gekauft	3	3	1	2	9	3	2	5	1	2	2	3	5	1	2	1	8	2	6	9	7	1	2	2	3	1	7	9
Sonstiges (Spontan)	0	0	0	0	2	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	0
Keine (spontane)	7	4	18	9	5	5	8	5	9	10	4	3	6	16	9	8	2	7	0	2	6	12	12	15	2	6	4	1
Ich weiß nicht	0	0	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	1	0
Insgesamt „mindestens eine Maßnahme“	93	96	80	91	95	95	92	93	90	90	96	96	94	83	89	92	98	93	100	98	94	87	87	85	98	94	95	99

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Auf EU-Ebene gab es seit April bis Mai 2021 in der Regel nur geringfügige Veränderungen²⁵. Diese verschleiern jedoch größere Änderungen auf nationaler Ebene von mindestens zehn Prozentpunkten für 13 der 15 geforderten Maßnahmen.

In 20 Ländern sagen die Befragten weniger wahrscheinlich, dass sie versuchen, ihre Abfälle zu reduzieren und sie für das Recycling zu trennen, und in fünf Ländern beträgt der Rückgang mindestens zehn Prozentpunkte: Irland (65 %, -24 Prozentpunkte gegenüber 2021, -5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), Tschechien (69 %, -19 Prozentpunkte seit 2021, -7 Prozentpunkte seit 2019), Belgien (73 %, -13 Prozentpunkte seit 2021, -5 Prozentpunkte seit 2019), Portugal (70 %, -12 Prozentpunkte seit 2021, -6 Prozentpunkte seit 2019) und Polen (49 %, -11 Prozentpunkte). In sechs Ländern, darunter Malta (91 %, +9 Prozentpunkte), sind die Befragten nun eher bereit, diese Maßnahmen zu ergreifen, während es in Slowenien keine Veränderung gab (81 %).

In 21 Ländern ist der Anteil der Befragten, die sagen, dass sie versuchen, ihren Verbrauch von Einwegartikeln nach Möglichkeit zu senken, und in drei Ländern um mehr als 20 Prozentpunkte zurückgegangen: Portugal (49 %, -26 Prozentpunkte seit 2021, -4 Prozentpunkte seit 2019), Irland (52 %, -25 Prozentpunkte seit 2021, -8 Prozentpunkte seit 2019) und Tschechien (49 %, -22 Prozentpunkte seit 2021, -5 Prozentpunkte seit 2019). Auch in Estland (61 %, -15 Prozentpunkte seit 2021, -7 Prozentpunkte seit 2019), Italien (40 %, -11 Prozentpunkte), Lettland (48 %, -10 Prozentpunkte) und Polen (36 %, -10 Prozentpunkte) sind deutliche Rückgänge zu verzeichnen. Dagegen sind die Erwähnungen dieser Maßnahme in fünf Ländern, darunter Malta, gestiegen (78 %, +7 Prozentpunkte seit 2021, +17 Prozentpunkte seit 2019), während es in Ungarn keine Veränderung gab (55 %).

Der Anteil der Befragten, die sagen, dass beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes ein geringerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor für ihre Wahl sei, gab es in Portugal (31 %, -42 Prozentpunkte seit 2021, -11 Prozentpunkte seit 2019), Irland (28 %, -28 Prozentpunkte seit 2021, -10 Prozentpunkte seit 2019), Tschechien (46 %, -22 Prozentpunkte seit 2021, -5 Prozentpunkte seit 2019) und Estland (40 %, -22 Prozentpunkte seit 2021, -18 Prozentpunkte seit 2019) und Estland (40 %, -22 Prozentpunkte seit 2019). Insgesamt sind Rückgänge bei den Erwähnungen in 19 Ländern zu verzeichnen. Es gibt fünf Länder, darunter Schweden (52 %, +11 Prozentpunkte seit 2021, -9 Prozentpunkte seit 2019) und Finnland (42 %, +12 Prozentpunkte seit 2021, -9 Prozentpunkte seit 2019), in denen die Befragten nun eher sagen, dass sie diese Maßnahme ergriffen haben. In Luxemburg (48 %) oder Österreich (38 %) ist keine Veränderung zu beobachten.

Evolutionen für den Kauf und Essen weniger Fleisch sind gemischt. Die Befragten in 15 Ländern sagen nun eher, dass sie dies tun, wobei die größten Zuwächse in Luxemburg (53 %, +7 Prozentpunkte) und Schweden (53 %, +7 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind. Dagegen sind die Erwähnungen in neun Ländern zurückgegangen, insbesondere in Portugal (13 %, -26 Prozentpunkte) und Irland (26 %, -12 Prozentpunkte). Es gab keine Veränderung in Frankreich (41 %), Lettland (17 %) oder Spanien (15 %).

Im Vergleich zu 2021 geben die Befragten in 19 Ländern weniger an, mehr Bio-Lebensmittel zu kaufen und zu essen, und dies gilt insbesondere in Portugal (17 %, -18 Prozentpunkte), Frankreich (28 %, -13 Prozentpunkte) und Irland (21 %, -12 Prozentpunkte). In den übrigen acht Mitgliedstaaten ist es nun wahrscheinlicher, dass die Befragten diese Maßnahme ergreifen, wobei der größte Anstieg in Luxemburg zu verzeichnen ist (60 %, +12 Prozentpunkte). In Italien gab es keine Veränderung (29 %).

In 15 Ländern, darunter Portugal (16 %, -22 Prozentpunkte seit 2021, +2 Prozentpunkte seit 2019), Irland (29 %, -11 Prozentpunkte seit 2021, -7 Prozentpunkte seit 2019) und Tschechien (24 %, -11 Prozentpunkte seit 2019, -5 Prozentpunkte seit 2019) und in zehn Ländern, darunter Schweden (63 %, +21 Prozentpunkte seit 2021, -2 Prozentpunkte seit 2019), Malta (42 %, +16 Prozentpunkte seit 2021, +11 Prozentpunkte seit 2019) und Finnland (45 %, +14 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkte seit 2019) ist die regelmäßige Nutzung umweltfreundlicher Alternativen zurückgegangen. In Lettland gab es keine Veränderung (26 %).

Der Anteil der Befragten, die ihr Haus besser zur Senkung des Energieverbrauchs isolieren, ist in 13 Ländern zurückgegangen, darunter Irland (22 %, -15 Prozentpunkte seit 2021, -10 Prozentpunkte seit 2019) und Portugal (11 %, -18 Prozentpunkte seit 2021, -7 Prozentpunkte seit 2019). Dagegen sind die Erwähnungen in 12 Ländern gestiegen, vor allem in Luxemburg (28 %, +13 Prozentpunkte seit 2021, -2 Prozentpunkte seit 2019) und Finnland (19 %, +11 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkte seit 2019). In Slowenien (32 %) oder Lettland (16 %) gab es keine Veränderung.

In 16 Ländern gab es einen Rückgang des Anteils der Befragten, die sagen, dass sie den CO₂-Fußabdruck ihrer Lebensmittelkäufe betrachten und manchmal ihren Einkauf entsprechend anpassen, wobei der größte Anteil in Portugal (8 %, -21 Prozentpunkte seit 2021, +3 Prozentpunkte seit 2019), Irland (22 %, -18 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkte seit 2019), Tschechien (10 %, -14 Prozentpunkte seit 2021, +1 Prozentpunkte seit 2019) und Belgien (22 %, -11 Prozentpunkte seit 2021, -7 Prozentpunkte seit 2019) ist. Dieses Verhalten ist in neun Ländern, darunter Schweden, gestiegen (46 %, +12 Prozentpunkte seit 2021, -1 Prozentpunkte seit 2019) und bleibt in vier Ländern unverändert.

²⁵ Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Der Anteil der Befragten, die Geräte in ihrem Haus installiert haben, um ihren Energieverbrauch zu kontrollieren und zu senken, ist in 18 Ländern, darunter Finnland, gestiegen (17 %, + 10 Prozentpunkte seit 2021, -4 Prozentpunkte seit 2019). In sechs Ländern, darunter Portugal (7 %, -9 Prozentpunkte seit 2021, + 1 Prozentpunkte seit 2019), ist sie in Österreich (20 %), Kroatien (7 %) und Bulgarien (3 %) unverändert geblieben.

Die Befragten in Schweden (43 %, + 16 Prozentpunkte seit 2021, + 1 Prozentpunkte seit 2019) berücksichtigen heute viel eher den CO₂-Fußabdruck ihres Transports bei der Planung ihres Urlaubs und anderer längerer Entfernungen und passen ihre Pläne manchmal entsprechend an. Insgesamt ist der Anteil der Befragten, die diese Maßnahme ergreifen, in 14 Ländern gestiegen, ging in 12 zurück und blieb in Slowenien (10 %) unverändert.

Im Vergleich zu 2021 sind die Befragten in zehn Ländern, darunter Belgien (14 %, 11 Prozentpunkte) und Irland (13 %, -10 Prozentpunkte seit 2021, -1 Prozentpunkte seit 2019), weniger wahrscheinlich auf einen Energieversorger umgestiegen, der einen größeren Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen bietet. In 13 Ländern ist die Wahrscheinlichkeit größer, dass die Befragten diese Maßnahmen ergreifen, während sich in den übrigen vier Ländern nichts geändert hat.

Die Installation von Solarmodulen im Haushalt ist in sieben Ländern, darunter Portugal (5 %, -12 Prozentpunkte seit 2021, + 1 Prozentpunkte seit 2019), in 16 Ländern einschließlich der Niederlande gesunken (43 %, + 7 Prozentpunkte seit 2021, + 20 Prozentpunkte seit 2019) und ist in vier Ländern unverändert geblieben.

Schließlich sagen die Befragten in Luxemburg (19 %, + 10 Prozentpunkte) jetzt eher, dass sie ein Niedrigenergiehaus gekauft haben. Zypern (10 %, + 6 pp) ist das einzige andere Land, in dem die Entwicklung mehr als vier Prozentpunkte in beide Richtungen beträgt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC6 Welche der folgenden Aktionen, wenn überhaupt, gelten für Sie? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH) (%)

		EU-27	SEIN	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PERSONAL ABT EILUNG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BEI	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Sie versuchen, Ihren Abfall zu reduzieren und trennen ihn regelmäßig für das Recycling	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	70	73	26	69	78	75	67	65	74	72	82	68	69	67	57	73	82	58	91	78	66	49	70	36	81	71	79	91
		▼5	▼13	▼5	▼19	▼2	▼6	▼6	▼24	5	▼6	▼1	A)1	▼5	▼8	▼2	4	▼1	▼5	9	▼9	▼1	▼11	▼12	▼2	=	▼5	4	5
Sie versuchen, den Verbrauch von Einwegartikeln wann immer möglich zu reduzieren (z. B. Plastiktüten aus dem Supermarkt, überschüssige Verpackung)	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	53	59	32	49	63	65	61	52	64	49	57	49	40	54	48	48	66	55	78	71	57	36	49	31	65	57	69	81
		▼6	▼5	▼7	▼22	▼6	▼9	▼15	▼25	▼2	▼4	3	▼1	▼11	A)1	▼10	▼9	▼4	=	7	▼2	▼3	▼10	▼26	▼3	▼1	▼9	A)1	A)1
Beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes (z. B. Waschmaschine, Kühlschrank oder TV) ist ein geringerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor bei Ihrer Wahl	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	37	43	39	46	46	41	40	28	40	34	38	34	31	46	41	37	48	37	67	54	38	24	31	27	51	40	42	52
		▼5	▼14	▼2	▼22	▼3	▼8	▼22	▼28	▼11	5	▼3	A)1	▼5	A)1	▼13	▼14	=	▼4	9	▼11	=	▼4	▼42	▼3	▼6	▼4	12	11
Sie kaufen und essen weniger Fleisch	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	31	39	19	18	46	47	24	26	14	15	41	22	26	21	17	13	53	18	22	58	39	11	13	14	27	19	41	53
		=	▼5	4	▼8	A)2	▼2	A)2	▼12	▼7	=	=	4	3	3	=	▼6	7	4	5	3	6	▼3	▼26	A)2	A)1	▼5	5	7
Sie kaufen und essen mehr Bio-Lebensmittel	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	28	28	14	15	47	39	21	21	16	21	28	32	29	16	24	24	60	11	26	38	41	12	17	17	56	25	22	52
		▼4	▼6	A)2	▼5	▼4	▼6	▼5	▼12	▼6	3	▼13	4	=	▼6	▼1	▼5	12	▼1	9	▼2	▼7	▼7	▼18	▼7	7	▼1	A)2	8
Sie nutzen regelmäßig umweltfreundliche Alternativen zu Ihrem privaten Auto wie Wandern, Radfahren, öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	28	42	17	24	43	43	32	29	28	23	27	14	14	17	26	22	47	19	42	56	33	12	16	16	37	31	45	63
		▼2	3	▼3	▼11	7	▼7	▼3	▼11	▼9	▼3	4	▼3	▼3	A)1	=	▼6	8	3	16	=	▼1	▼2	▼22	▼1	A)2	▼5	14	21
Sie haben Ihr Haus besser isoliert, um Ihren Energieverbrauch zu reduzieren	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	17	28	32	20	22	10	26	22	19	11	21	20	13	27	16	17	28	19	13	43	11	12	11	20	32	24	19	17
		▼1	▼3	A)1	▼9	5	▼6	▼9	▼15	▼5	A)2	▼1	▼2	3	4	=	▼5	13	4	A)2	6	▼1	▼1	▼18	▼3	=	5	11	7
Sie betrachten den CO ₂ -Fußabdruck Ihrer Lebensmittelaufkäufe und passen manchmal Ihren Einkauf entsprechend an.	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	15	22	3	10	27	21	9	22	3	9	24	7	3	8	10	7	30	13	10	41	20	6	8	4	22	12	32	46
		▼1	▼11	=	▼14	A)2	▼1	▼4	▼18	▼3	A)2	A)2	=	▼1	3	3	▼3	▼2	▼3	=	6	=	▼2	▼21	▼1	▼3	▼1	▼1	12
Sie haben Geräte in Ihrem Haus installiert, um Ihren Energieverbrauch zu steuern und zu reduzieren (z. B. Smart Meter)	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	11	17	2	7	18	9	12	15	2	8	18	6	4	7	12	13	20	9	33	44	19	8	7	8	18	7	17	17
		A)1	5	=	▼2	8	=	4	▼6	▼2	A)2	4	A)1	▼2	3	=	3	8	A)1	4	A)1	5	A)1	▼9	3	4	▼3	10	8
Sie berücksichtigen den CO ₂ -Fußabdruck Ihres Transports bei der Planung Ihres Urlaubs und anderer längerer Entfernungen und passen Ihre Pläne manchmal entsprechend an.	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	11	15	3	6	21	16	4	12	2	4	16	3	4	7	5	3	25	8	10	32	19	3	5	6	10	6	30	43
		=	▼2	A)1	▼6	4	▼4	▼2	▼3	▼2	A)1	4	▼1	A)2	4	3	▼3	9	▼1	6	6	3	▼1	▼3	A)1	=	▼3	8	16
Sie haben zu einem Energieversorger gewechselt, der einen größeren Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen bietet als Ihr vorheriges	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	10	14	1	4	15	15	8	13	6	5	9	5	9	3	6	8	16	4	1	19	11	4	7	6	16	4	17	25
		=	▼11	=	▼1	A)2	▼2	4	▼10	▼3	3	▼1	A)2	A)1	A)1	A)2	=	9	A)1	=	▼2	▼2	▼1	▼4	A)2	=	A)1	6	8
Sie haben Sonnenkollektoren in Ihrem Haus installiert	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	9	19	3	8	7	9	4	6	17	6	5	5	6	25	3	3	13	4	21	43	14	5	5	4	12	6	6	9
		A)1	▼7	=	A)2	▼1	A)1	=	▼5	▼3	3	A)2	A)2	A)1	6	A)2	▼1	=	=	A)2	7	5	▼2	▼12	A)2	4	3	3	4
Sie haben ein neues Auto gekauft und sein niedriger Kraftstoffverbrauch war ein wichtiger Faktor in Ihrer Wahl	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	7	10	7	11	15	6	11	9	2	5	11	4	6	12	8	8	16	4	14	12	9	4	4	4	16	6	13	17
		▼1	=	A)2	▼1	4	▼6	▼6	▼4	▼5	3	A)2	▼2	▼1	▼1	▼1	▼1	6	▼1	3	A)1	▼1	▼2	▼6	=	A)2	▼1	3	4
Sie haben ein Niedrigenergiehaus gekauft	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	4	6	3	2	8	2	5	6	1	3	6	1	3	10	2	2	19	6	9	12	4	3	2	4	6	2	4	4
		=	▼2	▼1	▼2	4	▼1	▼2	A)1	▼3	A)2	A)2	▼1	=	6	=	=	10	A)1	A)2	A)2	A)1	▼3	▼4	A)2	A)1	A)1	3	A)2
Sie haben ein Elektroauto gekauft	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	3	3	1	2	9	3	2	5	1	2	2	3	5	1	2	1	8	2	6	9	7	1	2	2	3	1	7	9
		A)1	=	A)1	A)1	6	=	A)1	A)1	=	A)1	A)1	A)2	A)1	A)1	A)2	=	A)2	A)1	5	4	4	▼1	▼2	=	A)1	▼1	4	5
Sonstiges (Spontan)	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	0	0	0	0	2	1	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0
		=	=	=	=	A)2	A)1	A)1	=	=	A)1	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	=	▼1	=
Keine (spontane)	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	7	4	18	9	5	5	8	5	9	10	4	3	6	16	9	8	2	7	0	2	6	12	12	15	2	6	4	1
		3	4	A)2	8	3	4	6	5	A)1	3	A)1	=	A)2	6	6	7	=	A)2	▼1	A)1	3	9	12	▼1	A)1	5	▼1	=
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	0	0	2	1	0	0	0	1	0	0	0	0	0	0	1	1	0	0	0	0	0	1	1	0	0	1	1	0
		=	=	A)1	A)1	=	=	=	A)1	=	=	▼1	=	▼1	=	A)1	A)1	▼1	▼1	▼1	=	▼1	=	A)1	▼1	=	A)1	A)1	=
Insgesamt „mindestens eine Maßnahme“	Mai/Juni 2023 Δ Mär/Apr 2021	93	96	80	91	95	95	92	93	90	90	96	96	94	83	89	92	98	93	100	98	94	87	87	85	98	94	95	99
		▼3	▼4	▼4	▼8	▼3	▼4	▼6	▼7	▼2	▼3	=	▼1	▼1	▼7	▼8	▼7	=	▼2	3	▼1	▼2	▼10	▼13	A)2	▼1	▼5	=	=

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Zu den Highlights der soziodemografischen Analyse gehören:

- Frauen sagen häufiger als Männer, dass sie versuchen, ihren Verbrauch von Einwegartikeln zu reduzieren (56 % vs. 50 %), dass sie weniger Fleisch kaufen und essen (35 % vs. 26 %) oder dass sie mehr Bio-Lebensmittel kaufen und essen (31 % vs. 24 %).
- Je jünger die Befragten sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie regelmäßig umweltfreundliche Alternativen zu ihrem privaten Auto verwenden: 33 % der 15- bis 24-Jährigen sagen dies im Vergleich zu 26 % der Menschen im Alter von 55 Jahren oder älter.
- Befragten, die eine Ausbildung über 20 Jahre abgeschlossen haben, haben mit höherer Wahrscheinlichkeit jede der Maßnahmen ergriffen als diejenigen, die eine Ausbildung in einem jüngeren Alter abgeschlossen haben. Zum Beispiel kaufen und essen 34 % mehr Bio-Lebensmittel im Vergleich zu 20 %, die eine Ausbildung im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.
- Manager gehören konsequent zu den sozioprofessionellen Gruppen, die am ehesten jede der Maßnahmen ergriffen haben. Zum Beispiel sagen 61 %, dass sie versuchen, ihre Verwendung von Einwegartikeln zu reduzieren, verglichen mit 50 % der Handarbeiter.
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, nehmen mit größerer Wahrscheinlichkeit jede der Aktionen durch als diejenigen, die größere Schwierigkeiten haben. Zum Beispiel versuchen 73 %, ihren Abfall zu reduzieren und zu recyceln, verglichen mit 65 %, die Schwierigkeiten haben, ihre Rechnungen die meiste Zeit zu bezahlen.
- Für jede der 15 Maßnahmen haben die Befragten, die sich als Teil der oberen Mittel- oder Oberschicht betrachten, sie eher angenommen als die Befragten, die sich als Teil anderer Kategorien der sozialen Leiter betrachten.

Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, tatsächlich berichten, dass sie jede dieser Maßnahmen ergriffen haben. Zum Beispiel sagen 50 %, die sagen, dass sie nicht gehandelt haben, auch sagen, dass sie versuchen, ihre Abfälle zu reduzieren und für das Recycling zu trennen.

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste oder eines der schwerwiegendsten Probleme der Welt ist, mit größerer Wahrscheinlichkeit jede der Maßnahmen ergriffen haben als diejenigen, die glauben, dass der Klimawandel kein ernstes Problem ist. Darüber hinaus haben die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist, eher jede der Maßnahmen ergriffen als diejenigen, die ihn für weniger ernst halten.

Schließlich ist es interessant festzustellen, dass ein Teil der Befragten, die sagen, dass sie keine Maßnahmen zur

Spezielles Eurobarometer 538
Klimawandel

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC6 Welche der folgenden Aktionen, wenn überhaupt, gelten für Sie? (MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH) (% – EU)

	Sie haben ein neues Auto gekauft und sein niedriger Kraftstoffverbrauch war ein wichtiger Faktor in Ihrer Wahl	Sie haben ein Elektroauto gekauft	Sie nutzen regelmäßig umweltfreundliche Alternativen zu Ihrem privaten Auto wie Wandern, Radfahren, öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing	Sie haben Ihr Haus besser isoliert, um Ihren Energieverbrauch zu reduzieren	Sie haben ein Niedrigenergiehaushaltsgerät gekauft	Beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes (z. B. Waschmaschine, Kühlschrank oder TV) ist ein geringerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor bei Ihrer Wahl	Sie haben zu einem Energiewerks gewechselt, der einen größeren Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen bietet als Ihr vorheriges	Sie haben Geräte in Ihrem Haus installiert, um Ihren Energieverbrauch zu reduzieren (z. B. Smart Meter)	Sie haben Sonnenkollektoren in Ihrem Haus installiert	Sie betrachten den CO ₂ -Fußabdruck Ihrer Lebensmittelkäufe und passen manchmal Ihren Einkauf entsprechend an.	Sie berücksichtigen den CO ₂ -Fußabdruck Ihres Transports bei der Planung Ihres Urlaubs und anderer längerer Entfernungen und passen Ihre Pläne manchmal entsprechend an.	Sie kaufen und essen weniger Fleisch	Sie kaufen und essen mehr Bio-Lebensmittel	Sie versuchen, Ihren Abfall zu reduzieren und trennen ihn regelmäßig für das Recycling	Sie versuchen, den Verbrauch von Einwegartikeln wann immer möglich zu reduzieren (z. B. Plastiktüten aus dem Supermarkt, überschüssige Verpackung)	Sonstiges (Spontan)	Keine (spontane)	Ich weiß nicht	Insgesamt „mind. 100 %“
EU-27	7	3	28	17	4	37	10	11	9	15	11	31	28	70	53	0	7	0	93
Geschlecht																			
Mann	8	4	28	18	4	37	10	12	9	14	11	26	24	68	50	0	8	0	92
Frau	6	3	29	16	3	37	10	10	8	17	12	35	31	72	56	0	6	0	94
Alter																			
15-24	4	3	33	9	2	24	8	8	6	17	14	32	28	68	50	0	7	0	92
25-39	7	4	31	17	5	41	12	11	7	17	12	32	31	68	55	0	5	0	94
40-54	9	5	27	20	5	41	11	13	10	16	13	29	28	70	53	0	6	0	94
55+	7	2	26	17	3	36	8	11	9	13	10	31	25	71	53	0	8	1	91
Bildung (Ende)																			
—15	3	1	20	10	2	30	6	5	4	6	3	24	20	70	47	0	11	0	88
16-19	6	3	23	16	4	37	8	10	7	12	8	26	24	67	50	0	7	0	93
20+	11	5	35	23	5	44	14	17	13	22	18	38	34	74	60	0	4	0	96
Studieren noch	4	3	41	9	1	24	8	7	6	19	17	38	37	73	55	0	6	1	93
Sozio-professionelle Kategorie																			
Selbstständige	9	7	27	24	5	46	16	15	16	14	12	30	32	71	55	1	4	0	95
Führungskräfte	12	7	35	22	6	46	15	17	13	23	19	39	37	72	61	0	3	0	97
Andere weiße Kragen	7	4	28	19	6	40	12	13	8	16	12	30	28	68	51	0	7	0	93
Handwerkliche Mitarbeiter	8	3	26	16	4	36	8	10	7	13	10	25	24	67	50	0	7	0	93
Hauspersonen	4	3	20	13	4	33	7	9	7	9	5	24	23	64	51	1	9	0	91
Arbeitslose	3	1	22	9	1	31	8	6	5	13	9	27	18	69	51	0	11	1	89
Rentner	7	2	26	17	3	35	7	11	8	13	9	31	24	72	53	0	9	1	91
Studenten	4	3	41	9	1	24	8	7	6	19	17	38	37	73	55	0	6	1	93
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen																			
Die meiste Zeit	4	3	23	10	2	30	6	8	5	11	8	27	20	65	48	0	11	1	89
Von Zeit zu Zeit	5	2	23	14	3	33	9	8	6	12	8	25	23	62	46	1	9	0	90
Fast nie/nie	8	4	31	19	4	39	10	13	10	17	13	34	31	73	57	0	5	0	94
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu																			
Die Arbeiterklasse	5	1	23	12	2	30	5	8	4	11	6	22	18	69	50	0	9	1	90
Die untere Mittelschicht	6	1	24	14	3	36	9	9	6	13	9	29	22	68	53	1	9	0	91
Die Mittelschicht	8	4	30	18	4	39	11	12	9	16	12	33	31	70	54	0	6	0	94
Die obere Mittelschicht	12	9	42	27	7	42	16	22	19	27	24	45	44	74	60	0	3	0	97
Die Oberschicht	11	11	35	25	13	49	15	23	21	25	19	35	34	72	63	0	2	2	96
Klimawandel																			
Größtes Problem	9	5	43	19	4	43	13	14	11	26	23	46	39	77	63	0	4	0	96
Eines der Probleme	8	4	32	19	4	41	11	13	9	19	13	36	32	78	61	0	3	0	96
Kein Problem	6	3	22	15	4	33	8	10	7	10	7	23	22	63	46	1	10	1	90
Wahrnehmung des Klimawandels																			
Kein ernstes Problem	7	3	18	14	4	29	5	10	7	7	5	15	16	55	38	1	14	0	85
Ein ziemlich ernstes Problem	7	3	21	13	4	29	7	10	8	10	6	22	19	54	41	1	12	1	87
Ein sehr ernstes Problem	7	4	31	18	4	39	11	12	9	17	13	34	31	74	57	0	5	0	95
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen																			
Ja	9	4	36	20	4	44	12	15	11	21	15	39	35	81	64	0	0	0	99
Nein	5	2	14	11	3	24	6	6	5	6	5	17	15	50	33	0	18	1	81

III. EINSTELLUNG ZUR BEKÄMPFUNG DES KLIMAWANDELS UND ÜBERGANG ZU SAUBEREN ENERGIEN



In diesem Kapitel werden die Einstellungen der Europäer zur Bekämpfung des Klimawandels sowie der Übergang zu sauberen Energien untersucht. Dazu gehören die potenziellen positiven Auswirkungen der Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe, der Anpassung an den Klimawandel, die verstärkte öffentliche finanzielle Unterstützung für den Übergang zu sauberer Energie und die gesundheitlichen Auswirkungen des Klimawandels.

Mehr als acht von zehn Europäern sind der Ansicht, dass die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltfragen eine Priorität sein sollte, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern.

Die Befragten wurden gefragt, inwieweit sie mit sechs Aussagen zur Bekämpfung des Klimawandels und dem Übergang zu sauberer Energie einverstanden oder nicht einverstanden waren²⁶. Mehr als sechs von zehn stimmen mit jeder Aussage überein.

Mehr als acht von zehn Befragten (84 %, -3 Prozentpunkte seit März-April 2021) sind sich darin einig, dass die Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltfragen eine Priorität für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sein sollte, wobei 41 % der Befragten „völlig zustimmen“.

Fast acht von zehn (78 %, -3 Prozentpunkte) stimmen zu, dass mehr öffentliche finanzielle Unterstützung für den Übergang zu sauberen Energien gewährt werden sollte, selbst wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden müssen, wobei 36 % dieser Erklärung völlig zustimmen.

Drei Viertel (75 %, -3 Prozentpunkte) sind sich einig, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel zu Innovationen führen werden, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen, darunter 29 %, die „völlig zustimmen“. Fast ebenso viele (73 %, -1 pp) sind sich einig, dass die Kosten

für die Schäden aufgrund des Klimawandels viel höher sind als die Kosten für die Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind, darunter 33 %, die „völlig zustimmen“.

Sieben von zehn Befragten (70 %, keine Änderung) sind sich einig, dass eine Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe aus Drittländern die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen kann, wobei 27 % völlig zustimmen. Schließlich stimmen 63 % der Befragten darin überein, dass die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels für die Bürgerinnen und Bürger in der EU von Nutzen sein kann, darunter 23 %, die „völlig zustimmen“.

für Bürgerinnen und Bürger in der EU, darunter 23 %, die „völlig zustimmen“. (*Hinweis: Fehler beim Kopieren/Einfügen?)

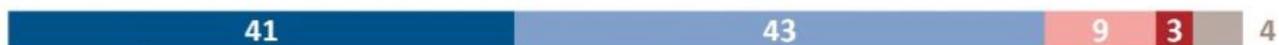
26 QC4. Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu? QC4.1 Die Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltfragen sollte eine Priorität sein, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern; QC4.2 Die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden sind viel höher als die Kosten der Investitionen, die für einen ökologischen Wandel erforderlich sind; QC4.3 Die Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern kann die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen; QC 4.4 Maßnahmen gegen den Klimawandel werden zu Innovationen führen, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen; QC4.5 Für den Übergang zu sauberen Energien sollte mehr öffentliche finanzielle Unterstützung gewährt werden, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe verringert werden sollten; QC4.6 Die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels kann für die Bürgerinnen und Bürger in der EU von Nutzen sein.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC4. Inwieweit stimmen Sie mit den folgenden Aussagen überein? (IN % – EU27)

Die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltfragen sollte eine Priorität sein, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern.



Mai/Juni 2023



März/Apr 2021

Für den Übergang zu sauberen Energien sollte mehr öffentliche finanzielle Unterstützung gewährt werden, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten.



Mai/Juni 2023



März/Apr 2021

Maßnahmen gegen den Klimawandel werden zu Innovationen führen, die die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen.



Mai/Juni 2023



März/Apr 2021

Die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden sind viel höher als die Kosten der Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind.



Mai/Juni 2023



März/Apr 2021

Die Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe aus Drittländern kann die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugutekommen.



Mai/Juni 2023



März/Apr 2021

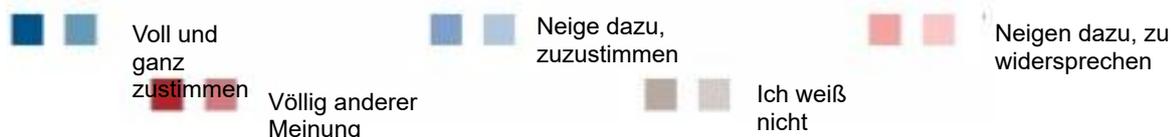
Die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels kann für die Bürgerinnen und Bürger in der EU von Nutzen sein.



Mai/Juni 2023



März/Apr 2021



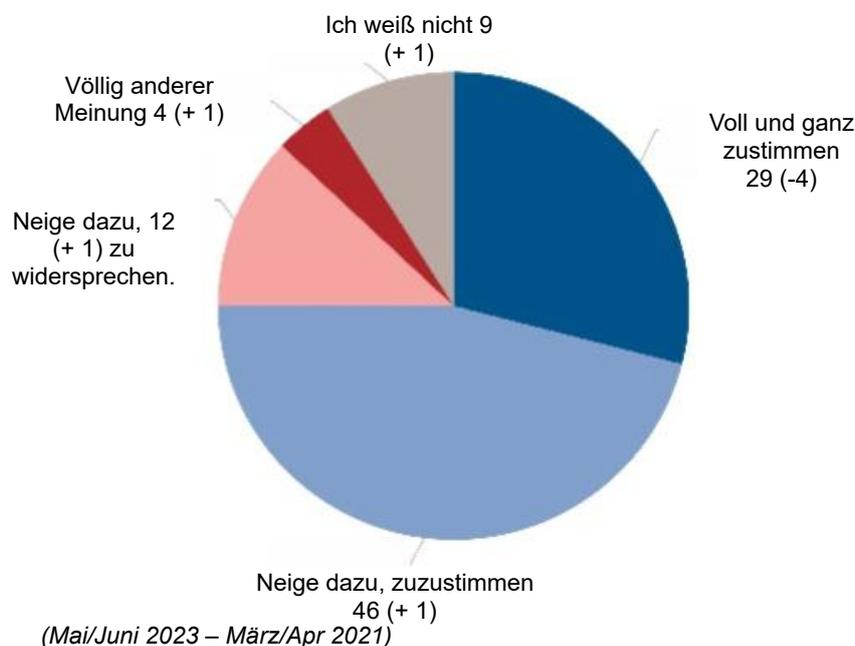
1. Einstellung zu Maßnahmen gegen den Klimawandel

Besonders hoch ist der Anteil der Befragten, die sagen, dass sie „nicht wissen“ in Lettland und Estland (20 % je).

Drei Viertel der Europäer sind sich einig, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel zu Innovationen führen werden, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen werden.

Drei Viertel der Befragten (75 %, -3 Prozentpunkte) sind sich einig, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel zu Innovationen führen werden, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen, darunter 29 % (-4 Prozentpunkte), die „völlig zustimmen“. Etwas mehr als jeder zehnte (16 %, -2 pp) stimmt nicht zu, während 9 %

QC4.4 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu? Maßnahmen gegen den Klimawandel werden zu Innovationen führen, die die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen (% – EU27)



(+ 1 pp) sagen, dass sie es nicht wissen.

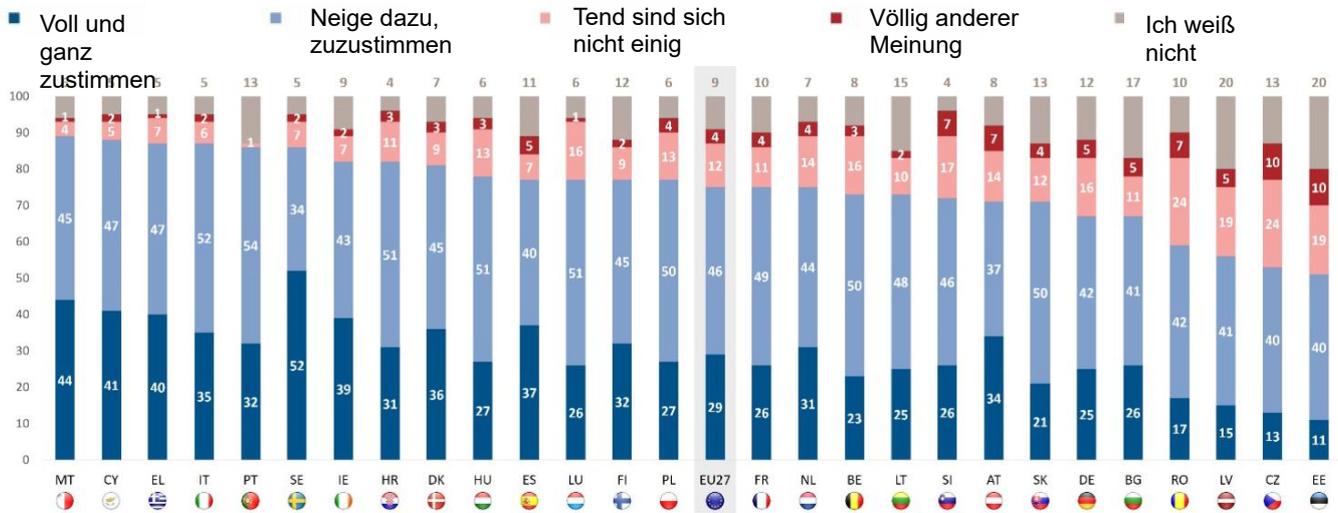
In jedem Mitgliedstaat sind sich mehr als die Hälfte aller Befragten darin einig, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel zu Innovationen führen werden, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen werden: von 89 % in Malta, 88 % in Zypern und 87 % in Griechenland und Italien bis 51 % in Estland, 53 % in Tschechien und 56 % in Lettland.

In 23 Ländern stimmt mindestens jeder fünfte „vollständig“ mit dieser Erklärung überein, wobei die höchsten Anteile in Schweden (52 %), Malta (44 %) und Zypern (41 %) zu verzeichnen sind. Dagegen stimmen auch 11 % in Estland, 13 % in Tschechien und 15 % in Lettland „völlig“ zu.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC4.4 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu? (% – Maßnahmen gegen den Klimawandel werden zu Innovationen führen, die die Wettbewerbsfähigkeit der EU erhöhen)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Im Vergleich zu März bis April²⁷2021 stimmen die Befragten in 21 Ländern weniger wahrscheinlich darin überein, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel zu Innovationen führen werden, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen werden. Der Rückgang in Estland (51 %, -26 Prozentpunkte) ist erheblich größer als in jedem anderen Land (im Vergleich zu den Ergebnissen von 2019 beträgt der Rückgang jedoch -5 Prozentpunkte), obwohl es fünf andere Länder gibt, in denen der Rückgang mindestens zehn Prozentpunkte beträgt: Lettland (56 %, -13 Prozentpunkte), Tschechien (53 %, -13 Prozentpunkte), Belgien (73 %, -13 Prozentpunkte seit 2021, -9 Prozentpunkte seit 2019), Slowakei (71 %, -12 Prozentpunkte) und Luxemburg (77 %, -10 Prozentpunkte seit 2021, +4 Prozentpunkte seit 2019). Im Gegensatz dazu hat sich die Einigung in fünf Ländern einschließlich Italiens (87 %, +5 Prozentpunkte) erhöht, und in Ungarn gab es keine Veränderung (78 %).

Erwähnenswert ist, dass das Niveau der „nicht wissen“ in sechs Ländern um mehr als zehn Prozentpunkte gestiegen ist, wobei der höchste Anstieg in Estland (20 %, +20 Prozentpunkte seit 2021, -9 Prozentpunkte seit 2019), Lettland (20 %, +20 Prozentpunkte seit 2021, +2 Prozentpunkte seit 2019) zu verzeichnen ist.

QC4.4 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu?

Maßnahmen gegen den Klimawandel werden zu Innovationen führen, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen (%)

		EU-27	IT	MT	CY	EL	PL	HU	FR	BG	PER SO NAL ABT EIL UN G	SE	DE	BEI	IE	FI	DK	ES	NL	LT	PT	RO	SI	LU	SK	SEIN	CZ	LV	EE
Gesamt	Mai/Juni 2023	75	87	89	88	87	77	78	75	67	82	86	67	71	82	77	81	77	75	73	86	59	72	77	71	73	53	56	51
	Δ Mär/Apr 2021	▼3	5	3	A)2	A)1	A)1	=	▼1	▼2	▼2	▼2	▼4	▼4	▼5	▼5	▼6	▼6	▼6	▼8	▼8	▼8	▼8	▼10	▼12	▼13	▼13	▼13	▼26
Insgesamt	Mai/Juni 2023	16	8	5	7	8	17	16	15	16	14	9	21	21	9	11	12	12	18	12	1	31	24	17	16	19	34	24	29
	Δ Mär/Apr 2021	A)2	▼4	=	A)1	=	4	4	A)1	7	A)2	▼3	A)2	4	▼4	▼7	=	6	4	▼7	▼4	10	6	4	7	6	A)1	▼7	6
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	9	5	6	5	5	6	6	10	17	4	5	12	8	9	12	7	11	7	15	13	10	4	6	13	8	13	20	20
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	▼1	▼3	▼3	▼1	▼5	▼4	=	▼5	=	5	A)2	=	9	12	6	=	A)2	15	12	▼2	A)2	6	5	7	12	20	20

27 Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als zwei Drittel der Befragten in jeder Gruppe zustimmen, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel zu Innovationen führen werden, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen. Sie veranschaulicht auch Folgendes:

- Je jünger der Befragte, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 83 % der 15- bis 24-Jährigen tun dies, verglichen mit 71 % der Personen im Alter von 55 Jahren oder älter.
- Befragten, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter (79 %) abgeschlossen haben, stimmen eher zu als diejenigen, die in einem jüngeren Alter abgeschlossen haben.
- Studenten (84 %) stimmen eher zu als andere sozial-berufliche Gruppen, insbesondere Rentner (69 %).
- Befragten, die sich als Teil der oberen Mitte (82 %) oder der oberen Klasse (81 %) betrachten, stimmen eher zu als diejenigen, die sich als Teil der unteren Kategorien der sozialen Leiter betrachten.

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (86 %) oder eines der schwerwiegendsten Probleme (81 %) der Welt ist, eher zustimmen als diejenigen, die glauben, dass der Klimawandel nicht eines der schwerwiegendsten Probleme ist (69 %). Darüber hinaus sind die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist (81 %), eher der Meinung als diejenigen, die ihn für weniger ernst halten. Schließlich stimmen die Befragten, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher zu als diejenigen, die dies nicht getan haben (80 % gegenüber 68 %).

QC4_4 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

Maßnahmen gegen den Klimawandel werden zu Innovationen führen, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen

(% – EU)

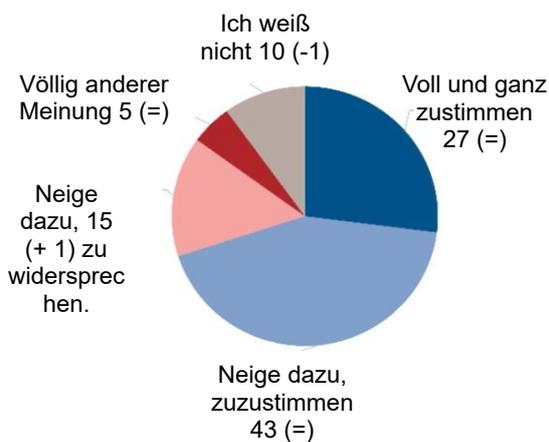
	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	75	16	9
Geschlecht			
Mann	76	17	7
Frau	73	16	11
Alter			
15-24	83	11	6
25-39	77	16	7
40-54	75	18	7
55+	71	16	13
Bildung (Ende)			
—15	70	12	18
16-19	72	19	9
20+	79	15	6
Studieren noch	84	10	6
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	76	18	6
Führungskräfte	79	16	5
Andere weiße Kragen	78	16	6
Handwerkliche Mitarbeiter	74	18	8
Hauspersonen	72	15	13
Arbeitslose	72	17	11
Rentner	69	16	15
Studenten	84	10	6
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	72	17	11
Von Zeit zu Zeit	71	19	10
Fast nie/nie	76	15	9
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	70	15	15
Die untere Mittelschicht	72	18	10
Die Mittelschicht	77	16	7
Die obere Mittelschicht	82	15	3
Die Oberschicht	81	17	2
Klimawandel			
Größtes Problem	86	10	4
Eines der Probleme	81	11	8
Kein Problem	69	20	11
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	42	47	11
Ein ziemlich ernstes Problem	63	26	11
Ein sehr ernstes Problem	81	11	8
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	80	13	7
Nein	68	21	11

2. Einstellung zur Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe

Eine große Mehrheit der Europäer stimmt zu, dass die Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe aus Drittländern die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich Nutzen bringen kann.

Sieben von zehn Befragten (70 %, seit März bis April 2021 unverändert) stimmen darin überein, dass eine Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen kann, wobei 27 % (keine Änderung) völlig zustimmen. Im Vergleich dazu geben 20 % (+1 pp) an, dass sie nicht einverstanden sind, und 10 % (-1 pp) sagen, dass sie es

QC4.3 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu? Die Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern kann die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen (% – EU27)



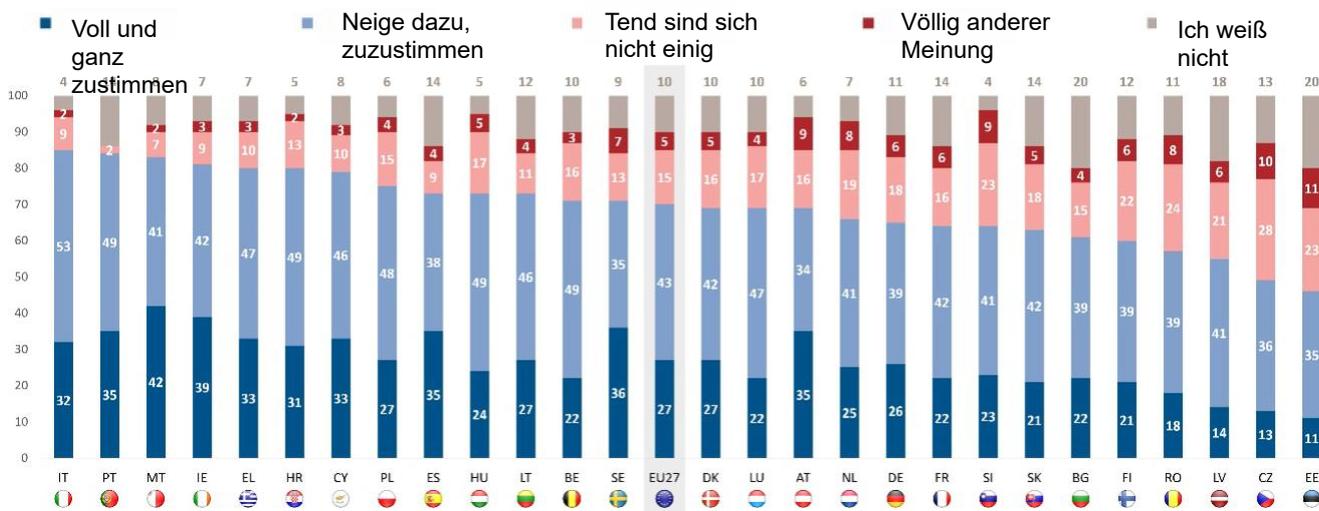
(Mai/Juni 2023 – März/Apr 2021)

nicht wissen.

In jedem Mitgliedstaat stimmen die Befragten am ehesten zu, dass eine Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen kann. Die höchsten Vereinbarungen sind in Italien (85 %), Portugal (84 %) und Malta (83 %) zu verzeichnen, und die niedrigsten in Estland (46 % stimmen zu, 34 % stimmen zu), Tschechien (49 % gegenüber 38 %) und Lettland (55 %).

In zehn Ländern stimmen mindestens drei von zehn dieser Erklärung „vollständig“ zu, wobei die höchsten Werte in Malta (42 %), Irland (39 %) und Schweden (36 %) zu verzeichnen sind. Im Gegensatz dazu geben 11 % der Befragten in Estland, 13 % in Tschechien und 14 % in Lettland an, dass sie „völlig zustimmen“. Der Anteil der Befragten, die sagen, dass sie es nicht wissen, ist in Bulgarien, Estland (jeweils 20 %) und Lettland (18 %) besonders hoch.

QC4.3 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu? (% – Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern kann die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

In 17 Mitgliedstaaten sind die Befragten nun weniger wahrscheinlich als im März-April 2021, sich darauf²⁸ zu einigen, dass die Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen kann, wobei die größten Rückgänge in Estland (46 %, -28 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), der Slowakei (63 %, -15 Prozentpunkte seit 2021, -11 Prozentpunkte seit 2019), Tschechien (49 %, -15 Prozentpunkte seit 2019, -8 Prozentpunkte seit 2019) und Dänemark (69 %, -10 Prozentpunkte seit 2021, -2 Prozentpunkte seit 2019) erzielt werden.

In den übrigen zehn Ländern ist das Niveau der Einigung gestiegen, wobei der höchste Stand in Zypern (79 %, +9 Prozentpunkte), Italien (85 %, +7 Prozentpunkte) und Malta (83 %, +6 Prozentpunkte seit 2021, +1 Prozentpunkte seit 2019) und Griechenland (80 %, +6 Prozentpunkte seit 2021, keine Veränderung gegenüber 2019) zu verzeichnen ist.

Das Niveau der „nicht wissen“ ist in neun Ländern um mindestens zehn Prozentpunkte gestiegen oder gesunken, insbesondere in Estland (20 %, +20 Prozentpunkte seit 2021, -13 Prozentpunkte seit 2019), Lettland (18 %, +18 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkten seit 2019) und Portugal (14 %, +13 Prozentpunkte seit 2021, +2 Prozentpunkte seit 2019).

QC4.3 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu?

Die Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern kann die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen (%)

	EU-27	CY	IT	EL	MT	FR	PL	BG	PE RS ON AL AB TEI LU NG	HU	NL	SEIN	DE	LT	BEI	PT	RO	IE	ES	SI	FI	LV	LU	SE	DK	CZ	SK	EE
Ich weiß nicht																												
Mai/Juni 2023	70	79	85	80	83	64	75	61	80	73	66	71	65	73	69	84	57	81	73	64	60	55	69	71	69	49	63	46
Δ Mär/Apr 2021	=	9	7	6	6	5	4	3	3	A)1	A)1	▼1	▼1	▼1	▼3	▼3	▼4	▼6	▼6	▼7	▼7	▼8	▼9	▼9	▼10	▼15	▼15	▼28
Gesamt „Zustimmung“																												
Mai/Juni 2023	20	13	11	13	9	22	19	19	15	22	27	19	24	15	25	2	32	12	13	32	28	27	21	20	21	38	23	34
Δ Mär/Apr 2021	A)1	▼2	▼3	▼3	=	A)2	3	7	=	5	=	▼9	A)2	▼11	5	▼10	9	▼1	6	6	▼5	▼10	▼1	=	A)1	3	10	8
Insgesamt „nicht einverstanden“																												
Mai/Juni 2023	10	8	4	7	8	14	6	20	5	5	7	10	11	12	6	14	11	7	14	4	12	18	10	9	10	13	14	20
Δ Mär/Apr 2021	▼1	▼7	▼4	▼3	▼6	▼7	▼7	▼10	▼3	▼6	▼1	10	▼1	12	▼2	13	▼5	7	=	A)1	12	18	10	9	9	12	5	20

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als sechs von zehn Befragten in jeder Gruppe der Meinung sind, dass eine Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe aus Drittländern die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen kann. Außerdem werden folgende Unterschiede hervorgehoben:

- Je jünger der Befragte, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 76 % der 15- bis 24-Jährigen tun dies, verglichen mit 67 % der Personen im Alter von 55 Jahren oder älter.
- Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 72 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 oder älter abgeschlossen haben, stimmen zu, im Vergleich zu 64 %, die 15 Jahre oder jünger abgeschlossen haben.
- Studenten (76 %), Manager (75 %) und andere Angestellte (74 %) stimmen am ehesten überein, insbesondere im Vergleich zu Rentnern (65 %).
- Je höher die soziale Leiter steigt, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich einig sind.

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste ist (78 %) oder eines der schwerwiegendsten Probleme (76 %), denen die Welt gegenübersteht, eher zustimmen als diejenigen, die nicht der Meinung sind, dass der Klimawandel eines der schwerwiegendsten Probleme ist (64 %). In einem ähnlichen Muster sind die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist (76 %), eher der Meinung als diejenigen, die ihn für weniger ernst halten. Schließlich stimmen die Befragten, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher zu als diejenigen, die es nicht getan haben (74 % vs. 65 %).

QC4_3 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

Die Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern kann die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen (% – EU)

	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	70	20	10
Geschlecht			
Mann	71	22	7
Frau	69	18	13
Alter			
15-24	76	15	9
25-39	71	21	8
40-54	72	20	8
55+	67	20	13
Bildung (Ende)			
—15	64	17	19
16-19	69	21	10
20+	72	21	7
Studieren noch	76	15	9
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	72	21	7
Führungskräfte	75	19	6
Andere weiße Kragen	74	19	7
Handwerkliche Mitarbeiter	69	22	9
Hauspersonen	67	18	15
Arbeitslose	72	16	12
Rentner	65	20	15
Studenten	76	15	9
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	67	20	13
Von Zeit zu Zeit	69	20	11
Fast nie/nie	71	19	10
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	65	19	16
Die untere Mittelschicht	69	21	10
Die Mittelschicht	72	20	8
Die obere Mittelschicht	76	20	4
Die Oberschicht	79	16	5
Klimawandel			
Größtes Problem	78	15	7
Eines der Probleme	76	15	9
Kein Problem	64	24	12
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	40	49	11
Ein ziemlich ernstes Problem	60	28	12
Ein sehr ernstes Problem	76	15	9
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	74	17	9
Nein	65	23	12

3. Einstellung zur öffentlichen finanziellen Unterstützung für saubere Energien im Gegensatz zu Subventionen für fossile Brennstoffe

Mehr als drei Viertel der Europäer sind sich einig, dass mehr öffentliche finanzielle Unterstützung für den Übergang zu sauberen Energien gewährt werden sollte, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten.

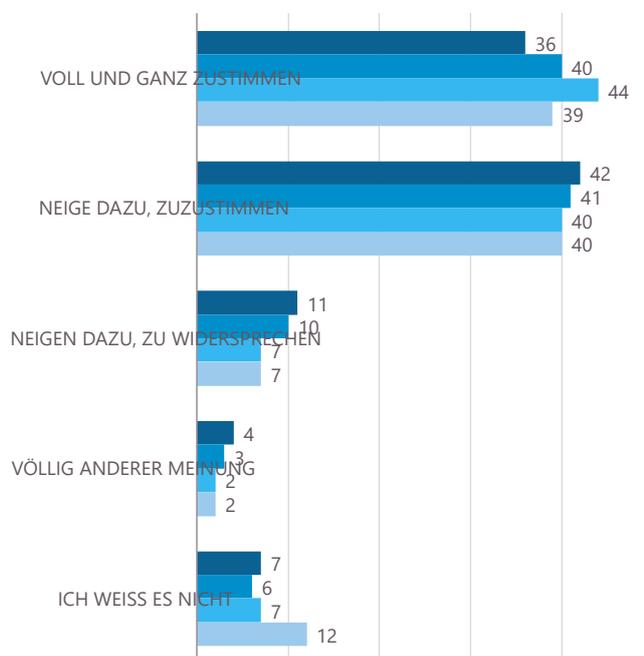
Fast acht von zehn Befragten (78 %, -3 Prozentpunkte) stimmen zu, dass mehr öffentliche finanzielle Unterstützung für den Übergang zu sauberen Energien gewährt werden sollte, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten, wobei 36 % (-4 Prozentpunkte) sagen, dass sie dieser Erklärung „völlig zustimmen“. Mehr als jeder zehnte (15 %, +2 pp) stimmt nicht zu, während 7 % (+1 pp) sagen, dass sie es nicht wissen.

Der längerfristige Trend zeigt, dass dies das niedrigste Niveau der Gesamteinigung ist, seit diese Frage erstmals im Jahr 2017 gestellt wurde und der Anteil der Befragten, die völlig einverstanden sind, auch auf dem niedrigsten Stand aller Zeiten liegt.

QC4.5 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu?

Für den Übergang zu sauberen Energien sollte mehr öffentliche finanzielle Unterstützung gewährt werden, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten (% – EU27).

■ April bis Mai 2023 ■ März-April 2021 ■ April 2019 ■ März 2017



Spezielles Eurobarometer 538

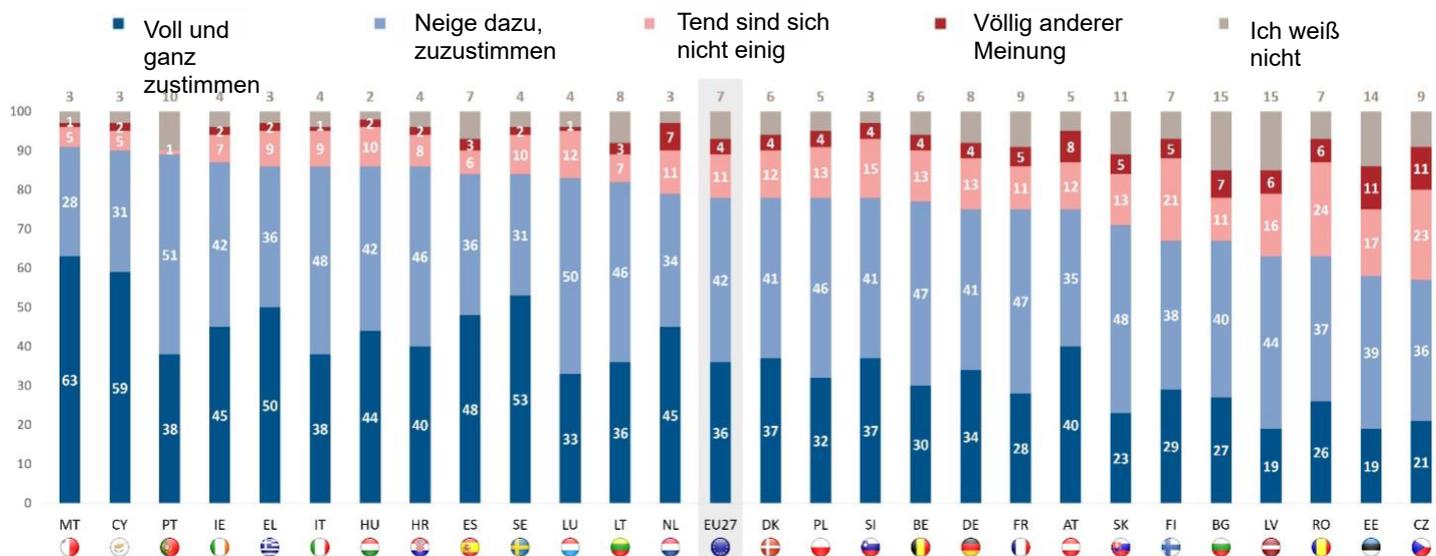
Klimawandel

Auf nationaler Ebene stimmen mehr als die Hälfte der Befragten in jedem Land darin überein, dass mehr öffentliche finanzielle Unterstützung für den Übergang zu sauberen Energien gewährt werden sollte, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten. Am höchsten ist die Unterstützung in Malta (91 %), Zypern (90 %) und Portugal (89 %), aber 57 % in Tschechien, 58 % in Estland und 63 % in Lettland und Rumänien stimmen ebenfalls zu.

Es gibt vier Länder, in denen eine Mehrheit dieser Aussage völlig zustimmt: Malta (63 %), Zypern (59 %), Schweden (53 %) und Griechenland (50 %). Am anderen Ende der Skala stimmen nur 19 % in Lettland und Estland vollkommen überein.

QC4.5 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu?

(% – mehr öffentliche finanzielle Unterstützung sollte für den Übergang zu sauberen Energien gewährt werden, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die Einigung mit der Erklärung ist in 21 Ländern seit März bis April 2021 zurückgegangen, wobei²⁹ die bemerkenswertesten Rückgänge in Estland verzeichnet wurden (58 %, -23 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, -16 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), Tschechien (57 %, -18 Prozentpunkte), die Slowakei (71 %, -13 Prozentpunkte) und Belgien (77 %, -13 Prozentpunkte seit 2021, -8 Prozentpunkte seit 2019). In drei Ländern ist ein kleiner Anstieg (1-2 Prozentpunkte) zu verzeichnen, und die Meinung bleibt in drei Ländern unverändert.

Das Niveau der „nicht wissen“ ist in drei Ländern um mindestens zehn Prozentpunkte gestiegen: Lettland (15 %, +15 Prozentpunkte seit 2021, keine Veränderung gegenüber 2019), Estland (14 %, +14 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkte seit 2019) und Portugal (10 %, +10 Prozentpunkte seit 2021, keine Veränderung gegenüber 2019).

QC4.5 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu?

Für den Übergang zu sauberen Energien sollte mehr öffentliche finanzielle Unterstützung gewährt werden, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten (%)

		EU-27	IT	CY	MT	BG	PL	SE	DE	HU	ES	EL	PERSONALBTEILUNG	LU	BEI	IE	LT	RO	FR	FI	DK	PT	SI	NL	LV	SEIN	SK	CZ	EE
Gesamt „Zustimmung“	Mai/Juni 2023	78	86	90	91	67	78	84	75	86	84	86	86	83	75	87	82	63	75	67	78	89	78	79	63	77	71	57	58
	Δ Mär/Apr 2021	▼3	A)2	A)1	A)1	=	=	=	▼1	▼1	▼2	▼3	▼3	▼3	▼3	▼4	▼4	▼4	▼5	▼5	▼6	▼6	▼7	▼8	▼9	▼13	▼13	▼18	▼23
Insgesamt „nicht einverstanden“	Mai/Juni 2023	15	10	7	6	18	17	12	17	12	9	11	10	13	20	9	10	30	16	26	16	1	19	18	22	17	18	34	28
	Δ Mär/Apr 2021	A)2	=	3	A)2	8	3	▼4	A)1	3	A)2	4	A)2	▼1	4	=	▼4	8	5	▼2	A)1	▼4	5	6	▼6	7	9	9	9
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	7	4	3	3	15	5	4	8	2	7	3	4	4	5	4	8	7	9	7	6	10	3	3	15	6	11	9	14
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	▼2	▼4	▼3	▼8	▼3	4	=	▼2	=	▼1	A)1	4	▼1	4	8	▼4	=	7	5	10	A)2	A)2	15	6	4	9	14

Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als sieben von zehn Befragten in jeder Gruppe zustimmen, dass mehr öffentliche finanzielle Unterstützung für den Übergang zu sauberen Energien gewährt werden sollte, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten. Es hebt auch Folgendes hervor:

- Je jünger der Befragte, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 84 % der 15- bis 24-Jährigen tun dies, verglichen mit 75 % der Personen im Alter von 55 Jahren oder älter.
- Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 81 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 oder älter abgeschlossen haben, stimmen zu, verglichen mit 73 %, die 15 Jahre oder jünger abgeschlossen haben.
- Studenten (87 %) stimmen eher zu als andere sozial-berufliche Gruppen, insbesondere Hausangestellte und Rentner (beide 74 %).
- Je weniger Schwierigkeiten ein Befragter hat, Rechnungen zu bezahlen, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 80 %, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, stimmen überein, verglichen mit 72 % derjenigen, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben.

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste Problem ist (90 %), denen die Welt gegenübersteht, eher zustimmen als diejenigen, die glauben, dass der Klimawandel eines der schwerwiegendsten Probleme ist (84 %) oder nicht ein ernstes Problem (71 %). Darüber hinaus sind die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist (84 %), eher der Meinung als diejenigen, die ihn für weniger ernst halten. Schließlich stimmen die Befragten, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher zu als diejenigen, die es nicht getan haben (83 % vs. 70 %).

QC4_5 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

Für den Übergang zu sauberen Energien sollte mehr öffentliche finanzielle Unterstützung gewährt werden, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten (% – EU).

	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	78	15	7
Geschlecht			
Mann	79	16	5
Frau	78	14	8
Alter			
15-24	84	12	4
25-39	80	16	4
40-54	79	16	5
55+	75	16	9
Bildung (Ende)			
—15	73	13	14
16-19	76	17	7
20+	81	15	4
Studieren noch	87	9	4
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	80	16	4
Führungskräfte	83	14	3
Andere weiße Kragen	79	16	5
Handwerkliche Mitarbeiter	76	18	6
Hauspersonen	74	17	9
Arbeitslose	75	16	9
Rentner	74	15	11
Studenten	87	9	4
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	72	18	10
Von Zeit zu Zeit	76	17	7
Fast nie/nie	80	14	6
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	75	14	11
Die untere Mittelschicht	76	17	7
Die Mittelschicht	79	16	5
Die obere Mittelschicht	84	14	2
Die Oberschicht	83	17	0
Klimawandel			
Größtes Problem	90	7	3
Eines der Probleme	84	10	6
Kein Problem	71	21	8
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	44	49	7
Ein ziemlich ernstes Problem	62	28	10
Ein sehr ernstes Problem	84	10	6
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	83	12	5
Nein	70	21	9

4. Einstellung zur Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels

Mehr als sechs von zehn Europäern sind sich einig, dass die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels positive Ergebnisse für die Bürgerinnen und Bürger in der EU haben kann.

Fast zwei Drittel der Befragten (63 %, + 1 S.) stimmen zu, dass die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger in der EU haben kann, darunter 23 % (keine Änderung), die „völlig zustimmen“. Dagegen ist mehr als ein Viertel (26 %, -2 Prozentpunkte) nicht einverstanden, während 11 % (+ 1 pp) sagen, dass sie es nicht wissen.

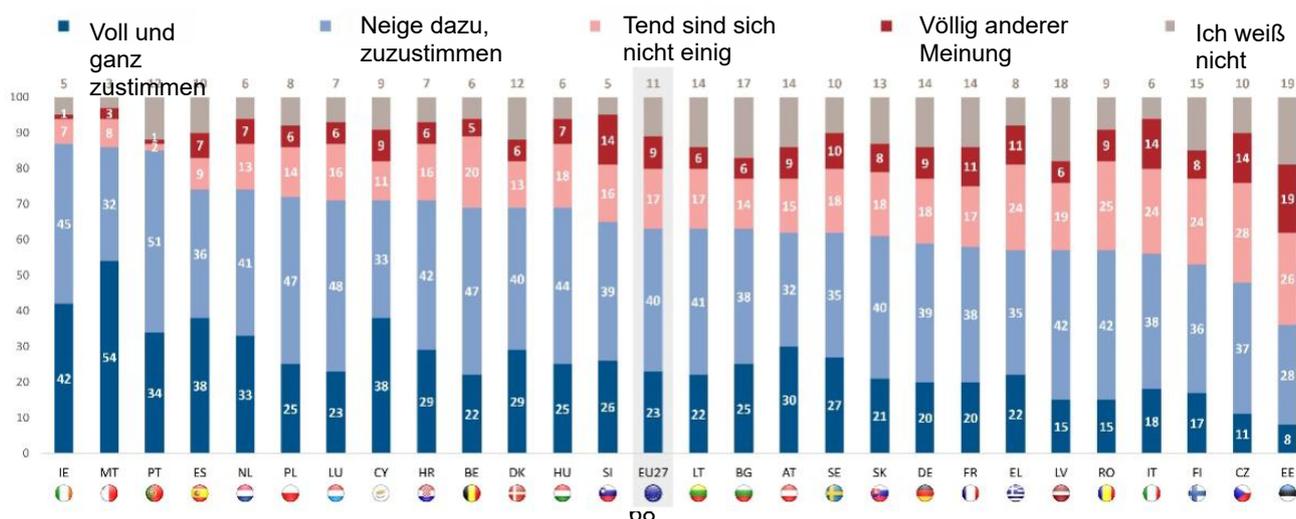
In allen bis auf einem Mitgliedstaat stimmen die Befragten am ehesten darin überein, dass die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels für die Bürgerinnen und Bürger in der EU Vorteile bringen kann, obwohl die Anteile erheblich variieren: von 87 % in Irland, 86 % in Malta und 85 % in Portugal bis 48 % in Tschechien (gegenüber 42 %) und 53 % in Finnland.

Die Befragten in Estland hingegen sind eher der Meinung als der Zustimmung (45 % gegenüber 36 %).

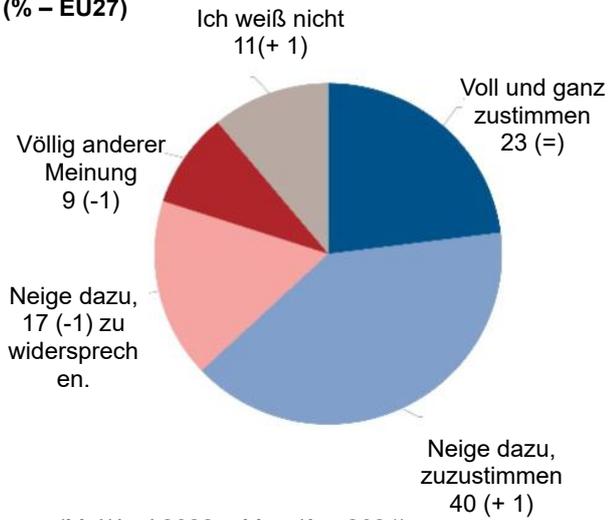
Es gibt sieben Länder, in denen mindestens drei von zehn Befragten völlig zustimmen, wobei der größte Anteil in Malta (54 %) und Irland (43 %) zu verzeichnen ist. Im Gegensatz dazu stimmen 8 % in Estland voll und ganz überein.

Es ist auch erwähnenswert, dass es 14 Länder gibt, in denen mindestens jeder zehnte Teilnehmer sagen, dass sie es nicht wissen, mit dem höchsten Niveau in Estland (19 %).

QC4.6 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu? (% – Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels kann Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger in der EU haben)



QC4.6 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu? Die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels kann Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger in der EU haben
(% – EU27)



(Mai/Juni 2023 – März/Apr 2021)

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Wenn es um die Einigung mit der Erklärung „Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels kann Vorteile für die Bürgerinnen und Bürger in der EU haben kann“,³⁰ sind die Trends seit März bis April 2021 gemischt.

Das Abkommen hat in 13 Ländern, darunter Portugal (85 %, + 15 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, -2 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), Bulgarien (63 %, + 9 Prozentpunkte) und Polen (72 %, + 6 Prozentpunkte) zugenommen. Umgekehrt ist die Einigung in 13 Ländern zurückgegangen, insbesondere in Dänemark (69 %, -13 Prozentpunkte), in Estland (36 %, -12 Prozentpunkte seit 2021, -3 Prozentpunkten seit 2019) und in der Slowakei (61 %, -9 Prozentpunkte seit 2021, -14 Prozentpunkte seit 2019). In Frankreich hat sich die Meinung nicht geändert (58 %).

Das Niveau der „nicht wissen“ ist in acht Ländern um mindestens zehn Prozentpunkte gestiegen, am dramatischsten in Estland (19 %, + 19 Prozentpunkte seit 2021, -4 Prozentpunkte seit 2019), Lettland (18 %, + 18 seit 2021, + 1 Prozentpunkte seit 2019) und Finnland (15 %, + 14 Prozentpunkte seit 2021, + 4 Prozentpunkte seit 2019) und Litauen (14 %, + 14 Prozentpunkte seit 2021, -5 Prozentpunkte seit 2019).

QC4.6 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen zu?

Die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels kann für die Bürgerinnen und Bürger in der EU von Nutzen sein (%)

		EU-27	PT	BG	PL	IT	LU	MT	DE	IE	SEI N	HU	BEI	RO	SI	FR	CY	PE RS ON AL AB TEI LU NG	FI	EL	LV	LT	CZ	ES	NL	SE	SK	EE	DK
Gesamt „Zustimmung“	Mai/Juni 2023	63	85	63	72	56	71	86	59	87	69	69	62	57	65	58	71	71	53	57	57	63	48	74	74	62	61	36	69
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	15	9	6	5	5	A)2	A)2	A)1	A)1	A)1	A)1	A)1	A)1	=	▼1	▼2	▼2	▼3	▼3	▼3	▼5	▼5	▼5	▼8	▼9	▼12	▼13
Insgesamt „nicht einverstanden“	Mai/Juni 2023	26	3	20	20	38	22	11	27	8	25	25	24	34	30	28	20	22	32	35	25	23	42	16	20	28	26	45	19
	Δ Mär/Apr 2021	▼2	▼26	=	=	▼5	▼12	=	▼1	▼7	▼6	3	▼3	5	▼4	3	4	A)1	▼12	4	▼15	▼11	▼5	5	3	▼2	5	▼7	A)2
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	11	12	17	8	6	7	3	14	5	6	6	14	9	5	14	9	7	15	8	18	14	10	10	6	10	13	19	12
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	11	▼9	▼6	=	7	▼5	▼1	5	5	▼4	A)2	▼6	3	▼3	▼3	A)1	14	▼1	18	14	10	=	A)2	10	4	19	11

³⁰ Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als zwei Drittel der Befragten in jeder Gruppe zustimmen, dass die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels für die Bürgerinnen und Bürger in der EU von Nutzen sein kann. Es zeigt auch:

- Die Befragten im Alter von 55 Jahren (58 %) stimmen weniger zu als jüngere und insbesondere 25- bis 39-Jährige (69 %).
- Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 66 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 oder älter abgeschlossen haben, tun dies, verglichen mit 57 %, die 15 Jahre oder jünger abgeschlossen haben.
- Rentner (56 %) stimmen weniger zu als in anderen sozial-professionellen Gruppen.
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (65 %), stimmen eher zu, als diejenigen, die mehr Schwierigkeiten haben.
- Die Befragten, die sich selbst als Oberschicht betrachten (77 %), stimmen eher zu als diejenigen, die sich als Teil der unteren Kategorien der sozialen Leiter betrachten, und insbesondere in der Arbeiterklasse (61 %).

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (70 %) oder eines der schwerwiegendsten Probleme (66 %) ist, denen die Welt gegenübersteht, eher denjenigen zustimmen, die glauben, dass der Klimawandel nicht eines der schwerwiegendsten Probleme ist (59 %).

Darüber hinaus bewerten die Befragten den Klimawandel als Problem, desto wahrscheinlicher sind sie sich einig: 67 %, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist, sind sich einig, im Vergleich zu 42 % derjenigen, die denken, dass es kein ernstes Problem ist. Schließlich stimmen die Befragten, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher zu als diejenigen, die dies nicht getan haben (66 % vs. 58 %).

QC4_6 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

Die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels kann für die Bürgerinnen und Bürger in der EU von Nutzen sein (% – EU)

	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	63	26	11
Geschlecht			
Mann	64	27	9
Frau	62	26	12
Alter			
15-24	66	27	7
25-39	69	23	8
40-54	65	27	8
55+	58	28	14
Bildung (Ende)			
—15	57	25	18
16-19	62	28	10
20+	66	26	8
Studieren noch	67	26	7
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	66	28	6
Führungskräfte	68	25	7
Andere weiße Kragen	66	27	7
Handwerkliche Mitarbeiter	64	27	9
Hauspersonen	61	23	16
Arbeitslose	64	23	13
Rentner	56	28	16
Studenten	67	26	7
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	57	31	12
Von Zeit zu Zeit	59	30	11
Fast nie/nie	65	25	10
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	61	24	15
Die untere Mittelschicht	60	28	12
Die Mittelschicht	65	27	8
Die obere Mittelschicht	68	26	6
Die Oberschicht	77	18	5
Klimawandel			
Größtes Problem	70	23	7
Eines der Probleme	66	25	9
Kein Problem	59	29	12
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	42	43	15
Ein ziemlich ernstes Problem	54	33	13
Ein sehr ernstes Problem	67	24	9
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	66	25	9
Nein	58	30	12

5. Einstellung zur Bekämpfung des Klimawandels und Umweltfragen als Priorität zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit

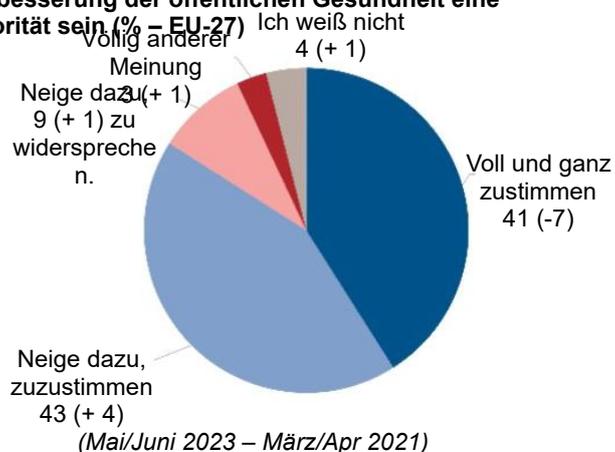
Mindestens sechs von zehn Mitgliedstaaten sind sich darin einig, dass die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltfragen eine Priorität sein sollte, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern.

Gut acht von zehn Befragten in der EU sind sich darin einig, dass die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltfragen eine Priorität für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sein sollte (84 %, -3 Prozentpunkte seit März bis April 2021), wobei 41 % (-7 Prozentpunkte) sagen, dass sie „vollständig zustimmen“. Etwas mehr als jeder zehnte Teilnehmer (12 %, +2 Prozentpunkte) stimmt nicht zu, während 4 % (+1 pp) sagen, dass sie es nicht wissen.

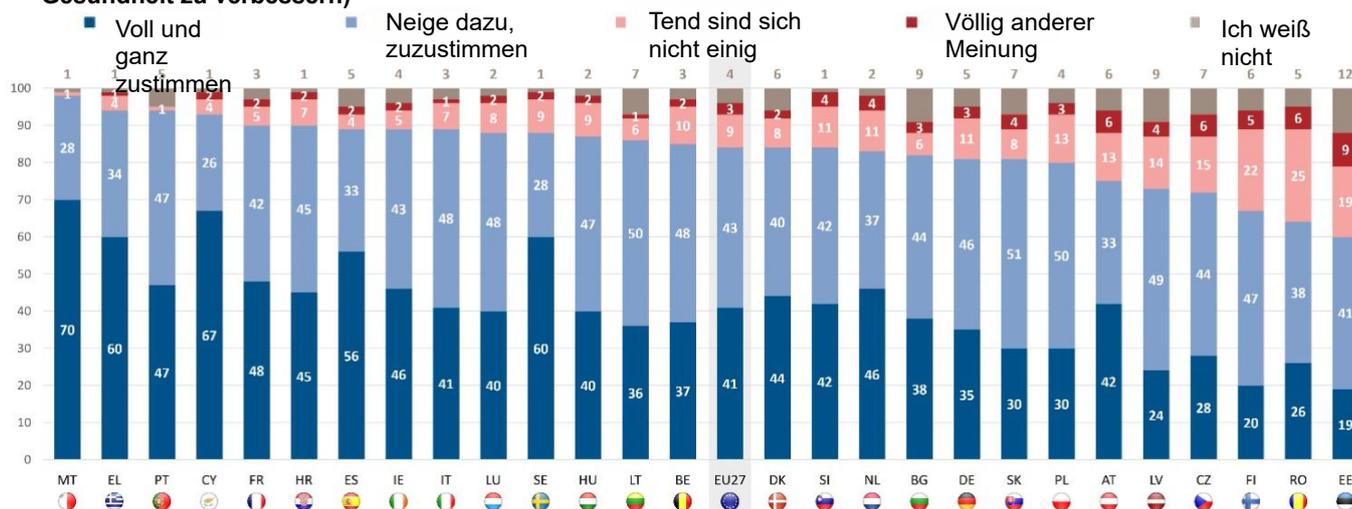
Mindestens sechs von zehn Befragten in jedem Mitgliedstaat sind sich darin einig, dass die Bekämpfung des Klimawandels eine Priorität sein sollte, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern, wobei der Anteil von 98 % in Malta und 94 % in Griechenland und Portugal bis 60 % in Estland, 64 % in Rumänien und 67 % in Finnland reicht.

Es gibt fünf Länder, in denen mindestens die Hälfte „total einverstanden“ ist: Malta (70 %), Zypern (67 %), Griechenland und Schweden (beide 60 %) und Spanien (56 %). Im Gegensatz dazu sagen 19 % in Estland und 20 % in Finnland, dass sie „völlig zustimmen“.

QC4.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu? Die Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltfragen sollten bei der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit eine Priorität sein (% - EU-27)



QC4.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu? (% Der Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltfragen sollten eine Priorität sein, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Der Anteil der Befragten, die sich darin einig sind, dass die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltfragen eine Priorität für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sein sollte, ist seit März bis April 2021 in 20 Ländern zurückgegangen,³¹ wobei der größte Rückgang in Estland (60 %, -16 Prozentpunkte), Tschechien (72 %, -14 Prozentpunkte) und der Slowakei (81 %, -8 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist. Das Niveau der Einigung ist in fünf Ländern gestiegen, darunter Malta (98 %, +5 Prozentpunkte), bleibt aber in Griechenland (94 %) und Frankreich (90 %) unverändert.

QC4.1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

Die Bekämpfung des Klimawandels und der Umweltfragen sollten bei der Verbesserung der öffentlichen Gesundheit eine Priorität sein (%)

		EU-27	MT	IT	HU	CY	SE	EL	FR	PE RS ON AL AB TEI LU NG	FI	DK	IE	ES	LT	LU	SI	PL	PT	SEI N	BG	NL	LV	BEI	DE	RO	SK	CZ	EE
Gesamt „Zustimmung“	Mai/ Juni 2023	84	98	89	87	93	88	94	90	90	67	84	89	89	86	88	84	80	94	85	82	83	73	75	81	64	81	72	60
	Δ Mär/ Apr 2021	▼3	5	4	A)2	A)1	A)1	=	=	▼1	▼1	▼2	▼2	▼2	▼2	▼2	▼2	▼3	▼3	▼4	▼4	▼4	▼5	▼5	▼6	▼7	▼8	▼14	▼16
Insgesamt "Unzustimmigkeit"	Mai/ Juni 2023	12	1	8	11	6	11	5	7	9	27	10	7	6	7	10	15	16	1	12	9	15	18	19	14	31	12	21	28
	Δ Mär/ Apr 2021	A)2	▼2	▼3	=	A)2	▼2	=	A)1	A)1	▼5	▼3	▼2	A)1	▼5	A)1	A)2	5	▼1	A)1	5	3	▼4	A)2	5	11	6	7	4
Ich weiß nicht	Mai/ Juni 2023	4	1	3	2	1	1	1	3	1	6	6	4	5	7	2	1	4	5	3	9	2	9	6	5	5	7	7	12
	Δ Mär/ Apr 2021	A)1	▼3	▼1	▼2	▼3	A)1	=	▼1	=	6	5	4	A)1	7	A)1	=	▼2	4	3	▼1	A)1	9	3	A)1	▼4	A)2	7	12

SK. Dies war ein neuer Posten im Jahr 2021, daher gibt es keinen Vergleich 2019.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mindestens acht von zehn Befragten in jeder Gruppe sich darin einig sind, dass die Bekämpfung des Klimawandels und Umweltfragen eine Priorität für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sein sollten. Angesichts der hohen Übereinstimmung gibt es relativ wenige bemerkenswerte Unterschiede:

- Je jünger der Befragte, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 88 % der 15- bis 24-Jährigen tun dies, im Vergleich zu 82 % der Personen im Alter von 55 Jahren oder älter.
- Je länger die Befragten in der Bildung bleiben, desto wahrscheinlicher sind sie sich einig: 86 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, tun dies, verglichen mit 80 %, die ein Alter von 15 oder jünger abgeschlossen haben.

Die Meinungen über den Klimawandel sind jedoch einflussreich. Die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (93 %) oder eines der schwerwiegendsten Probleme (90 %) der Welt ist, stimmen eher denen zu, die glauben, dass der Klimawandel nicht eines der schwerwiegendsten Probleme ist (78 %).

Darüber hinaus sind die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist (91 %), eher der Meinung als diejenigen, die ihn für ziemlich ernst halten (70 %) oder nicht ernst (45 %). Schließlich stimmen die Befragten, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher zu als diejenigen, die dies nicht getan haben (89 % gegenüber 75 %).

QC4_1 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

Die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltfragen sollte eine Priorität für die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit sein (% – EU)

	Gesamt „Zustimmung “	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	84	12	4
Geschlecht			
Mann	84	13	3
Frau	84	11	5
Alter			
15-24	88	10	2
25-39	85	12	3
40-54	84	13	3
55+	82	12	6
Bildung (Ende)			
—15	80	10	10
16-19	84	13	3
20+	86	12	2
Studieren noch	90	8	2
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	85	13	2
Führungskräfte	87	12	1
Andere weiße Kragen	85	12	3
Handwerkliche Mitarbeiter	83	14	3
Hauspersonen	82	12	6
Arbeitslose	82	13	5
Rentner	82	11	7
Studenten	90	8	2
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	82	13	5
Von Zeit zu Zeit	81	14	5
Fast nie/nie	86	10	4
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	82	11	7
Die untere Mittelschicht	82	14	4
Die Mittelschicht	86	11	3
Die obere Mittelschicht	86	13	1
Die Oberschicht	86	13	1
Klimawandel			
Größtes Problem	93	5	2
Eines der Probleme	90	7	3
Kein Problem	78	16	6
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	45	49	6
Ein ziemlich ernstes Problem	70	23	7
Ein sehr ernstes Problem	91	6	3
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	89	8	3
Nein	75	19	6

6. Einstellung zum Kompromiss zwischen den durch den Klimawandel verursachten Kosten im Vergleich zu den Kosten eines grünen Wandels

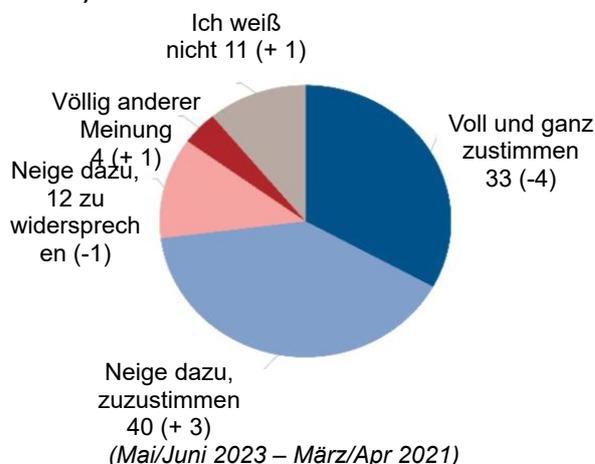
Fast drei Viertel der Europäer sind sich einig, dass die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden viel höher sind als die Kosten für Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind.

Mehr als sieben von zehn Befragten (73 %, -1 Prozentpunkte seit März-April 2021) stimmen zu, dass die Kosten für Schäden aufgrund des Klimawandels viel höher sind als die Investitionskosten, die für einen grünen Wandel erforderlich sind, darunter 33 % (-4 Prozentpunkte), die „völlig zustimmen“. Umgekehrt stimmen 16 % (keine Änderung) mit dieser Aussage überein, während 11 % (+1 pp) sagen, dass sie „nicht wissen“.

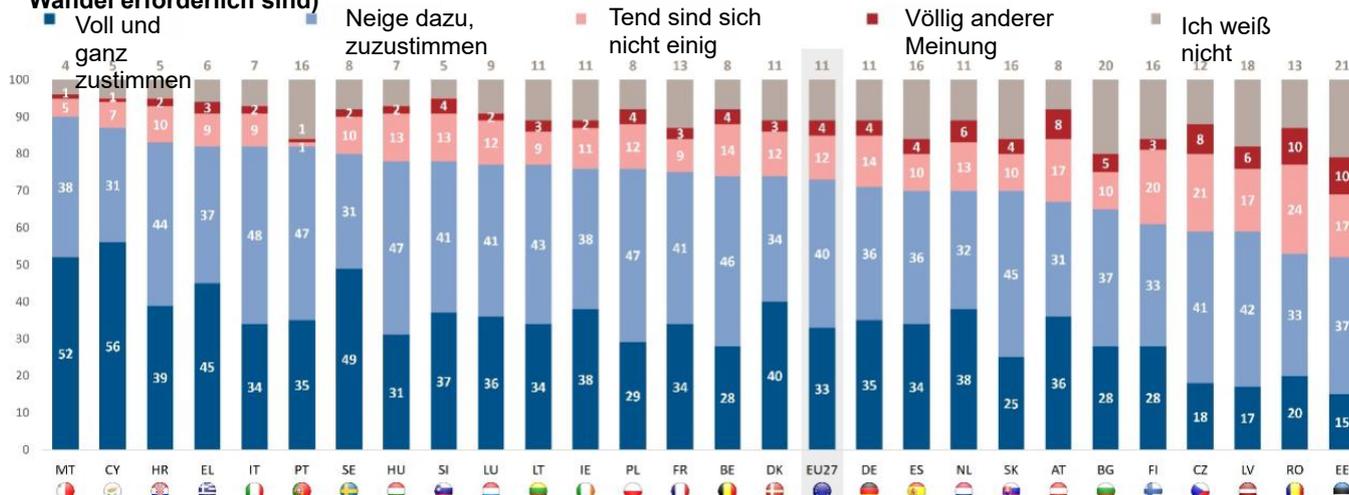
Die Mehrheit der Befragten in jedem Mitgliedstaat stimmt zu, dass die Kosten für Schäden aufgrund des Klimawandels viel höher sind als die Investitionskosten, die für einen grünen Wandel erforderlich sind. In Malta (90 %), Zypern (87 %) und Kroatien (83 %) sind die Befragten am höchsten, während mehr als die Hälfte in Estland (52 %), Rumänien (53 %), Lettland und Tschechien (je 59 %) zustimmt.

Zypern (56 %) und Malta (52 %) sind die einzigen Länder, in denen mindestens die Hälfte dieser Erklärung „vollständig“ zustimmt, obwohl 49 % in Schweden auch so reagieren. Am anderen Ende der Skala stimmen 15 % in Estland, 17 % in Lettland und 18 % in Tschechien „völlig zu“.

QC4.2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu? Die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden sind viel höher als die Kosten der Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind (% – EU27).



QC4.2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu? (% Der Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden sind viel höher als die Kosten der Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Seit März bis April 2021 ist³²das Niveau der Erklärung in 18 Mitgliedstaaten zurückgegangen, darunter Estland (52 %, -23 Prozentpunkte), die Slowakei (70 %, -12 Prozentpunkte), Tschechien (59 %, -12 Prozentpunkte), Lettland (59 %, -10 Prozentpunkte) und Irland (76 %, -10 Prozentpunkte). Auf der anderen Seite ist das Abkommen in acht Ländern gestiegen, darunter Malta (90 %, +9 Prozentpunkte), Frankreich (75 %, +6 Prozentpunkte) und Ungarn (78 %, +6 Prozentpunkte). In den Niederlanden hat sich die Meinung nicht geändert (70 %).

Das Niveau der „nicht wissen“ ist in acht Ländern um mindestens zehn Prozentpunkte gestiegen, vor allem in Estland (21 %, +21 Prozentpunkte), Lettland (18 %, +18 Prozentpunkte) und Finnland (16 %, +16 Prozentpunkte).

QC4.2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

Die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden sind viel höher als die Kosten der Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind (%)

		EU-27	MT	FR	HU	IT	BG	PL	ES	CY	NL	DE	SE	DK	EL	PE RS ON AL AB TEI LU NG	LT	BEI	LU	SI	RO	SEI N	PT	FI	IE	LV	CZ	SK	EE
Gesamt „Zustimmung“	Mai/Juni 2023	73	90	75	78	82	65	76	70	87	70	71	80	74	82	83	77	67	77	78	53	74	82	61	76	59	59	70	52
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	9	6	6	4	3	3	A)1	A)1	=	▼2	▼2	▼3	▼3	▼3	▼4	▼4	▼4	▼6	▼6	▼8	▼9	▼9	▼9	▼10	▼10	▼12	▼12
Insgesamt „nicht einverstanden“	Mai/Juni 2023	16	6	12	15	11	15	16	14	8	19	18	12	15	12	12	12	25	14	17	34	18	2	23	13	23	29	14	27
	Δ Mär/Apr 2021	=	▼1	▼1	▼1	▼4	6	=	=	A)1	▼1	A)2	▼6	▼7	A)1	A)2	▼7	5	▼3	A)2	11	A)1	▼6	▼7	▼1	▼8	A)1	6	A)2
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	11	4	13	7	7	20	8	16	5	11	11	8	11	6	5	11	8	9	5	13	8	16	16	11	18	12	16	21
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	▼8	▼5	▼5	=	▼9	▼3	▼1	▼2	A)1	=	8	10	A)2	A)1	11	▼1	9	4	▼3	8	15	16	11	18	11	6	21

32 Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Dies war ein neuer Posten im Jahr 2021, daher gibt es keinen Vergleich 2019.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mindestens zwei Drittel der Befragten in jeder Gruppe der Meinung sind, dass die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden viel höher sind als die Kosten für Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind. Es hebt auch Folgendes hervor:

- Je jünger der Befragte, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 80 % der 15- bis 24-Jährigen tun dies, verglichen mit 68 % der Personen im Alter von 55 Jahren oder älter.
- Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass er sich einig ist: 77 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 oder älter abgeschlossen haben, stimmen zu, 66 %, die 15 Jahre oder jünger abgeschlossen haben.
- Studenten (80 %) stimmen eher zu als andere sozial-berufliche Gruppen, insbesondere Rentner und Hausangestellte (beide 67 %).
- Die Befragten, die sich selbst als obere Mittelschicht (80 %) betrachten, stimmen am ehesten überein, insbesondere im Vergleich zu denjenigen, die sich selbst als Teil der Arbeiterklasse betrachten (67 %).

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste ist (85 %) oder eines der schwerwiegendsten Probleme (79 %), denen die Welt gegenübersteht, eher denjenigen zustimmen, die nicht glauben, dass der Klimawandel eines der schwerwiegendsten Probleme ist (67 %). Es zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem ist (80 %) eher zustimmen als diejenigen, die es für ziemlich ernst halten (60 %) oder nicht ernst (36 %). Schließlich stimmen die Befragten, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher zu als diejenigen, die dies nicht getan haben (78 % vs. 66 %).

QC4_2 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

Die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden sind viel höher als die Kosten der Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind (% – EU)

	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	73	16	11
Geschlecht			
Mann	74	17	9
Frau	72	15	13
Alter			
15-24	80	12	8
25-39	76	16	8
40-54	76	16	8
55+	68	16	16
Bildung (Ende)			
—15	66	12	22
16-19	72	18	10
20+	77	15	8
Studieren noch	80	12	8
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	75	17	8
Führungskräfte	79	15	6
Anderer weißer Kragen	78	15	7
Handwerkliche Mitarbeiter	72	18	10
Hauspersonen	67	17	16
Arbeitslose	70	17	13
Rentner	67	15	18
Studenten	80	12	8
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	71	16	13
Von Zeit zu Zeit	72	17	11
Fast nie/nie	75	14	11
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	67	15	18
Die untere Mittelschicht	73	16	11
Die Mittelschicht	76	16	8
Die obere Mittelschicht	80	15	5
Die Oberschicht	75	17	8
Klimawandel			
Größtes Problem	85	9	6
Eines der Probleme	79	11	10
Kein Problem	67	20	13
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	36	52	12
Ein ziemlich ernstes Problem	60	26	14
Ein sehr ernstes Problem	80	10	10
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	78	13	9
Nein	66	20	14

IV. BLICK IN DIE ZUKUNFT



1. Aktuelle Maßnahmen der nationalen Regierungen zur Bekämpfung des Klimawandels

Fast sieben von zehn Europäern glauben, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut, um den Klimawandel zu bekämpfen.

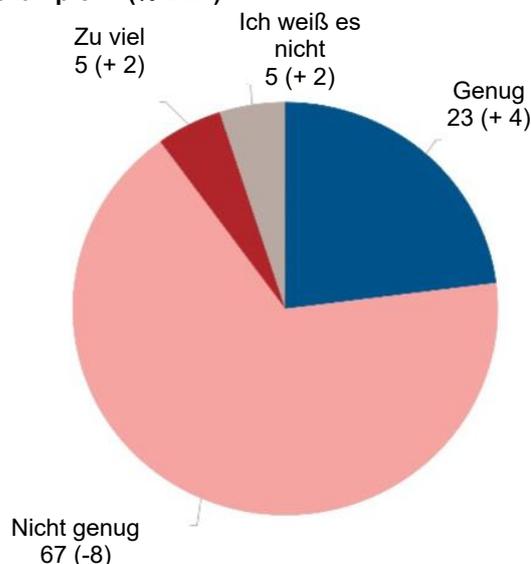
67 % der Befragten sind der Meinung, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut, um gegen den Klimawandel vorzugehen. Dies entspricht einem Rückgang um acht Prozentpunkte seit März-April 2021.³³ Fast ein Viertel (23 %, + 4 Prozentpunkte) glaubt, dass ihre nationale Regierung genug tut, während 5 % (+ 2 Prozentpunkte) zu viel tun. Jeder zwanzigte (5 %, + 2 pp) sagt, dass er es nicht weiß.

In allen bis auf einem Mitgliedstaat sagen die Befragten am ehesten, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut, um gegen den Klimawandel vorzugehen. Mindestens acht von zehn in Kroatien (85 %), Zypern (83 %) und Spanien und Schweden (je 80 %) denken so, wie 37 % in Estland (vs 34 %, die sagen „genug“), 50 % in Dänemark und 51 % in Österreich.

Die Ausnahme ist Finnland, wo 40 % sagen, dass ihre nationale Regierung genug tut, und 38 % sagen, dass sie nicht genug tut. Mindestens drei von zehn Befragten in Dänemark (39 %), Luxemburg (38 %), Deutschland, Estland (beide 34 %) und Polen (31 %) glauben ebenfalls, dass ihre Regierung genug tut.

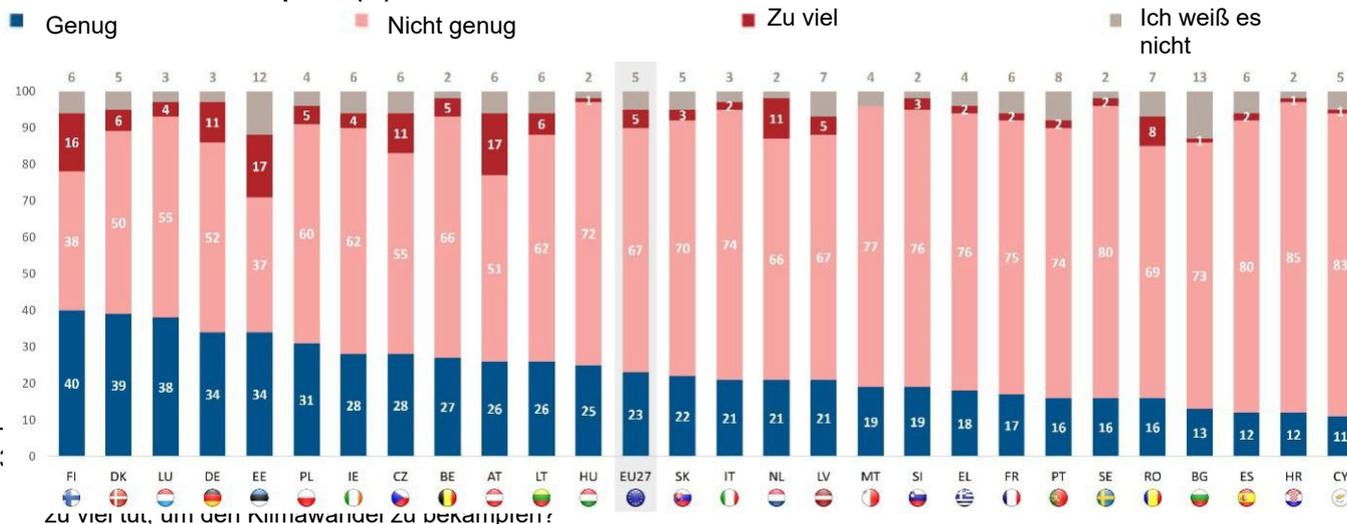
In sechs Ländern ist mindestens einer von zehn Befragten

QC7. Glauben Sie, dass die (NATIONALITÄT-)Regierung genug, nicht genug oder zu viel tut, um den Klimawandel zu bekämpfen? (% EI27)



(Mai/Juni 2023 – März/Apr 2021)

QC7. Glauben Sie, dass die (NATIONALITÄT-)Regierung genug, nicht genug oder zu viel tut, um den Klimawandel zu bekämpfen? (%)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die nationalen Entwicklungen seit März bis April 2021 entsprechen³⁴ im Allgemeinen dem allgemeinen Trend der EU: die Befragten sind jetzt eher der Meinung, dass die nationale Regierung genug tut, und weniger wahrscheinlich, dass sie nicht genug tut.

Der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass ihre nationale Regierung genug tut, um den Klimawandel zu bekämpfen, ist in 19 Ländern gestiegen, darunter Belgien (27 %, + 13 Prozentpunkte) und Irland (28 %, + 10 Prozentpunkte). Er ist in vier Ländern, darunter Österreich (26 %, -7 Prozentpunkte), zurückgegangen und ist in vier Ländern stabil geblieben.

In 23 Mitgliedstaaten sagen die Befragten weniger wahrscheinlich, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut. Tatsächlich liegt der Rückgang in zehn Ländern bei mindestens zehn Prozentpunkten, wobei der größte Rückgang in Estland (37 %, -29 Prozentpunkte), in Tschechien (55 %, -22 Prozentpunkte) und in Litauen (62 %, -18 Prozentpunkte) zu verzeichnen ist. In den übrigen vier Ländern kehrt sich dieser Trend um, wobei der größte Anstieg in Schweden zu verzeichnen ist (80 %, + 11 Prozentpunkte).

Estland (17 %, + 11 pp) ist das einzige Land, in dem sich der Anteil der Befragten, die der Meinung sind, dass ihre nationale Regierung zu viel tut, um mindestens zehn Punkte verändert hat.

QC7 Denken Sie, dass die (NATIONALITÄT-)Regierung genug, nicht genug oder zu viel tut, um den Klimawandel zu bekämpfen?

(%)

		EU-27	SEIN	IE	IT	LT	SK	CZ	DE	LU	RO	EE	FR	BG	EL	PL	SI	DK	PE RS ON AL AB TEI LU NG	MT	PT	ES	LV	HU	FI	NL	SE	CY	BEI
Genug	Mai/Juni 2023	23	27	28	21	26	22	28	34	38	16	34	17	13	18	31	19	39	12	19	16	12	21	25	40	21	16	11	26
	Δ Mär/Apr 2021	4	13	10	9	9	9	8	8	8	7	6	5	3	3	3	3	A)2	A)2	A)2	A)2	=	=	=	=	▼2	▼5	▼6	▼7
Nicht genug	Mai/Juni 2023	67	66	62	74	62	70	55	52	55	69	37	75	73	76	60	76	50	85	77	74	80	67	72	38	66	80	83	51
	Δ Mär/Apr 2021	▼8	▼16	▼15	▼10	▼18	▼12	▼22	▼15	▼8	▼10	▼29	▼6	▼5	▼2	▼7	▼6	▼6	▼4	▼2	▼11	▼2	▼4	A)1	4	▼5	11	7	▼3
Zu viel	Mai/Juni 2023	5	5	4	2	6	3	11	11	4	8	17	2	1	2	5	3	6	1	0	2	2	5	1	16	11	2	1	17
	Δ Mär/Apr 2021	A)2	A)2	▼1	A)1	3	A)2	8	7	▼2	A)1	11	=	=	=	A)2	A)2	▼1	A)1	▼1	A)1	A)1	▼3	=	▼9	6	▼8	▼2	9
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	5	2	6	3	6	5	6	3	3	7	12	6	13	4	4	2	5	2	4	8	6	7	2	6	2	2	5	6
	Δ Mär/Apr 2021	A)2	A)1	6	=	6	A)1	6	=	A)2	A)2	12	A)1	A)2	▼1	A)2	A)1	5	A)1	A)1	8	A)1	7	▼1	5	A)1	A)2	A)1	A)1

34 Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Dies war eine neue Frage im Jahr 2021, daher gibt es keinen Vergleich 2019.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse konzentriert sich auf die Befragten, die der Meinung sind, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut, um den Klimawandel zu bekämpfen. Er hebt hervor, dass mindestens sechs von zehn in jeder Gruppe diese Stellungnahme vertreten, und verdeutlicht auch, dass

- Je jünger die Befragten sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut: 75 % der 15- bis 24-Jährigen sagen dies, verglichen mit 63 % der Menschen im Alter von 55 Jahren oder älter.
- Je länger ein Befragter in der Ausbildung blieb, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie denken, dass ihre Regierung nicht genug tut: 69 % der Personen, die das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Vergleich zu 61 %, die das 15. Lebensjahr vollendet haben.
- Studenten (76 %) sind viel wahrscheinlicher als andere sozial-berufliche Gruppen zu sagen, dass die Regierung nicht genug tut.
- Je höher die soziale Leiter höher ist, die ein Befragter für sich hält, desto wahrscheinlicher ist es, dass die nationale Regierung nicht genug tut.

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste Problem für die Welt ist (80 %), eher so denken als diejenigen, die glauben, dass der Klimawandel eines der schwerwiegendsten (72 %) oder nicht eines der schwerwiegendsten Probleme (60 %) ist. Es zeigt auch, dass die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem darstellt (74 %) viel eher der Meinung sind, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut, als diejenigen, die es für weniger ernst halten. Schließlich glauben die Befragten, die Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher der Meinung, dass die nationale Regierung nicht genug tut als diejenigen, die keine Maßnahmen ergriffen haben (70 % gegenüber 61 %).

QC7 Denken Sie, dass die (NATIONALITÄT-)Regierung genug, nicht genug oder zu viel tut, um den Klimawandel zu bekämpfen?

(% – EU)

	Genug	Nicht genug	Zu viel	Ich weiß nicht
EU-27	23	67	5	5
Geschlecht				
Mann	23	66	7	4
Frau	23	68	4	5
Alter				
15-24	18	75	2	5
25-39	21	70	6	3
40-54	25	66	6	3
55+	25	63	6	6
Bildung (Ende)				
—15	26	61	4	9
16-19	25	65	6	4
20+	22	69	5	4
Studieren noch	18	76	2	4
Sozio-professionelle Kategorie				
Selbstständige	22	69	7	2
Führungskräfte	23	69	6	2
Andere weiße Kragen	24	67	6	3
Handwerkliche Mitarbeiter	24	65	7	4
Hauspersonen	24	65	4	7
Arbeitslose	21	68	6	5
Rentner	24	63	5	8
Studenten	18	76	2	4
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen				
Die meiste Zeit	19	70	6	5
Von Zeit zu Zeit	23	67	5	5
Fast nie/nie	24	66	6	4
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu				
Die Arbeiterklasse	23	65	4	8
Die untere Mittelschicht	23	67	6	4
Die Mittelschicht	24	68	5	3
Die obere Mittelschicht	22	71	5	2
Die Oberschicht	20	75	5	0
Klimawandel				
Größtes Problem	16	80	1	3
Eines der Probleme	22	72	2	4
Kein Problem	26	60	8	6
Wahrnehmung des Klimawandels				
Kein ernstes Problem	32	31	32	5
Ein ziemlich ernstes Problem	35	49	9	7
Ein sehr ernstes Problem	20	74	2	4
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen				
Ja	23	70	4	3
Nein	25	61	8	6

2. Ziele für erneuerbare Energien

Fast neun von zehn Europäern halten es für wichtig, dass ihre nationale Regierung und die Europäische Union ehrgeizige Ziele setzen, um die Nutzung erneuerbarer Energien bis 2030 zu erhöhen.

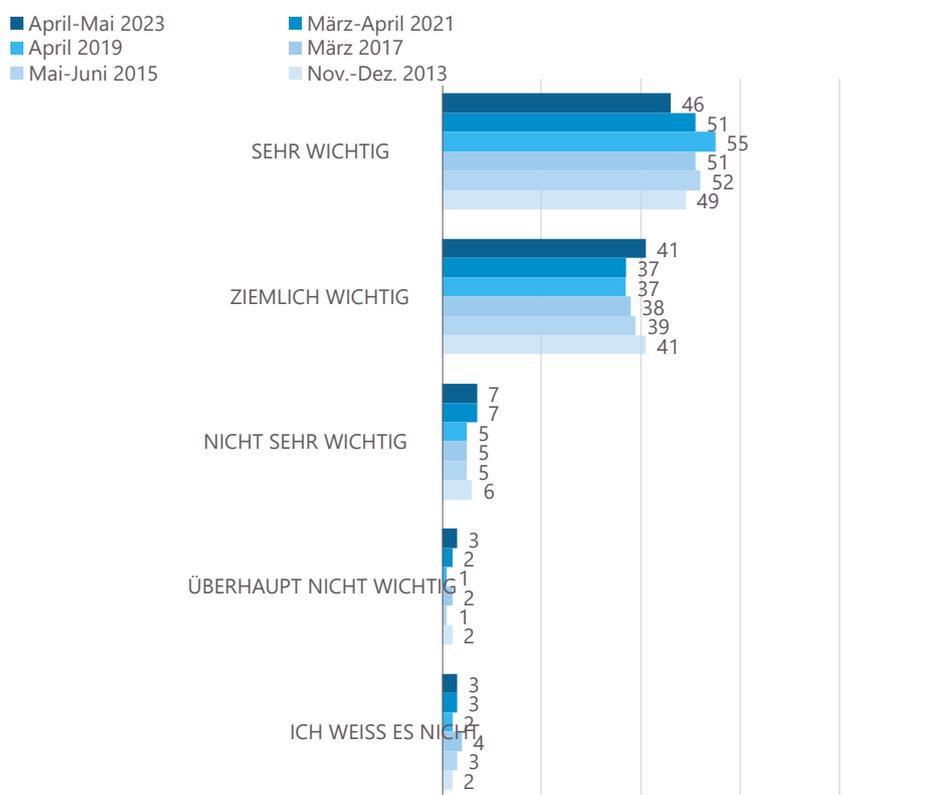
Die Befragten wurden gefragt, wie wichtig es ihrer nationalen Regierung ist, und die Europäische Union hat sich ehrgeizige Ziele gesetzt, um die Menge erneuerbarer Energien wie Wind- oder Solarenergie bis 2030 zu erhöhen.³⁵

Fast neun von zehn (87 %, -1 Prozentpunkte seit März-April 2021) halten es für wichtig, dass ihre nationale Regierung ehrgeizige Ziele in diesem Bereich setzt, wobei 46 % (-5 Prozentpunkte) dies für „sehr wichtig“ halten. Im Gegensatz dazu sind 10 % (+ 1 pp) der Meinung, dass

dies nicht wichtig ist, während 3 % (keine Änderung) sagen, dass sie es nicht wissen.

Der langfristige Trend zeigt, dass sich die allgemeine Einigung nun auf dem niedrigsten Stand befindet. Darüber hinaus liegt der Anteil der Befragten, die ehrgeizige Ziele für „sehr wichtig“ halten, auch auf dem niedrigsten Stand aller Zeiten, drei Punkte unter dem vorherigen Tiefstand von 2013.

QC8.1 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden ehrgeizige Ziele setzen, um die Menge erneuerbarer Energien wie Wind- oder Solarenergie bis 2030 zu erhöhen? Regierung (NATIONALITÄT) (% – EU27)



35 QC8. Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen und die Menge erneuerbarer Energien, wie Wind- oder Solarenergie, bis 2030 erhöhen? QC8.1 Die (NATIONALITÄT) Regierung; QC8.2 Die Europäische Union.

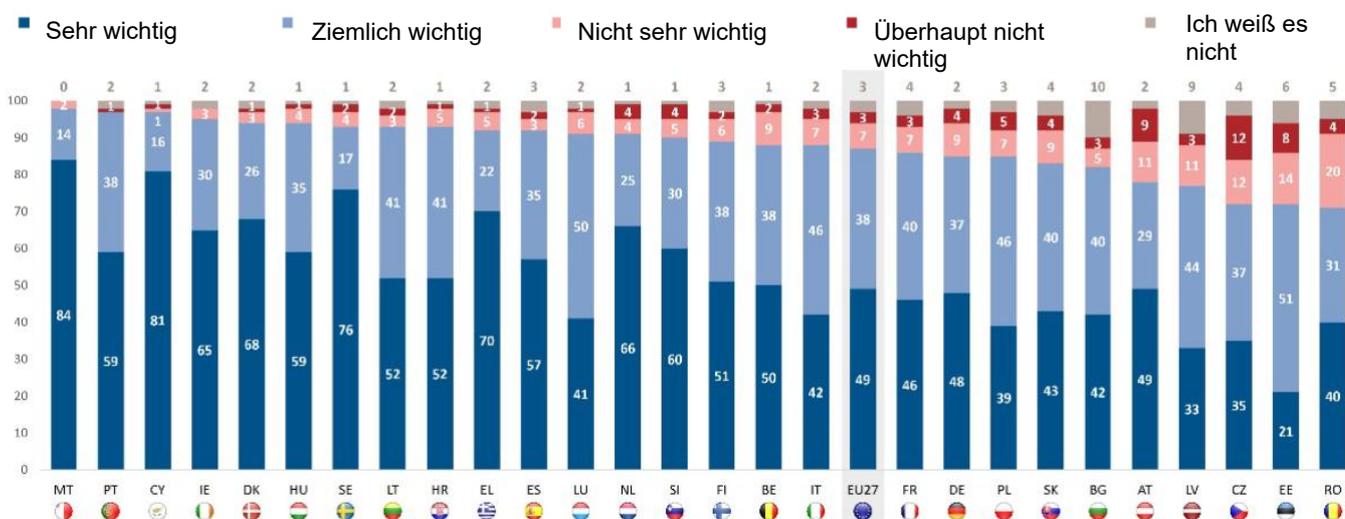
Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Auf nationaler Ebene halten mehr als zwei Drittel der Befragten in jedem Land es für wichtig, dass ihre nationale Regierung ehrgeizige Ziele setzt, um den Verbrauch erneuerbarer Energien bis 2030 zu erhöhen. Diese Ansicht ist in Malta und Portugal (jeweils 98 %) und Zypern (97 %) nahezu universell; 69 % in Estland, 71 % in Tschechien und 75 % in Lettland stimmen ebenfalls zu.

In 12 Mitgliedstaaten ist mindestens die Hälfte aller Befragten der Ansicht, dass es „sehr wichtig“ ist, dass ihre nationale Regierung diese Ziele festlegt, und in Malta (83 %), Zypern (79 %) und Schweden (70 %) glauben mindestens sieben von zehn so. 19 % in Estland, 30 % in Lettland und 31 % in Polen halten dies für „sehr wichtig“.

QC8.2 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen und die Menge erneuerbarer Energien, wie Wind- oder Solarenergie, bis 2030 erhöhen? (% – Europäische Union)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die Trends auf nationaler Ebene seit März bis April 2021³⁶ sind gemischt. Der Anteil der Befragten, die es für wichtig halten, dass die nationale Regierung die Menge erneuerbarer Energien bis 2030 erhöht, ist in 12 Ländern einschließlich Finnland gestiegen (86 %, + 11 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, -3 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), aber in 14 Ländern, darunter Estland (69 %, -14 Prozentpunkte seit 2021, -19 Prozentpunkte seit 2019) und Tschechien (71 %, -10 Prozentpunkte). In Luxemburg hat sich die Meinung nicht geändert (92 %).

QC8.1 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen und die Menge erneuerbarer Energien, wie Wind- oder Solarenergie, bis 2030 erhöhen?

Die (NATIONALITÄT) Regierung (%)

		EU-27	FI	MT	LT	PL	IT	SE	DK	IE	FR	EL	CY	PT	LU	HU	NL	PE RS ON AL AB TEI LU NG	SEI N	DE	ES	SI	BEI	LV	RO	BG	SK	CZ	EE
Insgesamt „wichtig“	Mai/Juni 2023	87	86	98	92	85	89	92	93	96	87	92	97	98	92	94	91	91	89	85	91	89	81	75	76	82	82	71	69
	Δ Mär/Apr 2021	▼1	11	5	4	4	3	3	A)2	A)2	A)2	A)1	A)1	A)1	=	▼1	▼1	▼2	▼3	▼3	▼3	▼3	▼4	▼6	▼7	▼8	▼8	▼10	▼14
Insgesamt „Nicht wichtig“	Mai/Juni 2023	10	12	1	6	12	9	7	5	3	9	6	3	1	6	5	7	8	10	13	6	10	16	16	21	9	14	25	25
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	▼13	▼1	▼6	▼2	▼2	▼4	▼4	▼3	▼1	▼1	A)1	▼2	▼2	A)1	▼1	A)1	A)2	3	A)2	3	3	▼3	9	5	8	6	8
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	3	2	1	2	3	2	1	2	1	4	2	0	1	2	1	2	1	1	2	3	1	3	9	3	9	4	4	6
	Δ Mär/Apr 2021	=	A)2	▼4	A)2	▼2	▼1	A)1	A)2	A)1	▼1	=	▼2	A)1	A)2	=	A)2	A)1	A)1	=	A)1	=	A)1	9	▼2	3	=	4	6

³⁶ Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als acht von zehn in jeder Gruppe es für wichtig halten, dass die nationale Regierung die Menge erneuerbarer Energien bis 2030 erhöht. Angesichts der hohen allgemeinen Übereinstimmung gibt es nur wenige bemerkenswerte Unterschiede:

- Diejenigen im Alter von 15 bis 24 Jahren sagen am ehesten, dass dies wichtig ist, insbesondere im Vergleich zu denjenigen im Alter von 55 Jahren und älter (91 % vs. 85 %).
- Diejenigen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (89 %), denken eher, dass dies wichtig ist als diejenigen, die größere Schwierigkeiten haben.

Die Analyse zeigt jedoch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (95 %) oder eines der schwerwiegendsten (93 %) Probleme der Welt ist, eher glauben, dass diese Aktion der nationalen Regierung wichtig ist als diejenigen, die nicht glauben, dass der Klimawandel ein ernstes Problem ist (81 %). Es zeigt auch, dass je ernster die Befragten den Klimawandel sehen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie es für wichtig halten, dass die nationalen Regierungen Maßnahmen ergreifen, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu erhöhen: 93 %, die es für ein sehr ernstes Problem halten, halten dies für wichtig, verglichen mit 50 %, die sagen, dass der Klimawandel kein ernstes Problem ist.

QC8_1

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen und die Menge erneuerbarer Energien, wie Wind- oder Solarenergie, bis 2030 erhöhen?

Die (NATIONALITÄT) Regierung (% – EU)

	Insgesamt „wichtig“	Insgesamt „Nicht wichtig“	Ich weiß nicht
EU-27	87	10	3
Geschlecht			
Mann	86	12	2
Frau	88	9	3
Alter			
15-24	91	7	2
25-39	87	11	2
40-54	87	11	2
55+	85	11	4
Bildung (Ende)			
—15	85	9	6
16-19	86	12	2
20+	89	9	2
Studieren noch	93	5	2
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	89	9	2
Führungskräfte	90	9	1
Andere weiße Kragen	88	10	2
Handwerkliche Mitarbeiter	84	14	2
Hauspersonen	87	10	3
Arbeitslose	87	9	4
Rentner	85	11	4
Studenten	93	5	2
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	84	12	4
Von Zeit zu Zeit	83	14	3
Fast nie/nie	89	9	2
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	86	10	4
Die untere Mittelschicht	86	12	2
Die Mittelschicht	88	10	2
Die obere Mittelschicht	91	8	1
Die Oberschicht	93	7	0
Klimawandel			
Größtes Problem	95	4	1
Eines der Probleme	93	5	2
Kein Problem	81	15	4
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	50	46	4
Ein ziemlich ernstes Problem	74	21	5
Ein sehr ernstes Problem	93	5	2
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	92	6	2
Nein	79	17	4

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Fast neun von zehn Befragten (87 %, seit März bis April 2021 unverändert) sind sich einig, dass es wichtig ist, dass die Europäische Union ehrgeizige Ziele zur Erhöhung der Nutzung erneuerbarer Energien bis 2030 setzt, wobei 49 % (-4 Prozentpunkte) der Ansicht sind, dass dies „sehr wichtig“ ist. Im Gegensatz dazu geben 10 % (keine Veränderung) an, dass dies nicht wichtig ist, während 3 % (keine Änderung) sagen, dass sie „nicht wissen“.

Mehr als sieben von zehn Befragten in jedem Land sagen, dass es wichtig ist, dass die Europäische Union ehrgeizige Ziele in diesem Bereich setzt, wobei der Anteil von 98 % in Malta und 97 % in Zypern und Portugal bis 71 % in Rumänien und 72 % in Tschechien und Estland reicht.

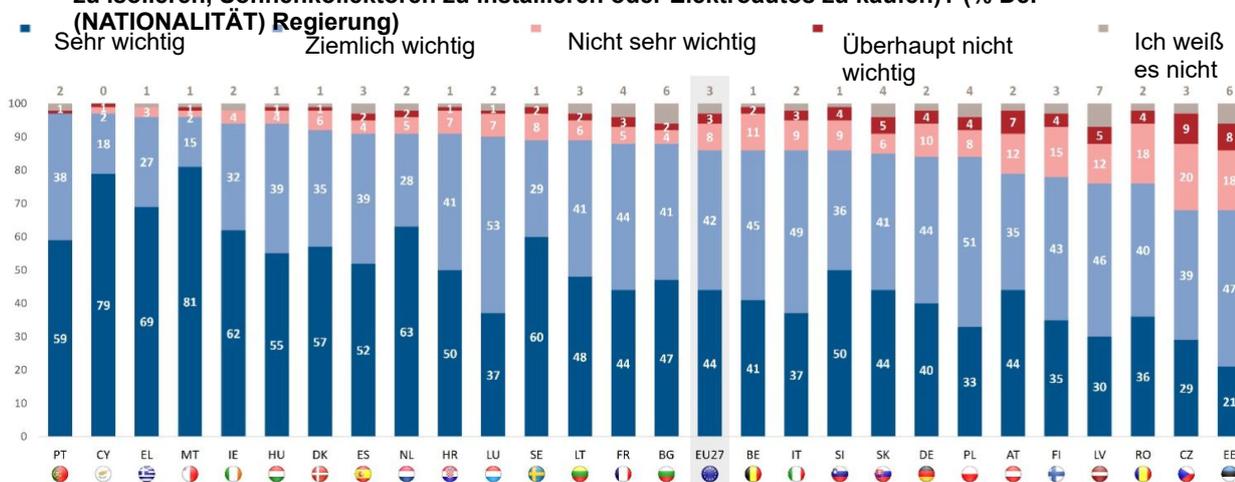
Mindestens drei Viertel der Befragten in Malta (84 %), Zypern (81 %) und Schweden (76 %) halten die Festlegung ehrgeiziger Ziele in diesem Bereich für sehr wichtig, verglichen mit 21 % in Estland, 33 % in Lettland und 35 % in Tschechien.

QC8.2 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen und die Menge erneuerbarer Energien, wie Wind- oder Solarenergie, bis 2030 erhöhen? Die Europäische Union (% – EU27)



(Mai/Juni 2023 – März/Apr 2021)

QC9.1 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)? (% Der (NATIONALITÄT) Regierung)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die nationalen Trends seit März bis April 2021³⁷ sind erneut gemischt. Der Anteil der Befragten, die es für wichtig halten, dass die EU den Verbrauch erneuerbarer Energien bis 2030 erhöht, ist in 12 Ländern, darunter Finnland, gestiegen (89 %, + 7 Prozentpunkte), aber in 14 Ländern, darunter Estland (72 %, -13 Prozentpunkte) und Lettland (77 %, -10 Prozentpunkte). In Ungarn hat sich die Meinung nicht geändert (94 %).

QC8.2 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen und die Menge erneuerbarer Energien, wie Wind- oder Solarenergie, bis 2030 erhöhen?

Europäische Union (%)

		EU-27	FI	MT	IT	DK	FR	SE	PE RS ON AL AB TEI LU NG	PL	EL	CY	LT	NL	HU	IE	DE	ES	PT	LU	SI	SEI N	BEI	BG	RO	SK	CZ	LV	EE
Insgesamt „wichtig“	Mai/Juni 2023	87	89	98	88	94	86	93	93	85	92	97	93	91	94	95	85	92	97	91	90	88	78	82	71	83	72	77	72
	Δ Mär/Apr 2021	=	7	5	4	3	3	3	A)2	A)2	A)1	A)1	A)1	A)1	=	▼1	▼2	▼2	▼2	▼3	▼3	▼4	▼4	▼7	▼8	▼8	▼9	▼10	▼13
Insgesamt „Nicht wichtig“	Mai/Juni 2023	10	8	2	10	4	10	6	6	12	6	2	5	8	5	3	13	5	1	7	9	11	20	8	24	13	24	14	22
	Δ Mär/Apr 2021	=	▼10	=	▼3	▼5	▼1	▼4	▼2	A)1	=	=	▼3	▼1	=	▼1	3	A)2	=	A)1	3	3	6	4	9	7	5	A)1	7
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	3	3	0	2	2	4	1	1	3	2	1	2	1	1	2	2	3	2	2	1	1	2	10	5	4	4	9	6
	Δ Mär/Apr 2021	=	3	▼5	▼1	A)2	▼2	A)1	=	▼3	▼1	▼1	A)2	=	=	A)2	▼1	=	A)2	A)2	=	A)1	▼2	3	▼1	A)1	4	9	6

³⁷ Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Dies war ein neuer Posten im Jahr 2021, daher gibt es keinen Vergleich 2019.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als acht von zehn in jeder Gruppe es für wichtig halten, dass die EU die Menge erneuerbarer Energien bis 2030 erhöht. Das hohe Gesamtniveau der Einigung bedeutet, dass es nur einen bemerkenswerten Unterschied gibt: diejenigen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (89 %), halten dies eher für wichtig als diejenigen, die größere Schwierigkeiten haben (83 %).

Die Analyse zeigt jedoch, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (95 %) ist, oder eines der schwerwiegendsten (93 %) Probleme eher der Meinung sind, dass dies wichtiger ist als diejenigen, die dies nicht tun (81 %). Es zeigt auch, je ernster die Befragten den Klimawandel sehen, desto wahrscheinlicher sind sie der Ansicht, dass es wichtig ist, dass die EU Maßnahmen ergreift, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu erhöhen: 93 %, die es für ein sehr ernstes Problem halten, halten dies für wichtig, verglichen mit 51 %, die sagen, dass der Klimawandel kein ernstes Problem ist.

QC8_2 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen und die Menge erneuerbarer Energien wie Wind- oder Solarenergie bis 2030 erhöhen?

Die Europäische Union (% – EU)

	Insgesamt „wichtig“	Insgesamt „Nicht wichtig“	Ich weiß nicht
EU-27	87	10	3
Geschlecht			
Mann	85	12	3
Frau	88	9	3
Alter			
15-24	91	7	2
25-39	88	10	2
40-54	86	12	2
55+	86	10	4
Bildung (Ende)			
—15	84	9	7
16-19	86	12	2
20+	89	9	2
Studieren noch	92	6	2
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	88	10	2
Führungskräfte	90	9	1
Andere weiße Kragen	88	10	2
Handwerkliche Mitarbeiter	84	13	3
Hauspersonen	84	12	4
Arbeitslose	88	9	3
Rentner	85	10	5
Studenten	92	6	2
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	83	13	4
Von Zeit zu Zeit	83	14	3
Fast nie/nie	89	9	2
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	86	9	5
Die untere Mittelschicht	85	13	2
Die Mittelschicht	87	11	2
Die obere Mittelschicht	91	8	1
Die Oberschicht	91	9	0
Klimawandel			
Größtes Problem	95	4	1
Eines der Probleme	93	5	2
Kein Problem	81	15	4
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	51	44	5
Ein ziemlich ernstes Problem	74	21	5
Ein sehr ernstes Problem	93	5	2
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	92	6	2
Nein	78	17	5

3. Energieeffizienzziele

Mehr als acht von zehn Europäern halten es für wichtig, dass ihre nationale Regierung und die Europäische Union Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 ergreifen.

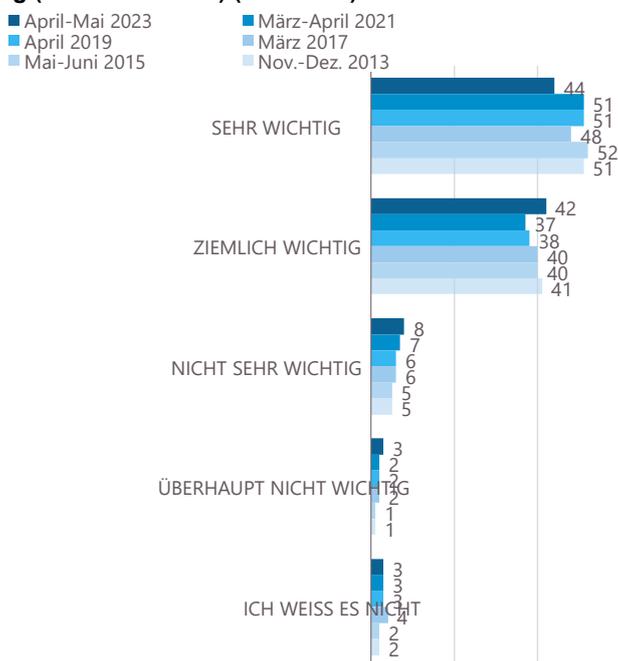
Die Befragten wurden gefragt, wie wichtig es sei, dass ihre nationale Regierung und die Europäische Union Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen).³⁸³⁹

Eine beträchtliche Mehrheit (86 %, -2 Prozentpunkte seit März bis April 2021) hält es für wichtig, dass ihre nationale Regierung bis 2030 Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ergreift, wobei 44 % (-7 Prozentpunkte) dies für „sehr wichtig“ halten. Auf der anderen Seite halten

11 % (+ 2 pp) dies für unwichtig, während 3 % (=) sagen, dass sie es nicht wissen.

Der längerfristige Trend zeigt, dass der Anteil, der dies für wichtig hält, jetzt auf dem niedrigsten Stand aller Zeiten liegt, zwei Punkte unter dem vorherigen Tiefstand vom März/April 2021 und sechs Punkte unter den Höchstständen von 2013-2015. Der Anteil, der es für „sehr wichtig“ für die nationale Regierung hält, Maßnahmen zu ergreifen, ist auch auf dem niedrigsten Stand aller Zeiten.

QC9.1 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)? Regierung (NATIONALITÄT) (% – EU27)



38 QC9.1 Die (NATIONALITÄT) Regierung; QC9.2 Die Europäische Union.
 folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)?

39 Der Wortlaut der Frage hat sich seit 2021 geändert, als es Ihrer Meinung nach wichtig ist, dass die folgenden Behörden die Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 unterstützen (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen). Infolgedessen sollten Trendergebnisse mit Vorsicht interpretiert werden.

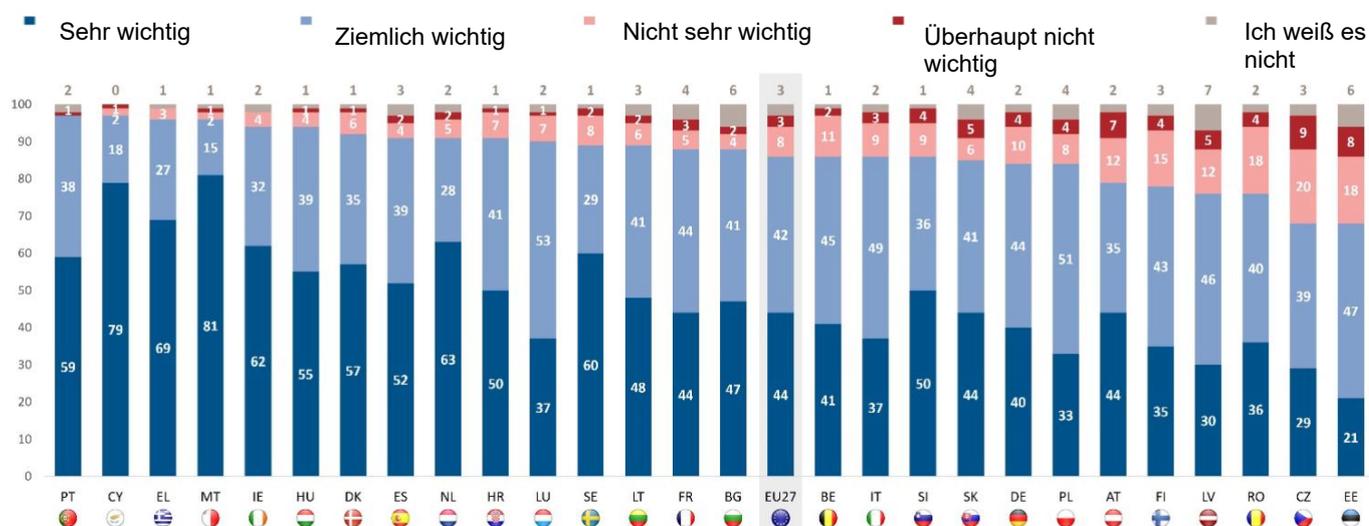
Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Mehr als zwei Drittel der Befragten in jedem Mitgliedstaat halten es für wichtig, dass ihre nationale Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ergreift, wobei der Anteil von 97 % in Zypern und Portugal und 96 % in Griechenland und Malta bis zu 68 % in Estland und Tschechien und 76 % in Lettland und Rumänien reicht.

In zwölf Ländern ist mindestens die Hälfte der Befragten der Ansicht, dass es „sehr wichtig“ ist, dass ihre nationale Regierung diese Maßnahmen ergreift, wobei die höchsten Werte in Malta (81 %), Zypern (79 %) und Griechenland (69 %) zu verzeichnen sind. Dagegen halten es 21 % in Estland, 29 % in Tschechien und 30 % in Lettland für sehr wichtig.

QC9.1 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)? (% Der (NATIONALITÄT) Regierung)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die nationalen Entwicklungen seit März bis April 2021⁴⁰ zeigen, dass in 18 Ländern die Wahrscheinlichkeit geringer ist, dass die nationale Regierung bis 2030 Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ergreift, wobei die größten Rückgänge in Estland (68 %, -19 Prozentpunkte), Tschechien (68 %, -14 Prozentpunkte) und Rumänien (76 %, -8 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind. Dagegen ist der Anteil, der dies für wichtig hält, in acht Ländern, darunter Finnland, gestiegen (78 %, +5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, -5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019). In Frankreich hat sich die Meinung nicht geändert (88 %).

QC9.1 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem die Menschen dazu ermutigt werden, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)?

Die (NATIONALITÄT) Regierung (%)

		EU-27	FI	MT	DK	EL	PE RS ON AL AB TEI LU NG	IT	CY	SE	FR	IE	ES	LT	LU	PL	BG	HU	PT	NL	BEI	DE	SK	LV	SI	SEI N	RO	CZ	EE
Insgesamt „wichtig“	Mai/Juni 2023	86	78	96	92	96	91	86	97	89	88	94	91	89	90	84	88	94	97	91	79	84	85	76	86	86	76	68	68
	Δ Mär/Apr 2021	▼2	5	3	A)2	A)1	A)1	A)1	A)1	A)1	=	▼1	▼1	▼1	▼1	▼1	▼2	▼2	▼2	▼3	▼4	▼5	▼5	▼6	▼6	▼7	▼8	▼14	▼19
Insgesamt „Nicht wichtig“	Mai/Juni 2023	11	19	3	7	3	8	12	3	10	8	4	6	8	8	12	6	5	1	7	19	14	11	17	13	13	22	29	26
	Δ Mär/Apr 2021	A)2	▼8	=	▼3	▼1	▼1	=	A)1	▼2	=	▼1	A)2	▼2	▼1	A)2	A)2	A)1	=	A)1	5	5	5	▼1	5	6	10	11	13
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	3	3	1	1	1	1	2	0	1	4	2	3	3	2	4	6	1	2	2	2	2	4	7	1	1	2	3	6
	Δ Mär/Apr 2021	=	3	▼3	A)1	=	=	▼1	▼2	A)1	=	A)2	▼1	3	A)2	▼1	=	A)1	A)2	A)2	▼1	=	=	7	A)1	A)1	▼2	3	6

⁴⁰ Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als acht von zehn Befragten in jeder Gruppe es für wichtig halten, bis 2030 Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz zu ergreifen. Aufgrund dieses hohen Konsensniveaus gibt es nur wenige bemerkenswerte Unterschiede:

- Die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren (91 %) glauben eher, dass es für die nationale Regierung wichtig ist, Maßnahmen zu ergreifen als ältere Befragten.
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, denken eher, dass dies wichtiger ist als diejenigen, die häufiger Schwierigkeiten haben (88 % gegenüber 83 %).
- Je höher sich ein Befragter auf der sozialen Leiter befindet, desto wahrscheinlicher ist es, dass er dies für wichtig hält.

Die Analyse zeigt, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste ist (95 %) oder eines der schwerwiegendsten (92 %) Probleme, denen die Welt gegenübersteht, eher der Meinung sind, dass Maßnahmen ergriffen werden sollten als diejenigen, die dies nicht tun (80 %). Je ernster die Befragten den Klimawandel sehen, desto wahrscheinlicher ist es, dass die nationalen Regierungen Maßnahmen ergreifen, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu erhöhen: 92 %, die es für ein sehr ernstes Problem halten, halten dies für wichtig, verglichen mit 52 %, die sagen, dass der Klimawandel kein ernstes Problem ist.

QC9_1 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)? Die (NATIONALITÄT) Regierung

(% – EU)

	Insgesamt „wichtig“	Insgesamt „Nicht wichtig“	Ich weiß nicht
EU-27	86	11	3
Geschlecht			
Mann	86	12	2
Frau	87	10	3
Alter			
15-24	91	7	2
25-39	87	11	2
40-54	86	12	2
55+	84	12	4
Bildung (Ende)			
—15	84	10	6
16-19	85	13	2
20+	88	10	2
Studieren noch	93	6	1
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	88	10	2
Führungskräfte	88	11	1
Andere weiße Kragen	87	11	2
Handwerkliche Mitarbeiter	84	13	3
Hauspersonen	86	11	3
Arbeitslose	87	9	4
Rentner	83	12	5
Studenten	93	6	1
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	83	13	4
Von Zeit zu Zeit	83	14	3
Fast nie/nie	88	10	2
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	85	10	5
Die untere Mittelschicht	85	12	3
Die Mittelschicht	87	11	2
Die obere Mittelschicht	90	9	1
Die Oberschicht	91	9	0
Klimawandel			
Größtes Problem	95	4	1
Eines der Probleme	92	6	2
Kein Problem	80	16	4
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	52	44	4
Ein ziemlich ernstes Problem	74	21	5
Ein sehr ernstes Problem	92	6	2
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	91	7	2
Nein	78	18	4

Spezielles Eurobarometer 538

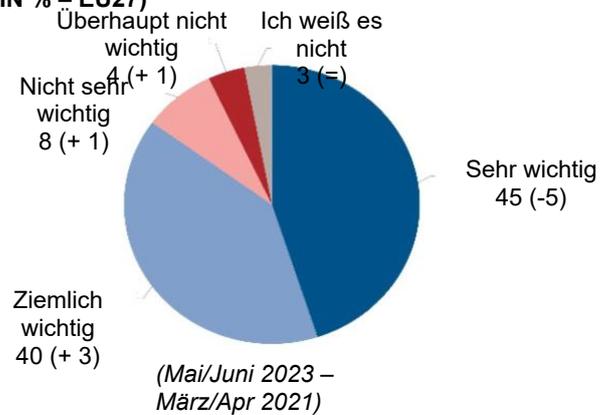
Klimawandel

Mehr als acht von zehn Befragten (85 %, -2 Prozentpunkte seit März-April 2021) halten es für wichtig, dass die Europäische Union bis 2030 Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ergreift, wobei 45 % (-5 Prozentpunkte) dies für „sehr wichtig“ halten. Etwas mehr als jeder zehnte (12 %, + 2 pp) ist der Meinung, dass die EU-Gesetze nicht wichtig sind, und 3 % (keine Änderung) sagen, dass sie es nicht wissen.

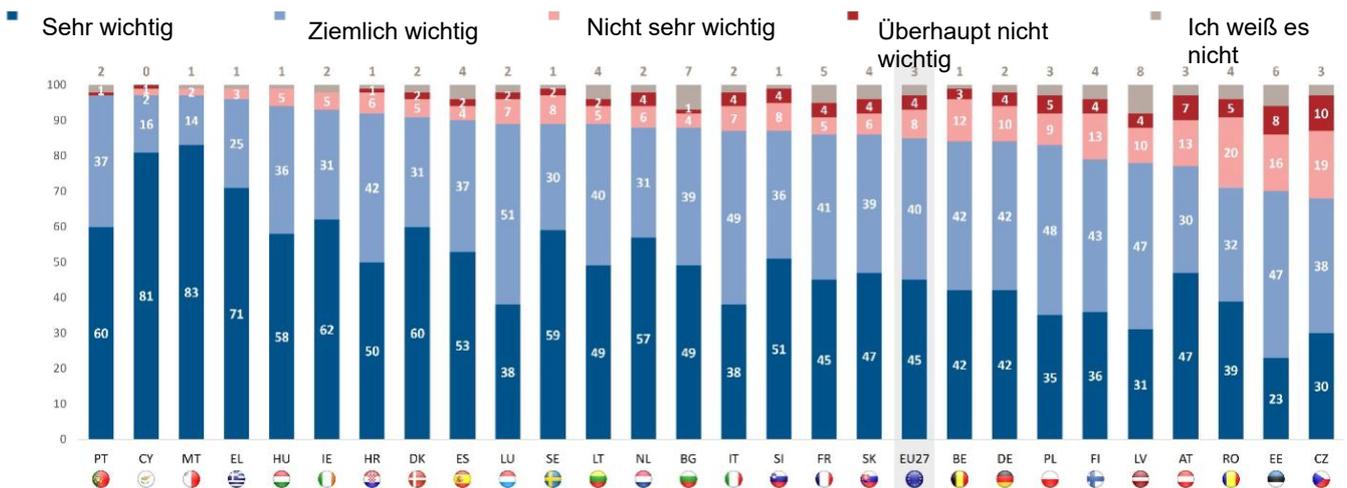
Die nationale Analyse zeigt, dass mehr als zwei Drittel der Befragten in jedem Mitgliedstaat der Ansicht sind, dass es für die EU wichtig ist, in diesem Bereich tätig zu werden. Diese Ansicht ist in Zypern, Malta und Portugal (jeweils 97 %) und in Griechenland (96 %) nahezu universell. Sie ist auch in Tschechien (68 %), Estland (70 %) und Rumänien (71 %) weit verbreitet.

In 12 Ländern hält es die Mehrheit für sehr wichtig, dass die EU Maßnahmen ergreift, was insbesondere in Malta (83 %) und Zypern (81 %) der Fall ist. Dagegen sind 23 % in Estland, 30 % in Tschechien und 31 % in Lettland der Meinung.

QC9.2 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)? Der Europäischen Union. (IN % – EU27)



QC9.2 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)? (% Der Europäischen Union)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die Entwicklungen seit März bis April 2021⁴¹ sind gemischt. In 15 Ländern ist es heute weniger wahrscheinlich, dass es für die EU wichtig ist, Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 zu ergreifen, wobei die größten Rückgänge in Estland (70 %, -17 Prozentpunkte), Tschechien (68 %, -12 Prozentpunkte) und Lettland (78 %, -10 Prozentpunkte) zu verzeichnen sind. Umgekehrt ist die Einigung in zehn Ländern gestiegen, darunter Dänemark (91 %, + 5 Prozentpunkte), Italien (87 %, + 5 Prozentpunkte) und Finnland (79 %, + 5 Prozentpunkte). In Ungarn (94 %) und Frankreich (86 %) gab es keine Meinungsänderung.

QC9.2 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)?

Europäische Union (%)

		EU-27	DK	IT	FI	MT	AL	SE	EL	CY	LU	NL	FR	HU	ES	PT	BG	BEI	DE	IE	PL	LT	SK	SI	SEI N	RO	LV	CZ	EE
Insgesamt „wichtig“	Mai/Juni 2023	85	91	87	79	97	92	89	96	97	89	88	86	94	90	97	88	77	84	93	83	89	86	87	84	71	78	68	70
	Δ Mär/Apr 2021	▼2	5	5	5	4	A)2	A)2	A)1	A)1	A)1	A)1	=	=	▼1	▼1	▼2	▼2	▼3	▼3	▼3	▼4	▼4	▼5	▼6	▼9	▼10	▼12	▼17
Insgesamt "Nicht wichtig"	Mai/Juni 2023	12	7	11	17	2	7	10	3	3	9	10	9	5	6	1	5	20	14	5	14	7	10	12	15	25	14	29	24
	Δ Mär/Apr 2021	A)2	▼6	▼4	▼9	▼1	▼2	▼3	▼1	A)2	▼3	▼2	A)1	=	A)2	▼1	A)1	3	4	A)1	5	=	4	5	5	10	A)2	9	11
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	3	2	2	4	1	1	1	1	0	2	2	5	1	4	2	7	3	2	2	3	4	4	1	1	4	8	3	6
	Δ Mär/Apr 2021	=	A)1	▼1	4	▼3	=	A)1	=	▼3	A)2	A)1	▼1	=	▼1	A)2	A)1	▼1	▼1	A)2	▼2	4	=	=	A)1	▼1	8	3	6

41 Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Dies war ein neuer Posten im Jahr 2021, daher gibt es keinen Vergleich 2019.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt erneut ein hohes Maß an Übereinstimmung mit mehr als acht von zehn Befragten in jeder Gruppe, die es für wichtig halten, dass die EU Maßnahmen ergreift, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern. Infolgedessen gibt es nur wenige bemerkenswerte Unterschiede:

- Die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren (91 %) glauben eher, dass diese Maßnahme im Vergleich zu älteren Befragten wichtig ist.
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, denken eher, dass dies wichtiger ist als diejenigen, die häufiger Schwierigkeiten haben (88 % gegenüber 82 %).
- Je höher sich ein Befragter auf der sozialen Leiter befindet, desto wahrscheinlicher ist es, dass er dies für wichtig hält.

Die Analyse zeigt, dass die Befragten, die glauben, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (94 %) oder eines der schwerwiegendsten (91 %) Probleme der Welt ist, eher der Meinung sind, dass es wichtig ist, dass die EU Maßnahmen ergreift, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern als diejenigen, die dies nicht tun (80 %). Es zeigt auch, je ernster die Befragten den Klimawandel sehen, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie es für wichtig halten, dass die EU Maßnahmen ergreift, um die Nutzung erneuerbarer Energien zu erhöhen: 92 %, die es für ein sehr ernstes Problem halten, halten EU-Maßnahmen für wichtig, verglichen mit 50 %, die sagen, dass der Klimawandel kein ernstes Problem ist.

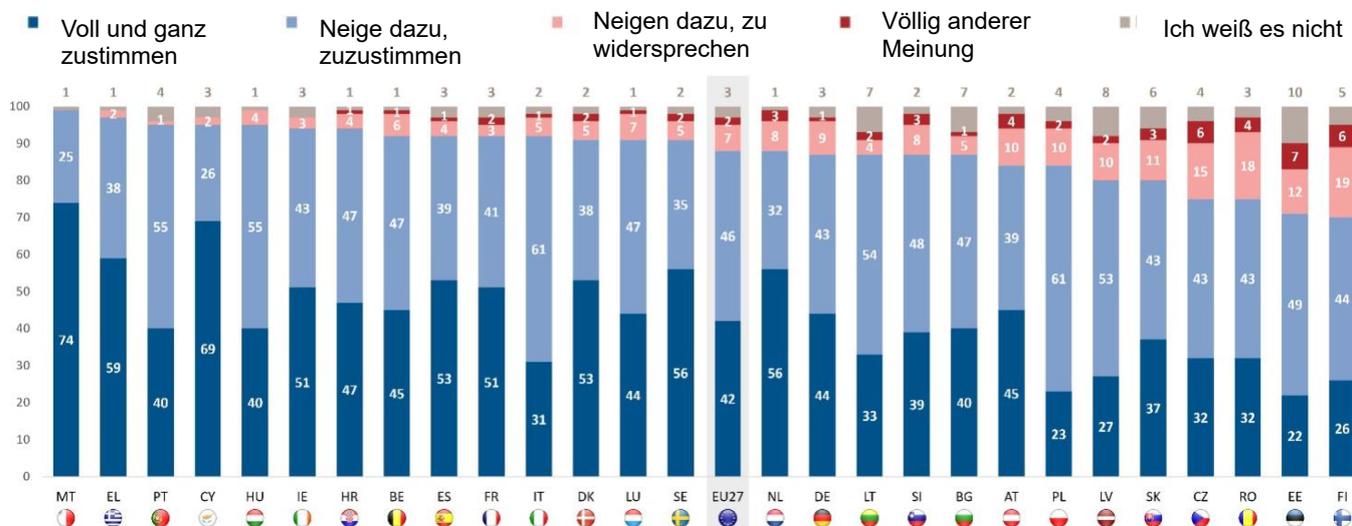
QC9_2

Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)?

Die Europäische Union (% – EU)

	Insgesamt „wichtig“	Insgesamt „Nicht wichtig“	Ich weiß nicht
EU-27	85	12	3
Geschlecht			
Mann	85	12	3
Frau	86	11	3
Alter			
15-24	91	7	2
25-39	86	12	2
40-54	85	13	2
55+	84	12	4
Bildung (Ende)			
—15	84	9	7
16-19	84	13	3
20+	87	11	2
Studieren noch	92	7	1
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	88	11	1
Führungskräfte	88	11	1
Anderere weiße Kragen	87	11	2
Handwerkliche Mitarbeiter	83	14	3
Hauspersonen	84	13	3
Arbeitslose	86	10	4
Rentner	84	11	5
Studenten	92	7	1
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	82	15	3
Von Zeit zu Zeit	82	15	3
Fast nie/nie	88	10	2
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	84	10	6
Die untere Mittelschicht	85	12	3
Die Mittelschicht	86	12	2
Die obere Mittelschicht	90	9	1
Die Oberschicht	91	9	0
Klimawandel			
Größtes Problem	94	5	1
Eines der Probleme	91	7	2
Kein Problem	80	16	4
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	50	45	5
Ein ziemlich ernstes Problem	73	21	6
Ein sehr ernstes Problem	92	6	2
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	90	8	2
Nein	77	18	5

QC10. In welchem Umfang stimmen Sie der folgenden Erklärung zu oder stimmen dieser Aussage zu: Wir sollten die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduzieren und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgleichen, beispielsweise durch die Erhöhung der Waldflächen, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.



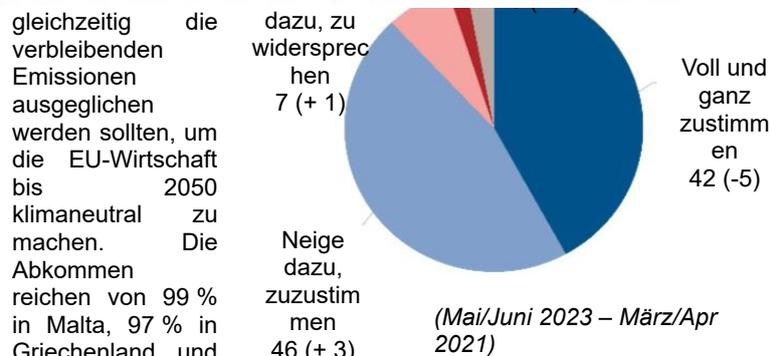
4. Ein klimaneutrales Europa bis 2050

Fast neun von zehn Europäern sind der Ansicht, dass die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduziert werden sollten und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgeglichen werden sollten, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.

Die Befragten wurden gefragt, inwieweit sie der folgenden Aussage zustimmten oder nicht einverstanden waren: „Wir sollten die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduzieren und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgleichen, beispielsweise durch die Erhöhung der Waldflächen, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.“⁴²

Fast neun von zehn (88 %, -2 Prozentpunkte seit März-April 2021) stimmen dieser Aussage zu, 42 % (-5 Prozentpunkte) sagen, dass sie „total zustimmen“. Fast jeder zehnte Befragte (9 %, + 1 pp) stimmt nicht zu, während 3 % (+ 1 pp) sagen, dass sie es nicht wissen.

Auf nationaler Ebene sind sich mindestens sieben von zehn Befragten in jedem Land darin einig, dass die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduziert und



Es gibt neun Länder, in denen mindestens die Hälfte aller Befragten dieser Aussage vollkommen zustimmen, wobei die höchsten Werte in Malta (74 %), Zypern (69 %) und Griechenland (59 %) zu verzeichnen sind. Am anderen Ende der Skala sind 22 % in Estland, 23 % in Polen und 26 % in Finnland völlig einverstanden.

⁴² QC10. In welchem Umfang stimmen Sie der folgenden Erklärung zu oder stimmen dieser Aussage zu: Wir sollten die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduzieren und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgleichen, beispielsweise durch die Erhöhung der Waldflächen, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Auf nationaler Ebene ist die Einigung darüber, dass „wir die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduzieren und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgleichen sollten, beispielsweise durch die Erhöhung der Waldflächen, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu gestalten“, in 19 Mitgliedstaaten zurückgegangen,⁴³ insbesondere in Estland (71 %, -18 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021, -14 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019), Tschechien (75 %, -12 Prozentpunkte), Polen (84 %, -8 Prozentpunkte) und der Slowakei (80 %, -8 Prozentpunkte). Dagegen ist das Niveau der Einigung in sechs Ländern, darunter Griechenland (97 %, + 5 Prozentpunkte), gestiegen und in Irland (94 %) und Frankreich (92 %) unverändert geblieben.

QC10 Inwieweit stimmen Sie der folgenden Erklärung zu oder stimmen zu: Wir sollten die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduzieren und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgleichen, beispielsweise durch die Erhöhung der Waldflächen, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.

(%)

		EU-27	EL	MT	IT	DK	CY	SE	IE	FR	SEI	AL	HU	BEI	BG	SI	ES	DE	PT	RO	LT	LU	NL	FI	LV	PL	SK	CZ	EE
Gesamt	Mai/Juni 2023	88	97	99	92	91	95	91	94	92	92	94	95	84	87	87	92	87	95	75	87	91	88	70	80	84	80	75	71
„Zustimmung“	Δ Mär/Apr 2021	▼2	5	4	3	A)1	A)1	A)1	=	=	▼1	▼1	▼1	▼1	▼2	▼2	▼3	▼4	▼4	▼4	▼5	▼5	▼5	▼5	▼7	▼8	▼8	▼12	▼18
Insgesamt	Mai/Juni 2023	9	2	6	7	2	7	3	5	7	5	4	14	6	11	5	10	1	22	6	8	11	25	12	12	14	21	19	
„nicht einverstanden“	Δ Mär/Apr 2021	A)1	▼3	▼3	▼4	▼2	▼1	▼3	▼3	▼1	=	A)1	A)1	A)1	A)1	A)1	A)2	3	=	5	▼2	4	4	=	▼1	6	5	8	8
Ich weiß nicht	Mai/Juni 2023	3	1	1	2	2	3	2	3	3	1	1	1	2	7	2	3	3	4	3	7	1	1	5	8	4	6	4	10
	Δ Mär/Apr 2021	A)1	▼2	▼1	A)1	A)1	=	A)2	3	A)1	A)1	=	=	=	A)1	A)1	A)1	A)1	4	▼1	7	A)1	A)1	5	8	A)2	3	4	10

43 Im Vergleich zu 2021 unterscheidet sich die Methodik zur Durchführung der Umfrage in BE, CZ, DK, EE, IE, LV, LT, LU, PT, FI, SE und teilweise in EL, MT, NL, SI, SK. Wo Unterschiede signifikant sind, wurde ein Vergleich mit den Ergebnissen von 2019 hinzugefügt.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die demografische Analyse zeigt, dass mehr als acht von zehn Befragten in jeder Gruppe die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduzieren und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgleichen sollten, beispielsweise durch die Erhöhung der Waldflächen, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.

Es gibt keine nennenswerten Unterschiede in den soziodemografischen Kerngruppen. Die Analyse zeigt jedoch, dass die Befragten, die der Meinung sind, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (96 %) oder eines der schwerwiegendsten (94 %) Probleme der Welt ist, eher der Meinung sind, dass dies wichtiger ist als diejenigen, die dies nicht tun (83 %). Es zeigt auch, dass je ernster die Befragten den Klimawandel sehen, desto wahrscheinlicher sind sie sich zuzustimmen: 94 %, die denken, dass es ein sehr ernstes Problem ist, sind sich einig, verglichen mit 76 %, die es für ein ziemlich ernstes Problem halten, und 59 %, die glauben, dass der Klimawandel kein ernstes Problem ist.

QC10 Inwieweit stimmen Sie der folgenden Erklärung zu oder stimmen zu: Wir sollten die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduzieren und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgleichen, beispielsweise durch die Erhöhung der Waldflächen, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen. (% – EU)

	Gesamt „Zustimmung“	Insgesamt „nicht einverstanden“	Ich weiß nicht
EU-27	88	9	3
Geschlecht			
Mann	88	10	2
Frau	89	8	3
Alter			
15-24	92	6	2
25-39	89	9	2
40-54	89	9	2
55+	86	9	5
Bildung (Ende)			
—15	88	6	6
16-19	87	11	2
20+	90	8	2
Studieren noch	94	4	2
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	88	10	2
Führungskräfte	91	8	1
Andere weiße Kragen	90	9	1
Handwerkliche Mitarbeiter	87	11	2
Hauspersonen	87	10	3
Arbeitslose	88	8	4
Rentner	86	8	6
Studenten	94	4	2
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	86	11	3
Von Zeit zu Zeit	85	12	3
Fast nie/nie	89	8	3
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	87	8	5
Die untere Mittelschicht	88	9	3
Die Mittelschicht	89	9	2
Die obere Mittelschicht	90	9	1
Die Oberschicht	87	11	2
Klimawandel			
Größtes Problem	96	3	1
Eines der Probleme	94	4	2
Kein Problem	83	13	4
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	59	36	5
Ein ziemlich ernstes Problem	76	19	5
Ein sehr ernstes Problem	94	4	2
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	93	5	2
Nein	80	15	5

V. DIE EU UND DIE ENERGIEKRISE



1. Reaktion der EU und der Mitgliedstaaten auf die Energiekrise in Bezug auf die grüne Energiepolitik

der Regel niedrigere Übereinstimmungsniveaus bei den Befragten.

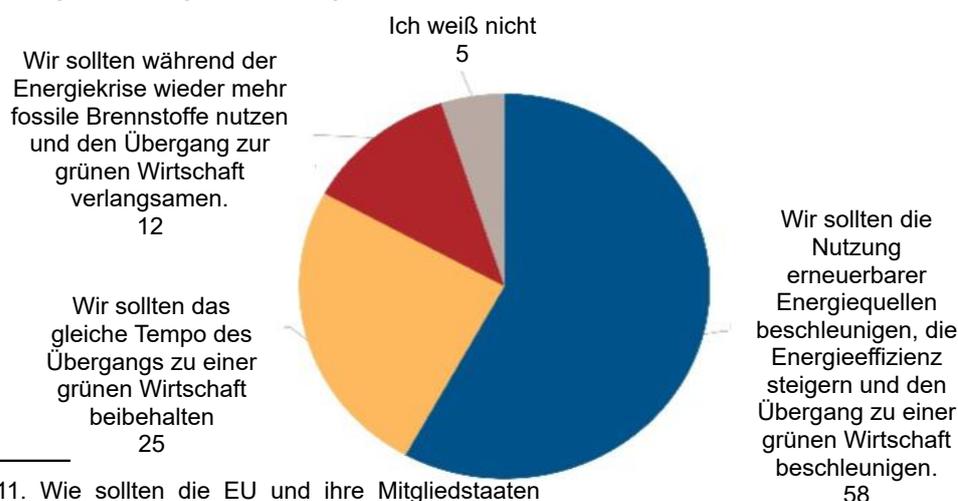
Die Mehrheit der Europäer ist der Ansicht, dass der Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigt werden sollte.

Die Befragten wurden gebeten, aufgrund der Maßnahmen Russlands Energiepreisspitzen und Beschränkungen der Gasversorgung zu berücksichtigen und zu sagen, wie sie der Ansicht waren, dass die EU und die Mitgliedstaaten in Bezug auf die grüne Energiepolitik reagieren sollten⁴⁴.

Fast sechs von zehn (58 %) sind der Ansicht, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigt, die Energieeffizienz gesteigert und der Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigt werden sollte. Ein Viertel (25 %) ist der Ansicht, dass das Tempo des Übergangs beibehalten werden sollte, während 12 % der Ansicht sind, dass während der Energiekrise und der Übergang zur grünen Wirtschaft mehr fossile Brennstoffe verbraucht werden sollten.

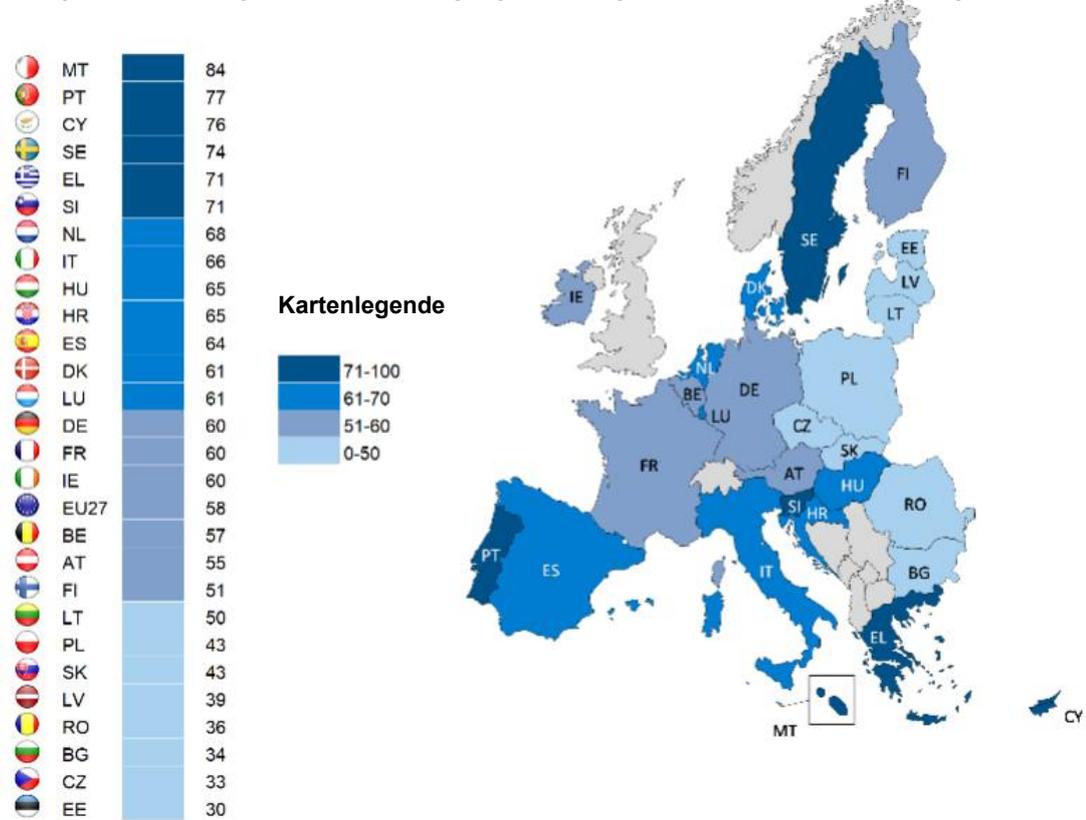
Auf nationaler Ebene gibt es erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Übereinstimmung, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigt, die Energieeffizienz erhöht und der Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigt werden sollte. Die Anteile reichen von 84 % in Malta, 77 % in Portugal und 76 % in Zypern bis 30 % in Estland, 33 % in Tschechien und 34 % in Bulgarien. In den östlichen Gebieten der EU finden sich in

QC11 Wie sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten angesichts der Energiepreisspitzen und der Beschränkungen der Gasversorgung aufgrund der Maßnahmen Russlands in Bezug auf die grüne Energiepolitik reagieren? (IN % – EU27)



⁴⁴ QC11. Wie sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten angesichts des Anstiegs der Energiepreise und der Beschränkungen der Gasversorgung aufgrund der Maßnahmen Russlands auf die grüne Energiepolitik reagieren?

QC11. Wie sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten angesichts des Anstiegs der Energiepreise und der Beschränkungen der Gasversorgung aufgrund der Maßnahmen Russlands auf die grüne Energiepolitik reagieren?
 (% – wir sollten die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen, die Energieeffizienz steigern und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigen)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

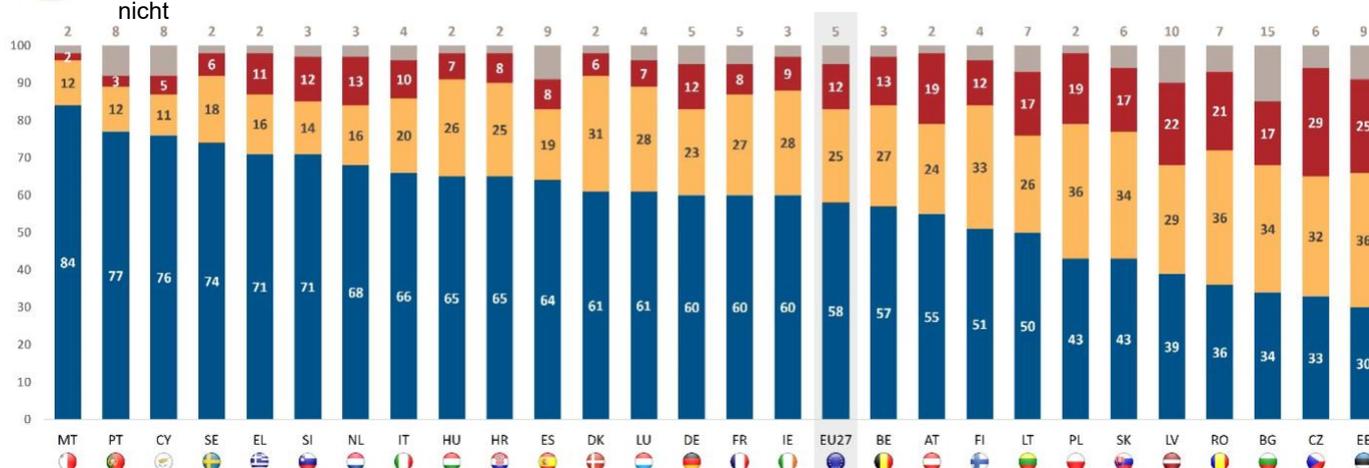
In 24 Mitgliedstaaten denken die Befragten am ehesten, dass der Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigt, die Nutzung erneuerbarer Energien erhöht und die Energieeffizienz gesteigert werden sollte, und in 20 Ländern denkt mindestens die Hälfte so. Diese Ansicht ist am häufigsten in Malta (84 %), Portugal (77 %) und Zypern (76 %) vertreten und am wenigsten häufig in Estland (30 %), Tschechien (33 %) und Bulgarien (34 %).

In Estland ist die häufigste Antwort, dass angesichts der Umstände das Tempo des grünen Wandels beibehalten werden sollte (36 %). Diese Einschätzung wird auch von mindestens drei von zehn Befragten in Rumänien und Polen (je 36 %), Bulgarien und der Slowakei (je 34 %), Finnland (33 %) und Tschechien (32 %) vertreten.

Die Stellungnahme ist geteilt in Rumänien (36 % schneller als 36 % halten Tempo) und Bulgarien (34 % schneller gegenüber 34 % halten Tempo). Es gibt vier Länder, in denen mindestens eines von fünf der Ansicht ist, dass angesichts der Umstände mehr fossile Brennstoffe verwendet werden sollten und der grüne Wandel verlangsamt wird: Tschechien (29 %), Estland (25 %), Lettland (22 %) und Rumänien (21 %).

QC11. Wie sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten angesichts des Anstiegs der Energiepreise und der Beschränkungen der Gasversorgung aufgrund der Maßnahmen Russlands auf die grüne Energiepolitik reagieren? (%)

- Wir sollten die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen, die Energieeffizienz steigern und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigen.
- Wir sollten das gleiche Tempo des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft beibehalten
- Wir sollten während der Energiekrise wieder mehr fossile Brennstoffe nutzen und den Übergang zur grünen Wirtschaft verlangsamen.
- Ich weiß nicht



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass eine Mehrheit in jeder Gruppe der Ansicht ist, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigt, die Energieeffizienz erhöht und der Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigt werden sollte. Es zeigt auch die folgenden Unterschiede:

- Die Befragten im Alter von 15 bis 54 Jahren sind eher der Meinung, dass der grüne Wandel beschleunigt werden sollte als diejenigen im Alter von 55 Jahren. So denken beispielsweise 64 % der 15- bis 24-Jährigen, im Vergleich zu 54 % der 55-Jährigen.
- Befragten, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben (64 %), denken eher so als diejenigen, die im Alter von 15 Jahren oder jünger abgeschlossen haben.
- Studierende (72 %) und Manager (67 %) denken am ehesten so, insbesondere im Vergleich zu Arbeitslosen (50 %).
- Die Befragten, die sich selbst als obere Mittelschicht (74 %) betrachten, denken am ehesten so, insbesondere im Vergleich zu denjenigen, die sich selbst als Teil der Arbeiterklasse betrachten (52 %).

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die der Meinung sind, dass der Klimawandel das schwerwiegendste ist (77 %) oder eines der schwerwiegendsten (70 %) Probleme der Welt sind, eher der Meinung sind, dass der grüne Wandel beschleunigt werden sollte als diejenigen, die denken, dass es kein ernstes Problem ist (47 %).

Darüber hinaus sind die Befragten, die den Klimawandel für ein sehr ernstes Problem halten (67 %), viel eher der Meinung, dass der grüne Wandel beschleunigt werden sollte als diejenigen, die den Klimawandel für weniger ernst halten. Schließlich sind die Befragten, die persönliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen haben, eher der Meinung, dass der grüne Wandel beschleunigt werden sollte als diejenigen, die keine Maßnahmen ergriffen haben (67 % gegenüber 43 %).

QC11 Wie sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten angesichts der Energiepreisspitzen und der Beschränkungen der Gasversorgung aufgrund der Maßnahmen Russlands in Bezug auf die grüne Energiepolitik reagieren? (% – EU)

	Wir sollten die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen, die Energieeffizienz steigern und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigen.	Wir sollten das gleiche Tempo des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft beibehalten	Wir sollten während der Energiekrise wieder mehr fossile Brennstoffe nutzen und den Übergang zur grünen Wirtschaft verlangsamen.
EU-27	58	25	12
Geschlecht			
Mann	58	26	12
Frau	59	24	11
Alter			
15-24	64	24	8
25-39	62	24	10
40-54	60	25	11
55+	54	25	14
Bildung (Ende)			
—15	51	23	15
16-19	55	27	13
20+	64	23	10
Studieren noch	72	19	6
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	61	24	11
Führungskräfte	67	23	8
Andere weiße Kragen	61	25	11
Handwerkliche Mitarbeiter	55	27	13
Hauspersonen	52	26	12
Arbeitslose	50	29	14
Rentner	54	24	15
Studenten	72	19	6
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	57	21	15
Von Zeit zu Zeit	54	27	13
Fast nie/nie	61	24	11
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	52	26	13
Die untere Mittelschicht	54	27	14
Die Mittelschicht	61	25	11
Die obere Mittelschicht	74	16	9
Die Oberschicht	62	24	10
Klimawandel			
Größtes Problem	77	16	5
Eines der Probleme	70	21	6
Kein Problem	47	29	17
Wahrnehmung des Klimawandels			
Kein ernstes Problem	22	28	41
Ein ziemlich ernstes Problem	34	39	19
Ein sehr ernstes Problem	67	22	7
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen			
Ja	67	21	8
Nein	43	32	18

2. Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten zur Entlastung des wirtschaftlichen Drucks

Die Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU und das Ergreifen wirtschaftlicher Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten für Haushalte sind die bevorzugten Maßnahmen der Europäer, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu verringern.

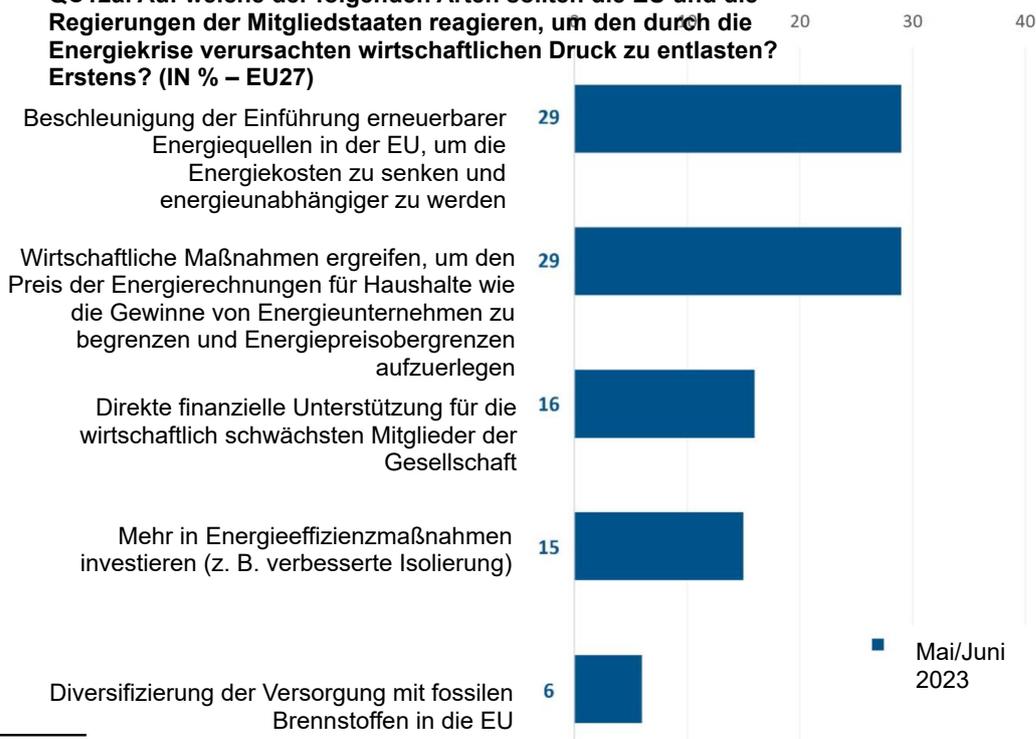
Die Befragten erhielten eine Liste von fünf Optionen und fragten, wie die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten darauf reagieren sollten, den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten⁴⁵. Die Ergebnisse unten stellen ihre erste Antwort dar.

Fast drei von zehn (29 %) sagen, dass die EU und die Mitgliedstaaten den Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigen sollten, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden, und der gleiche Anteil sagt, dass diese Einrichtungen wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen sollten, um den Preis für Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen, wie die Besteuerung der Gewinne von

Energieunternehmen und die Einführung von Energiepreisobergrenzen.

Mehr als jeder Zehnte spricht sich dafür aus, den wirtschaftlich schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft direkte finanzielle Unterstützung zu gewähren (16 %) oder mehr in Energieeffizienzmaßnahmen zu investieren (z. B. verbesserte Isolierung) (15 %). Knapp eins von zwanzig (6 %) ist der Ansicht, dass die EU und die Mitgliedstaaten die Versorgung mit fossilen Brennstoffen in die EU diversifizieren sollten.

QC12a. Auf welche der folgenden Arten sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens? (IN % – EU27)



⁴⁵ QC12a. Auf welche der folgenden Arten sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens?

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Wirtschaftliche Maßnahmen zur Begrenzung des Preises der Energierechnungen für Haushalte wie die Besteuerung der Gewinne von Energieunternehmen und die Einführung von Energiepreisobergrenzen sind die am häufigsten erwähnte Maßnahme in 13 Ländern und rangieren in jedem Mitgliedstaat unter den ersten drei. Sie wird am häufigsten in Österreich (39 %), Tschechien (37 %) und den Niederlanden (35 %) und in Ungarn (20 %), Zypern (21 %) und Schweden (22 %) am wenigsten erwähnt.

In Frankreich, die wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um den Preis der Energiekosten für Haushalte zu begrenzen, steht an erster Stelle mit der Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden (jeweils 27 %).

In 12 Mitgliedstaaten sagen die Befragten am häufigsten, dass die Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigt werden sollte, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden, was insbesondere in Schweden (51 %), Portugal (42 %) und Finnland (37 %) der Fall ist. Dagegen ist es am wenigsten wahrscheinlich, dass sie in Bulgarien (15 %), Rumänien und Lettland (19 % je 19 %) erwähnt wird. Diese Aktion rangiert in 25 Ländern unter den ersten drei.

Die direkte finanzielle Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft ist die am häufigsten erwähnte Maßnahme in Malta (26 %) und rangiert in insgesamt 23 Ländern unter den ersten drei. Es wird auch von den Befragten in Bulgarien (25 %), Irland, Zypern und Griechenland (jeweils 24 %), aber am wenigsten von den Befragten in Portugal, Italien und Tschechien (alle 12 %) erwähnt.

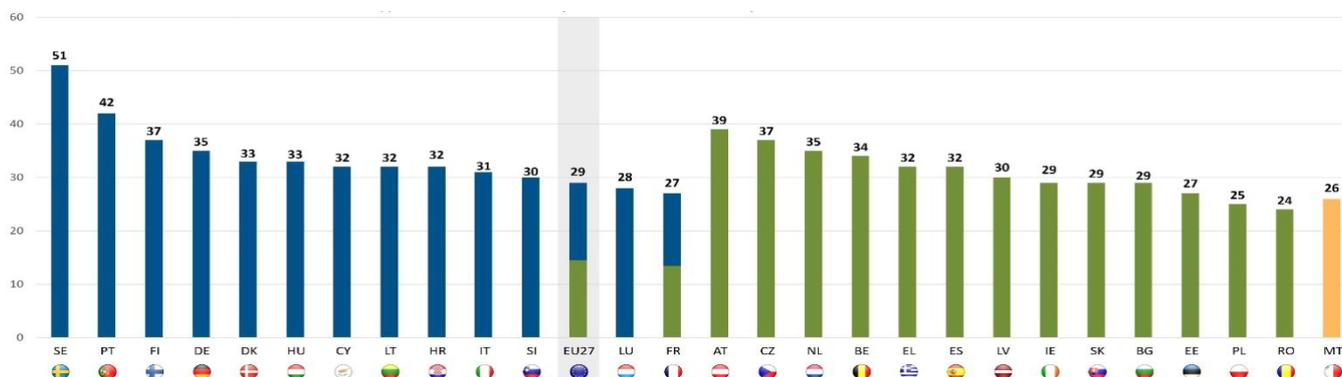
Mehr in Energieeffizienzmaßnahmen zu investieren, ist die einzige andere Maßnahme, die in jedem Land unter den Top 3 liegt. Mehr Investitionen werden am häufigsten in Rumänien (22 %), Ungarn und Frankreich (beide 21 %) und Malta (20 %) und in Finnland (8 %) am wenigsten erwähnt.

Es gibt vier Länder, in denen mindestens eines von zehn die Diversifizierung der Versorgung mit fossilen

Brennstoffen in die EU erwähnt: Polen (12 %), Rumänien (11 %), Estland und Tschechien (10 %).

QC12a. Auf welche der folgenden Arten sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens? (% – die am häufigsten genannte Antwort nach Ländern)

- Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden
- Wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte wie die Gewinne von Energieunternehmen zu begrenzen und Energiepreisobergrenzen aufzuerlegen
- Direkte finanzielle Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC12a. Auf welche der folgenden Arten sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens? (%)

	EU-27	SE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	AL	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BE	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden	29	28	15	20	33	35	22	26	26	25	27	32	31	32	19	32	28	33	25	31	30	23	42	19	30	23	37	51
Wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen, wie die Gewinne von Energieunternehmen zu besteuern und Energiepreisobergrenzen zu verhängen	29	34	29	37	24	28	27	29	32	32	27	26	30	21	30	27	26	20	23	35	39	25	26	24	24	29	34	22
Direkte finanzielle Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft	16	17	25	12	18	15	16	24	24	18	15	18	12	24	23	20	23	20	26	14	13	22	12	21	23	18	16	13
Mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investieren (z. B. verbesserte Isolierung)	15	14	19	16	14	10	17	13	12	14	21	18	16	12	14	14	13	21	20	14	9	14	9	22	15	19	8	9
Diversifizierung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen in die EU	6	5	5	10	6	6	10	7	4	5	4	5	8	5	7	2	7	5	6	3	6	12	3	11	5	7	2	2
Sonstiges (Spontan)	1	0	0	0	1	2	1	0	0	1	1	0	1	0	2	0	0	0	0	1	2	0	0	1	1	1	0	1
Ich weiß nicht	4	2	7	5	4	4	7	1	2	5	5	1	2	6	5	5	3	1	0	2	1	4	8	2	2	3	3	2

Die soziodemografische Analyse veranschaulicht folgende bemerkenswerte Unterschiede:

- Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren (24 %) sind weniger wahrscheinlich als ältere Befragte, insbesondere diejenigen im Alter von 40-54 Jahren (31 %), die der Ansicht sind, dass die EU und die nationalen Regierungen wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen sollten, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen.
- Die Befragten, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, gehen am ehesten davon aus, dass die EU und die nationalen Regierungen die Einführung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen sollten (35 %), aber sie glauben am wenigsten, dass die Regierungen wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen sollten, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen (26 %).
- Die Manager (38 %) sind der Meinung, dass die EU und die nationalen Regierungen die Einführung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen sollten, insbesondere im Vergleich zu Hausangestellten (25 %).
- Je weniger Schwierigkeiten die Befragten bei der Zahlung von Rechnungen haben, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie von der Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen sprechen, und desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft direkt finanziell unterstützen. 31 %, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sagen, dass die Einführung erneuerbarer Energiequellen beschleunigt werden sollte, verglichen mit 24 %, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben.
- Je höher sich ein Befragter auf die soziale Leiter stellt, desto wahrscheinlicher ist es, dass die EU und die nationalen Regierungen die Einführung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen sollten, aber desto weniger wahrscheinlich sind sie der Meinung, dass die Regierungen wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen sollten, um den Preis für Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen.

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel das schwerwiegendste (37 %) oder eines der schwerwiegendsten (35 %) Probleme der Welt ist, die Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen eher erwähnen als diejenigen, die nicht glauben, dass es sich um ein Problem handelt (24 %). Je schwerwiegender das Problem des Klimawandels ist, desto wahrscheinlicher ist es, dass die EU und die nationalen Regierungen die Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigen sollten.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC12a Auf welche der folgenden Wege sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens? (% – EU)

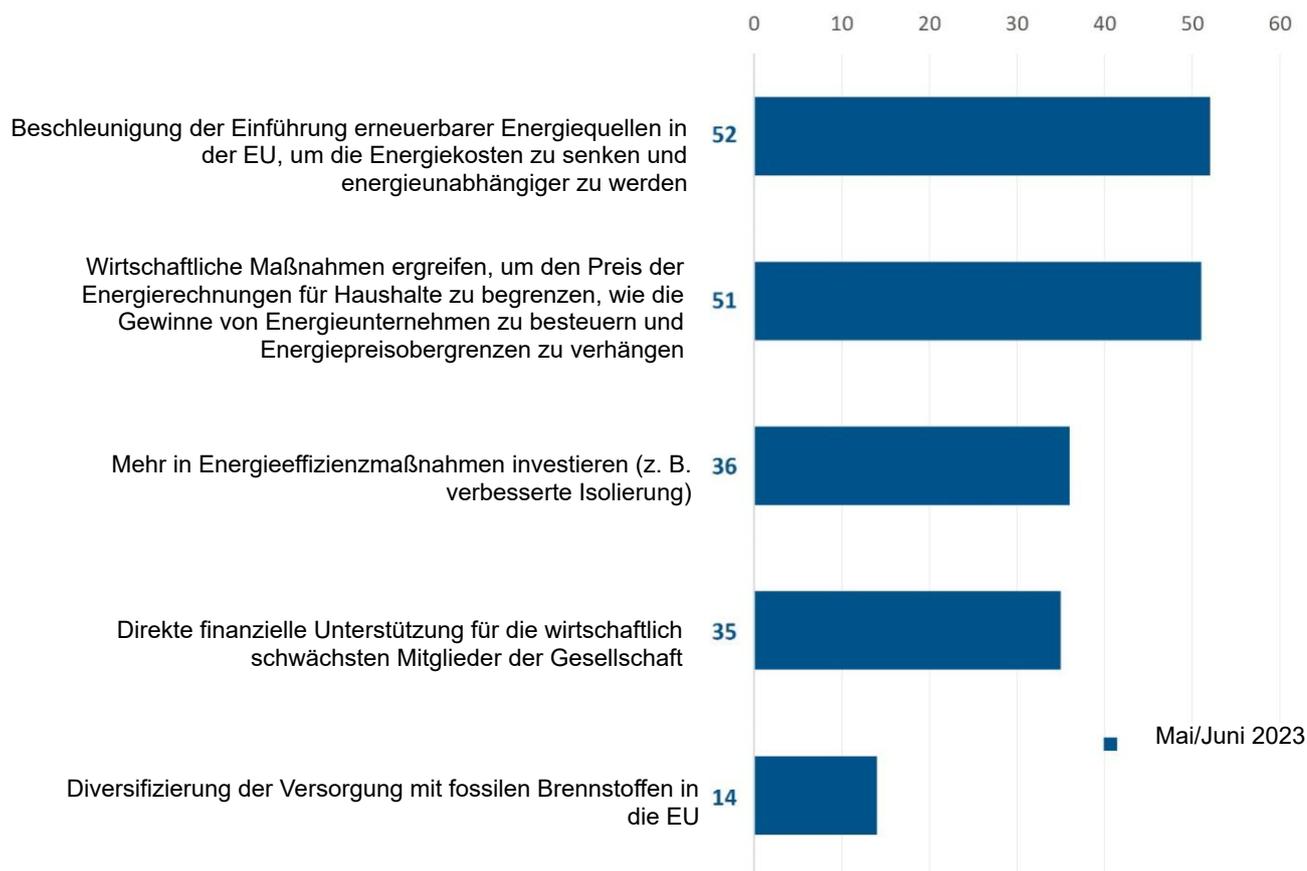
	Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden	Diversifizierung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen in die EU	Mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investieren (z. B. verbesserte Isolierung)	Wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen, wie die Gewinne von Energieunternehmen zu besteuern und Energiepreisobergrenzen zu verhängen	Direkte finanzielle Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft	Sonstiges (Spontan)	Ich weiß nicht
EU-27	29	6	15	29	16	1	4
Geschlecht							
Mann	29	7	15	29	16	1	3
Frau	29	6	15	28	17	1	4
Alter							
15-24	31	6	17	24	19	0	3
25-39	33	6	14	28	16	1	2
40-54	30	7	14	31	16	0	2
55+	26	6	15	29	17	1	6
Bildung (Ende)							
—15	23	8	13	31	15	1	9
16-19	26	6	15	31	17	1	4
20+	35	6	16	26	15	0	2
Studieren noch	35	5	16	24	17	0	3
Sozio-professionelle Kategorie							
Selbstständige	31	8	14	30	14	1	2
Führungskräfte	38	6	14	27	14	0	1
Andere weiße Kragen	31	7	16	27	16	1	2
Handwerkliche Mitarbeiter	26	6	14	32	18	1	3
Hauspersonen	25	6	16	29	16	1	7
Arbeitslose	27	5	16	27	19	1	5
Rentner	26	5	15	29	17	1	7
Studenten	35	5	16	24	17	0	3
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen							
Die meiste Zeit	24	5	14	30	22	0	5
Von Zeit zu Zeit	26	7	15	30	17	1	4
Fast nie/nie	31	6	15	28	16	1	3
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu							
Die Arbeiterklasse	24	6	14	30	19	1	6
Die untere Mittelschicht	26	7	15	29	18	1	4
Die Mittelschicht	30	6	16	29	15	1	3
Die obere Mittelschicht	42	5	14	24	14	0	1
Die Oberschicht	41	5	17	20	15	1	1
Klimawandel							
Größtes Problem	37	4	15	26	16	0	2
Eines der Probleme	35	5	14	29	15	0	2
Kein Problem	24	8	15	29	18	1	5
Wahrnehmung des Klimawandels							
Kein ernstes Problem	13	13	12	33	19	4	6
Ein ziemlich ernstes Problem	20	9	16	29	19	1	6
Ein sehr ernstes Problem	33	5	15	28	16	0	3
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen							
Ja	33	5	15	29	15	1	2
Nein	23	8	15	28	19	1	6

In einer Folgefrage erhielten die Befragten die Möglichkeit, zusätzliche Antworten zu geben. Die nachstehenden Ergebnisse beschreiben die Gesamtantwort auf diese Frage (erste und nachfolgende Antworten).

Etwas mehr als die Hälfte aller Befragten ist der Ansicht, dass die EU und die Mitgliedstaaten den Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigen sollten, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden (52 %) oder wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Preis für Energierechnungen für Haushalte wie die Besteuerung der Gewinne von Energieunternehmen und die Einführung von Energiepreisobergrenzen (51 %) zu begrenzen.

Mehr als ein Drittel spricht sich dafür aus, mehr in Energieeffizienzmaßnahmen (36 %) zu investieren oder den wirtschaftlich schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft direkte finanzielle Unterstützung zu gewähren (35 %). Mehr als jeder Zehnte (14 %) ist der Ansicht, dass die EU und die Mitgliedstaaten das Angebot an Einfuhren fossiler Brennstoffe in die EU diversifizieren sollten.

QC12T. Auf welche der folgenden Arten sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens? Und dann? (IN % – EU27)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Betrachtet man die nationalen Ergebnisse für alle Maßnahmen, die von den Befragten ergriffen werden sollten, zeigt sich, dass die Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden, und wirtschaftliche Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten für Haushalte die einzigen Optionen sind, die in jedem Land an erster Stelle stehen.

In 13 Ländern, die die Einführung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen, ist die am häufigsten erwähnte Maßnahme die drei wichtigsten Maßnahmen in 25 Ländern. Sie wird am häufigsten von Schweden (74 %), Dänemark und Portugal (beide 62 %) und am wenigsten von den in Bulgarien (33 %), Estland (36 %) und Lettland (38 %) erwähnt.

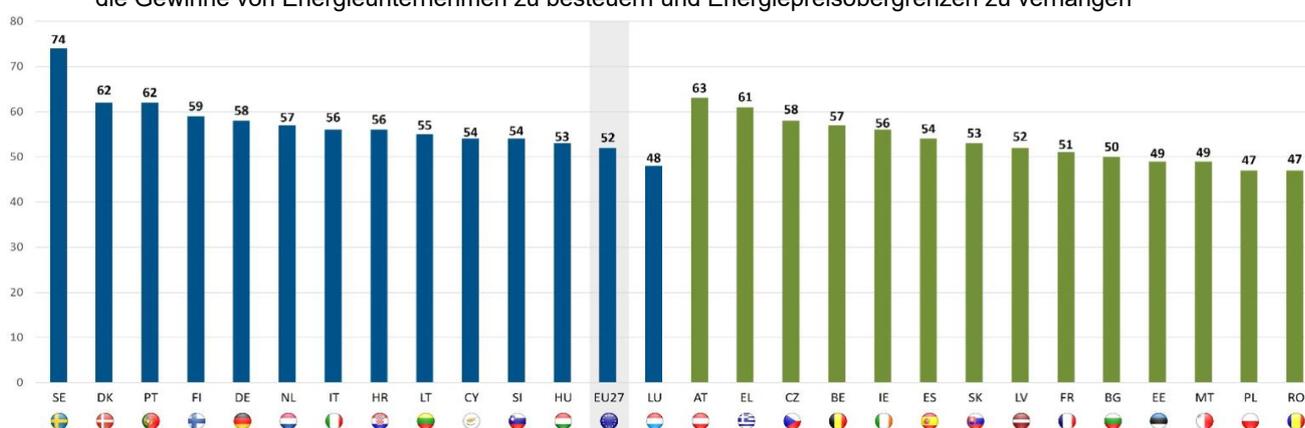
Das Ergreifen wirtschaftlicher Maßnahmen zur Begrenzung der Energiekosten für Haushalte ist die am häufigsten genannte Maßnahme in 14 Mitgliedstaaten und liegt in 26 Ländern insgesamt unter den ersten drei. Sie wird am häufigsten von den Befragten in Österreich (63 %), Griechenland (61 %) und Tschechien (58 %) und am wenigsten von den Befragten in Ungarn (39 %), Schweden (42 %) und Slowenien und Zypern (beide 43 %) erwähnt.

dritthäufigste Maßnahme in 20 Mitgliedstaaten. Griechenland (53 %) ist das einzige Land, in dem mindestens die Hälfte diese Maßnahme erwähnt, gefolgt von 49 % der Befragten in Bulgarien und 48 % in Lettland. Diese Maßnahme wird in Italien (28 %), Schweden (30 %) und Frankreich und Tschechien (je 31 %) am wenigsten erwähnt.

Die Diversifizierung des Angebots an fossilen Brennstoffen in die EU wird von den Befragten in Polen, Rumänien (beide 23 %) und Tschechien (19 %) am meisten erwähnt und am wenigsten von den Befragten in Litauen (6 %), Griechenland (8 %) und Frankreich und Finnland (beide 9 %). Diese Maßnahme ist in keinem Mitgliedstaat in den Top 3 aufgeführt.

QC12T Auf welche der folgenden Wege sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens? Und dann? (% – die am häufigsten genannte Antwort nach Ländern)

- Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden
- Wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen, wie die Gewinne von Energieunternehmen zu besteuern und Energiepreisobergrenzen zu verhängen



Ungarn (52 %) ist das einzige Land, in dem mindestens die Hälfte der Meinung ist, dass die EU und die nationalen Regierungen mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investieren sollten, gefolgt von 44 % der Befragten in Frankreich und 42 % in Malta. Am anderen Ende der Skala erwähnen 22 % in Österreich und 27 % in Portugal und Griechenland diese Option. Mehr Investitionen in Energieeffizienz liegen in 13 Ländern an zweiter oder dritter Stelle.

Die direkte finanzielle Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft ist die zweit- oder

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC12T Auf welche der folgenden Wege sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens? Und dann? (%)

	EU-27	SE	BG	CZ	DK	DE	EE	IE	EL	ES	FR	PE RS ON AL AB TEI LU NG	IT	CY	LV	LT	LU	HU	MT	NL	BE I	PL	PT	RO	SI	SK	FI	SE
Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden	52	51	33	44	62	58	36	48	49	45	50	56	56	54	38	55	48	53	48	57	55	44	62	40	54	43	59	74
Wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen, wie die Gewinne von Energieunternehmen zu besteuern und Energiepreisobergrenzen zu verhängen	51	57	50	58	45	48	49	56	61	54	51	52	55	43	52	45	46	39	49	53	63	47	45	47	43	53	56	42
Mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investieren (z. B. verbesserte Isolierung)	36	36	40	35	37	32	38	34	27	33	44	40	36	31	31	39	36	52	42	40	22	33	27	41	39	41	31	38
Direkte finanzielle Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft	35	37	49	31	32	33	37	45	53	39	31	40	28	47	48	42	46	43	46	35	36	42	33	41	44	38	32	30
Diversifizierung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen in die EU	14	13	12	19	13	14	18	13	8	14	9	10	17	10	15	6	17	10	13	9	16	23	15	23	12	15	9	10
Sonstiges (Spontan)	1	0	0	0	2	3	3	0	0	1	1	1	1	0	2	1	1	0	0	1	4	0	1	1	1	2	0	1
Ich weiß nicht	4	2	7	5	4	4	7	2	1	5	5	1	3	6	5	5	3	1	0	2	1	4	8	3	2	3	3	2

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse für alle Antworten veranschaulicht Folgendes:

- Personen ab 55 Jahren sind weniger wahrscheinlich als jüngere Befragten der Ansicht, dass die EU und die nationalen Regierungen den Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigen sollten, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden, was insbesondere im Vergleich zu den 25-39-Jährigen (47 % gegenüber 58 %) der Fall ist.
- Je länger die Befragten in der Bildung bleiben, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie der Ansicht sind, dass die EU und die nationalen Regierungen den Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigen sollten oder dass mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investiert werden sollten. 58 %, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, sind der Ansicht, dass die Einführung erneuerbarer Energien beschleunigt werden sollte, verglichen mit 42 % der Personen im Alter von 15 Jahren oder jünger.
- Die Manager (62 %) sind die wahrscheinlichste Gruppe, die der Ansicht ist, dass die EU und die nationalen Regierungen den Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigen sollten, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden, insbesondere im Vergleich zu Hausangestellten (43 %).
- Je weniger Schwierigkeiten die Befragten bei der Zahlung von Rechnungen haben, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie die Einführung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen oder mehr in Energieeffizienz investieren, und desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie von der direkten finanziellen Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft sprechen. Zum Beispiel erwähnen 38 %, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, mehr in Energieeffizienz zu investieren, verglichen mit 31 %, die die meiste Zeit Schwierigkeiten haben.
- Je höher sich ein Befragter auf der sozialen Leiter befindet, desto wahrscheinlicher ist es, dass die EU und die nationalen Regierungen die Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigen oder mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investieren sollten, aber desto weniger wahrscheinlich sind sie der Meinung, dass die Regierungen wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen sollten, um den Preis für Energierechnungen für Haushalte zu begrenzen oder den wirtschaftlich schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft direkte finanzielle Unterstützung zu gewähren.

schwerwiegendste (62 %) oder eines der schwerwiegendsten (59 %) Probleme der Welt ist, die Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU erwähnen, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden als diejenigen, die es nicht für ein Problem halten (45 %). Je schwerwiegender das Problem ist, das die Befragten für den Klimawandel halten, desto wahrscheinlicher ist es, dass die EU und die nationalen Regierungen die Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU beschleunigen oder mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investieren sollten.

Die Analyse zeigt auch, dass die Befragten, die der Ansicht sind, dass der Klimawandel das

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

QC12T Auf welche der folgenden Wege sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens? Und dann? (% – EU)

	Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden	Diversifizierung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen in die EU	Mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investieren (z. B. verbesserte Isolierung)	Wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte wie die Gewinne von Energieunternehmen zu begrenzen und Energiepreisobergrenzen aufzuerlegen	Direkte finanzielle Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft
EU-27	52	14	36	51	35
Geschlecht					
Mann	52	15	37	50	35
Frau	52	14	35	52	36
Alter					
15-24	56	14	37	49	37
25-39	58	15	36	50	34
40-54	53	16	36	52	35
55+	47	13	35	51	36
Bildung (Ende)					
—15	42	14	32	53	36
16-19	49	15	35	53	37
20+	58	14	40	49	32
Studieren noch	60	13	35	51	35
Sozio-professionelle Kategorie					
Selbstständige	57	16	36	52	31
Führungskräfte	62	15	38	49	30
Andere weiße Kragen	53	17	40	50	34
Handwerkliche Mitarbeiter	50	15	34	52	38
Hauspersonen	43	17	35	53	34
Arbeitslose	47	13	36	49	40
Rentner	46	12	35	51	37
Studenten	60	13	35	51	35
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen					
Die meiste Zeit	46	13	31	52	42
Von Zeit zu Zeit	48	17	33	53	37
Fast nie/nie	54	14	38	50	34
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu					
Die Arbeiterklasse	44	13	33	52	40
Die untere Mittelschicht	49	16	35	51	38
Die Mittelschicht	55	15	37	51	34
Die obere Mittelschicht	64	13	41	47	31
Die Oberschicht	63	14	48	40	29
Klimawandel					
Größtes Problem	62	11	39	49	32
Eines der Probleme	59	12	38	52	34
Kein Problem	45	17	34	51	37
Wahrnehmung des Klimawandels					
Kein ernstes Problem	28	26	30	51	37
Ein ziemlich ernstes Problem	40	19	34	51	38
Ein sehr ernstes Problem	57	12	37	51	35
Hat Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergriffen					
Ja	57	13	37	52	34
Nein	44	17	34	50	38

VI. EUROPÄER UND IHRE NATÜRLICHE UMWELT



1. Exposition der Europäer gegenüber Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen

Fast vier von zehn Europäern fühlen sich persönlich mit Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen konfrontiert

Die Befragten wurden gefragt: „wie persönlich sind sie umwelt- und klimabedingten Risiken und Bedrohungen ausgesetzt (z. B. Brände, Überschwemmungen, Verschmutzung, extreme Wetterbedingungen usw.)?“⁴⁶ Fast vier von zehn (37 %) sagen, dass sie exponiert sind, wobei 7 % sagen, dass sie „sehr exponiert“ sind. Auf der anderen Seite gibt die Mehrheit (62 %) an, dass sie diesen Risiken und Bedrohungen nicht ausgesetzt sind, und etwas mehr als jeder Fünfte (21 %) sagt, dass sie „nicht exponiert“ sind.

Die nationale Analyse zeigt erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaaten. In sieben Ländern gibt eine Mehrheit der Befragten an, Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen ausgesetzt zu sein: Portugal (64 %), Malta (63 %), Ungarn (62 %), Griechenland (59 %), Zypern (57 %), Polen (56 %) und Kroatien (52 %). Dagegen fühlen sich 9 % in Finnland, 12 % in Dänemark und 18 % in Deutschland und Estland persönlich ausgesetzt.

QC14. Wie sind Sie persönlich umwelt- und klimabedingten Risiken und Bedrohungen ausgesetzt (z. B. Brände, Überschwemmungen, Verschmutzung, extreme Wetterbedingungen usw.)? (IN % – EU27)

Spezielles Eurobarometer 538

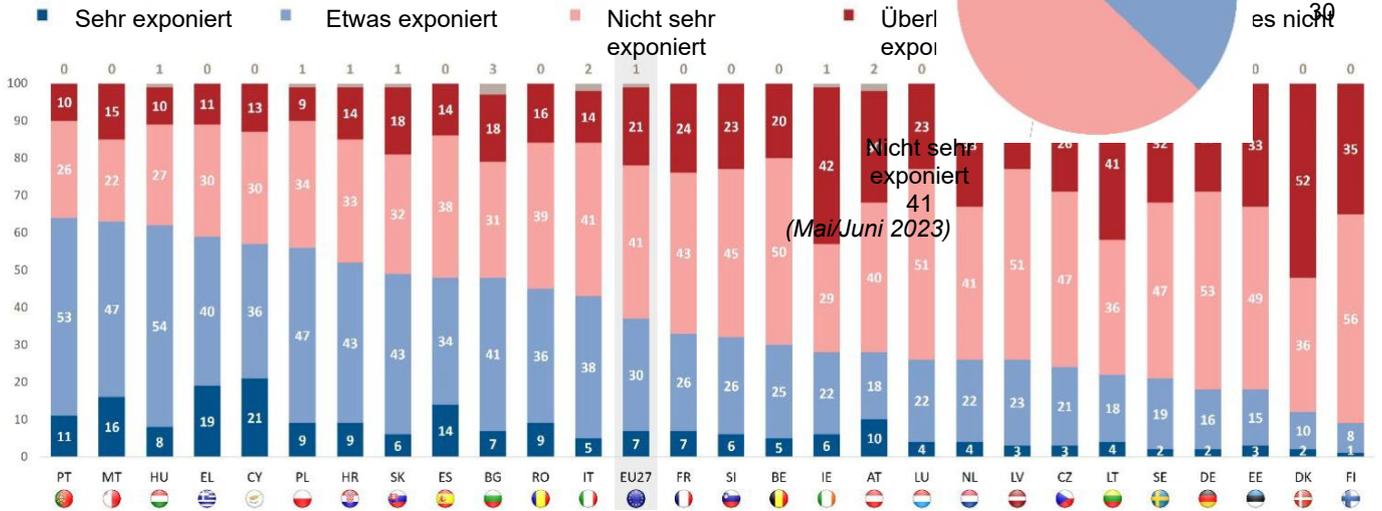
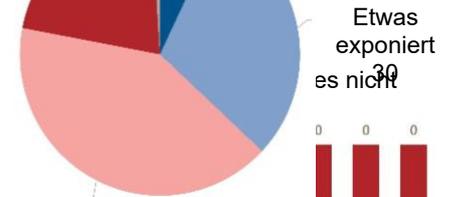
Klimawandel

Ich weiß es nicht

Sehr exponiert
7

Überhaupt nicht exponiert

QC14. Wie sind Sie persönlich umwelt- und klimabedingten Risiken und Bedrohungen ausgesetzt (z. B. Brände, Überschwemmungen, Verschmutzung, extreme Wetterbedingungen usw.)? (IN % – EU27)

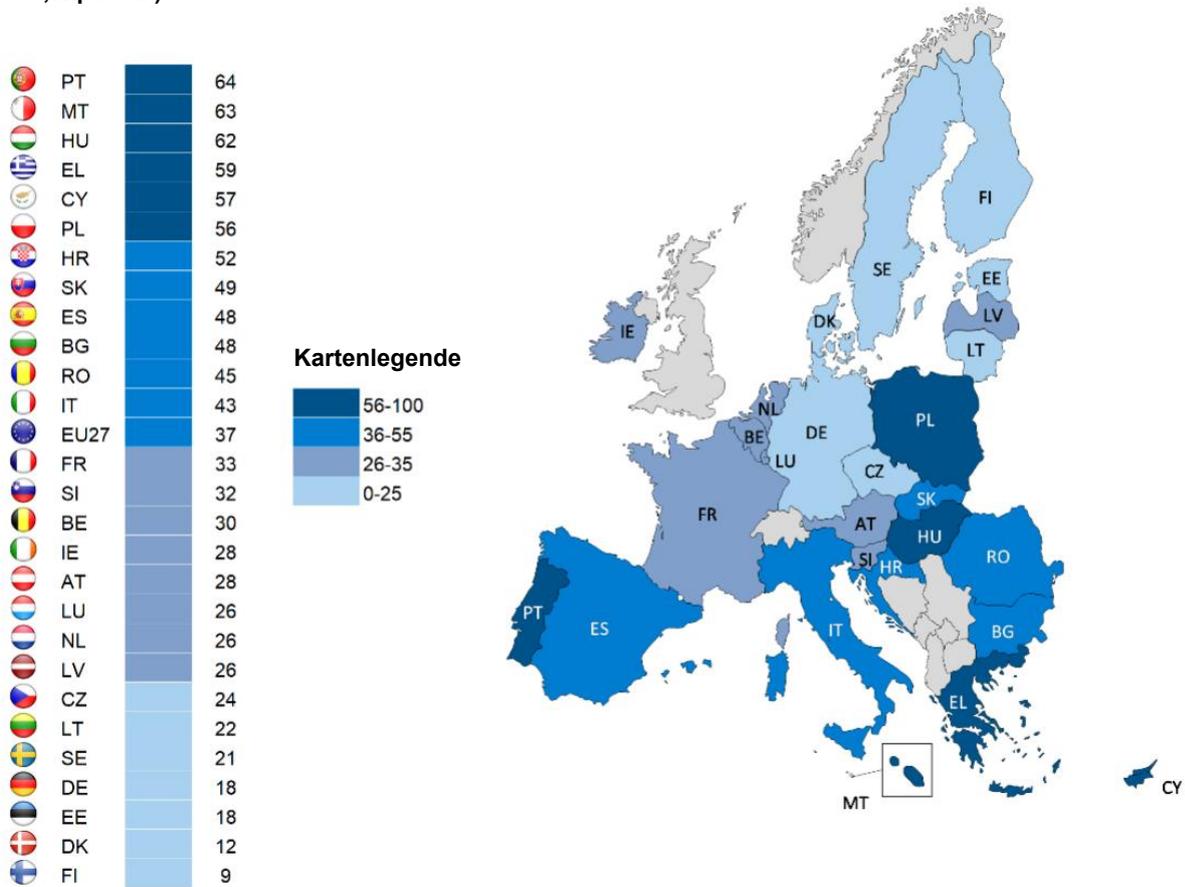


Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die Karte zeigt, dass die Befragten in südlichen und östlichen Gebieten der EU eher diesen Risiken und Bedrohungen ausgesetzt sind als diejenigen, die in nördlichen und einigen zentralen Gebieten leben.

QC14. Wie sind Sie persönlich umwelt- und klimabedingten Risiken und Bedrohungen ausgesetzt (z. B. Brände, Überschwemmungen, Verschmutzung, extreme Wetterbedingungen usw.)? (% – insgesamt ,exposed')



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse veranschaulicht Folgendes:

- Befragten im Alter von 55+ (33 %) sagen weniger wahrscheinlich als jüngere Befragten, dass sie sich Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen ausgesetzt fühlen.
- Andere Angestellte (43 %), Hausangestellte (42 %) und Selbständige sagen am ehesten, dass sie sich ausgesetzt fühlen, insbesondere im Vergleich zu Rentnern (31 %).
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen (34 %), fühlen sich weniger wahrscheinlich ausgesetzt als diejenigen, die mehr Schwierigkeiten haben.
- Befragten, die sich als Mittelschicht oder niedriger auf der sozialen Leiter betrachten, fühlen sich eher exponiert als diejenigen, die sich höher stellen. Zum Beispiel fühlen sich 39 %, die sich als Teil der Arbeiterklasse betrachten, exponiert, verglichen mit 30 %, die der Ansicht sind, dass sie zur oberen Mittelschicht gehören.

Die Analyse zeigt auch, dass je schwerwiegender ein Problem ist, das die Befragten für den Klimawandel halten, desto wahrscheinlicher ist es, dass sie sich ausgesetzt fühlen: 38 %, die es für ein sehr ernstes Problem halten, fühlen sich so, verglichen mit Befragten, die den Klimawandel für kein ernstes Problem halten (23 %).

QC14 Wie sind Sie persönlich umwelt- und klimabedingten Risiken und Bedrohungen ausgesetzt (z. B. Brände, Überschwemmungen, Verschmutzung, extreme Wetterbedingungen usw.)? (% – EU)

	Insgesamt „exposed“	Insgesamt „nicht exponiert“	Ich weiß nicht
EU-27	37	62	1
Geschlecht			
Mann	36	63	1
Frau	38	61	1
Alter			
15-24	39	60	1
25-39	38	61	1
40-54	38	61	1
55+	33	66	1
Bildung (Ende)			
—15	37	62	1
16-19	37	62	1
20+	36	63	1
Studieren noch	35	64	1
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	40	58	2
Führungskräfte	35	65	0
Andere weiße Kragen	43	56	1
Handwerkliche Mitarbeiter	37	62	1
Hauspersonen	42	56	2
Arbeitslose	37	62	1
Rentner	31	68	1
Studenten	35	64	1
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	44	56	0
Von Zeit zu Zeit	42	57	1
Fast nie/nie	34	65	1
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	39	60	1
Die untere Mittelschicht	37	62	1
Die Mittelschicht	37	62	1
Die obere Mittelschicht	30	70	0
Die Oberschicht	32	67	1
Klimawandel			
Größtes Problem	23	77	0
Eines der Probleme	32	67	1
Kein Problem	38	61	1

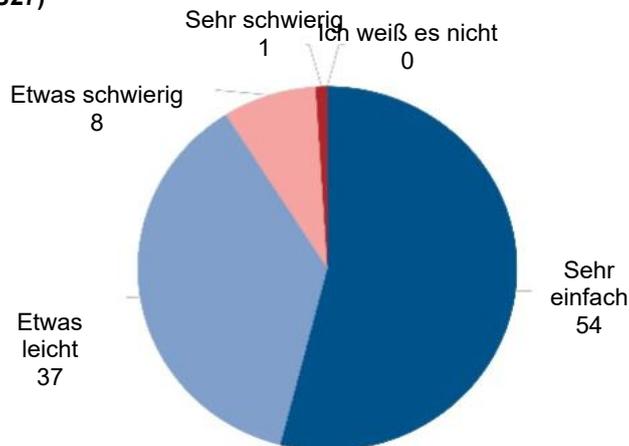
2. Zugang der Europäer zu Natur und Grünflächen

Mehr als acht von zehn Europäern sagen, dass es für sie leicht ist, Zugang zu Natur und Grünflächen zu haben.

Die Befragten wurden gefragt, wie einfach oder schwierig es für sie ist, Zugang zu Natur und Grünflächen zu erhalten.⁴⁷ Die große Mehrheit (91 %) sagt, dass es einfach ist, dies zu tun, 54 % geben an, dass es „sehr einfach“ ist. Fast jeder Zehnte (9 %) sagt, dass es für sie schwierig ist, Zugang zu Natur und Grünflächen zu haben.

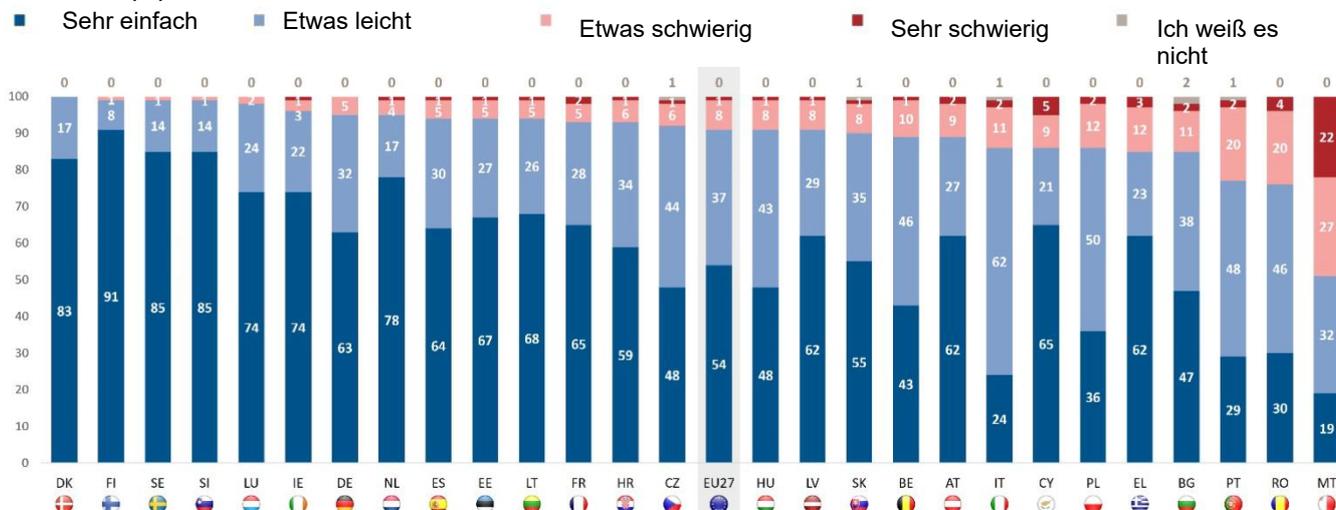
Mehr als drei Viertel der Befragten geben an, dass es für sie leicht ist, Zugang zu Natur und Grünflächen zu erhalten, und in 17 Mitgliedstaaten sagen mindestens neun von zehn dies. Alle Befragten in Dänemark sagen, dass dieser Zugang einfach ist (100 %), ebenso 99 % in Slowenien, Finnland und Schweden. Am anderen Ende der Skala sagen 51 % der Befragten in Malta, 76 % in Rumänien und 77 % in Portugal dasselbe.

QC13. Wie einfach oder schwierig ist es für Sie, Zugang zu Natur und Grünflächen zu haben? (IN % – EU27)



(Mai/Juni 2023)

QC13. Wie einfach oder schwierig ist es für Sie, Zugang zu Natur und Grünflächen zu haben? (%)



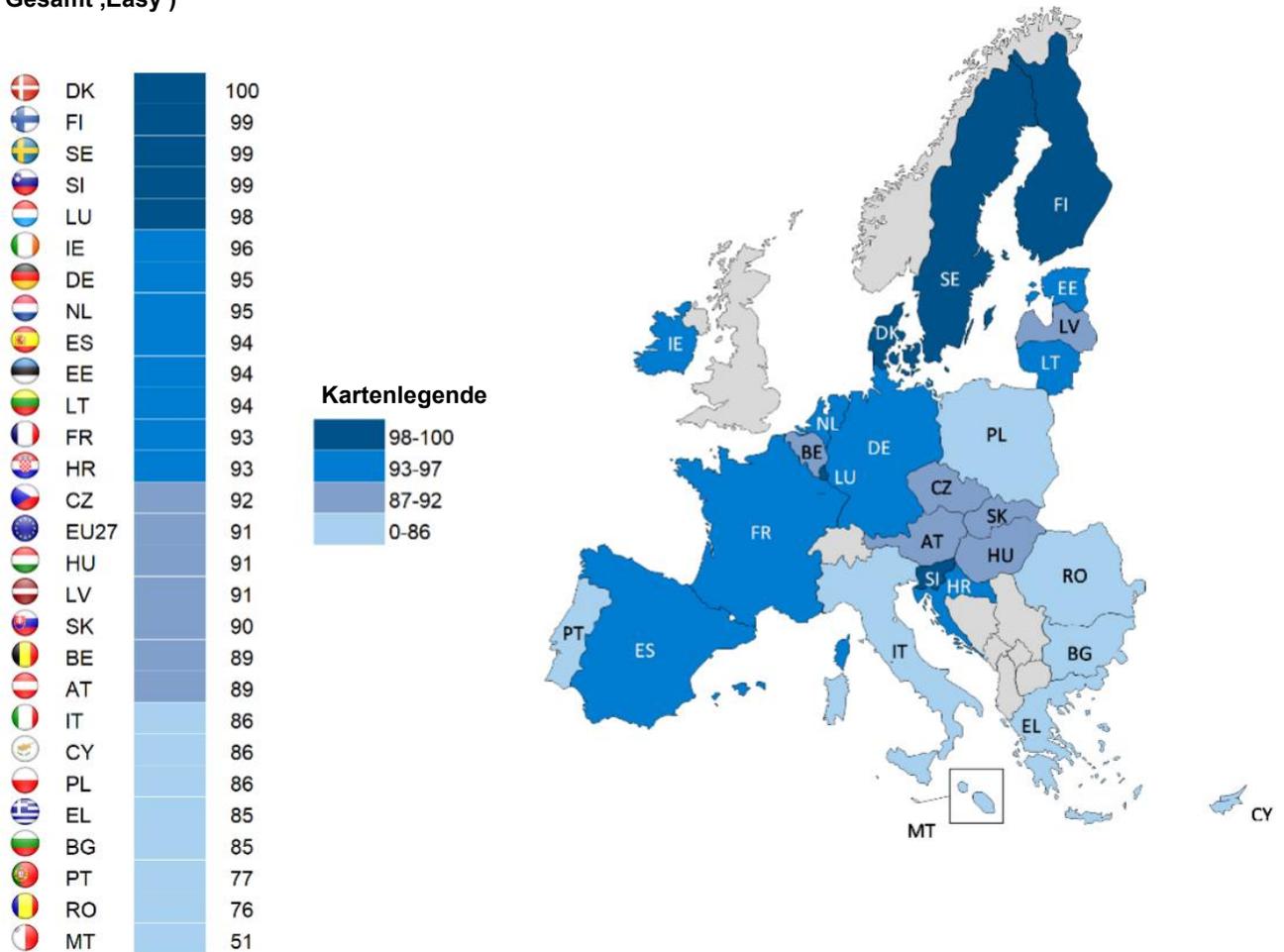
47 QC13. Wie einfach oder schwierig ist es für Sie, Zugang zu Natur und Grünflächen zu haben?

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die Karte zeigt, dass die Befragten, die es am einfachsten finden, Zugang zu Natur und Grünflächen zu haben, am ehesten in nördlichen und westlichen Gebieten der EU zu finden sind.

QC13. Wie einfach oder schwierig ist es für Sie, Zugang zu Natur und Grünflächen zu haben? (% – Gesamt ‚Easy‘)



Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Die soziodemografische Analyse zeigt, dass mehr als acht von zehn Befragten in jeder Gruppe einen einfachen Zugang zur Natur und Grünflächen haben. Infolgedessen gibt es nur wenige bemerkenswerte Unterschiede:

- Manager und Studenten (beide 93 %) sagen am ehesten, dass der Zugang leicht ist, insbesondere im Vergleich zu Hausbewohnern (84 %).
- Befragten, die nie oder fast nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, sagen eher, dass der Zugang einfacher ist als diejenigen, die größere Schwierigkeiten haben (94 % gegenüber 85 %).

QC13 Wie einfach oder schwierig ist es für Sie, auf Natur und Grünflächen zuzugreifen? (% – EU)

	„Einfach“ insgesamt	Insgesamt „schwierig“	Ich weiß nicht
EU-27	91	9	0
Geschlecht			
Mann	92	8	0
Frau	90	10	0
Alter			
15-24	92	8	0
25-39	91	9	0
40-54	92	8	0
55+	90	10	0
Bildung (Ende)			
—15	88	12	0
16-19	89	11	0
20+	93	7	0
Studieren noch	93	7	0
Sozio-professionelle Kategorie			
Selbstständige	91	8	1
Führungskräfte	93	7	0
Andere weiße Kragen	91	9	0
Handwerkliche Mitarbeiter	90	10	0
Hauspersonen	84	16	0
Arbeitslose	88	11	1
Rentner	91	9	0
Studenten	93	7	0
Schwierigkeiten beim Bezahlen von Rechnungen			
Die meiste Zeit	85	15	0
Von Zeit zu Zeit	85	14	1
Fast nie/nie	94	6	0
Betrachten Sie die Zugehörigkeit zu			
Die Arbeiterklasse	91	9	0
Die untere Mittelschicht	89	10	1
Die Mittelschicht	91	9	0
Die obere Mittelschicht	95	5	0
Die Oberschicht	93	7	0
Klimawandel			
Größtes Problem	92	8	0
Eines der Probleme	93	7	0
Kein Problem	88	11	1

SCHLUSSFOLGERUNG



Obwohl der Klimawandel nach wie vor als sehr ernstes globales Thema gilt, zeigen die Ergebnisse dieses Eurobarometers, dass die Meinungen der Europäer zum Klimawandel in den letzten zwei Jahren eine gewisse Veränderung erfahren haben. Der Klimawandel gilt nicht mehr als das gravierendste Problem der Welt. Sie steht an dritter Stelle hinter Armut, Hunger und Trinkwassermangel und bewaffneten Konflikten. Während Armut, Hunger und Mangel an Trinkwasser in der Vergangenheit als das schwerwiegendste Problem der Welt eingestuft wurden, kann der erhebliche Anstieg der Erwähnung bewaffneter Konflikte auf die anhaltende russische Invasion in die Ukraine zurückgeführt werden, die im Februar 2022 im Zeitraum zwischen der vorherigen Erhebung im Jahr 2021 und der aktuellen eingeleitet wurde.

Die Europäer halten den Klimawandel jedoch nach wie vor für ein ernstes Problem für sich. Fast acht von zehn Befragten glauben, dass der Klimawandel ein ernstes Problem ist, und dieses Ergebnis ist seit 2019 relativ stabil geblieben. Dies gilt für die Mehrheit in allen EU-Mitgliedstaaten.

Bei der Bekämpfung des Klimawandels ist mehr als die Hälfte der Auffassung, dass die Europäische Union, nationale Regierungen sowie Wirtschaft und Industrie für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind. Die Befragten erwähnen die nationalen Regierungen sowie die Wirtschaft und die Industrie weniger wahrscheinlich als 2021, sondern eher als im Jahr 2019.

Auf individueller Ebene glaubt etwas mehr als ein Drittel, dass sie persönlich für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich sind. Dennoch sagen fast zwei Drittel, dass sie in den letzten sechs Monaten Maßnahmen ergriffen haben, um den Klimawandel zu bekämpfen – ein Niveau, das seit 2019 relativ stabil geblieben ist. Dieses Ergebnis verschleiert jedoch erhebliche nationale Unterschiede – von mehr als acht von zehn Befragten in Luxemburg bis zu knapp drei von zehn in Rumänien.

Obwohl die Mehrheit der Europäer persönliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels ergreift, sind einige gemeinsame Maßnahmen weniger verbreitet. Sieben von zehn Europäern versuchen, Abfälle zu reduzieren und regelmäßig für das Recycling zu trennen, und zwar um 5 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021 und 2019, während etwas mehr als die Hälfte versucht, den Verbrauch von Einwegartikeln zu senken (53 %, -6 Prozentpunkte im Vergleich zu 2021 und -9 Prozentpunkte im Vergleich zu 2019). Tatsächlich sind die aktuellen Ergebnisse für diese beiden Maßnahmen die niedrigsten seit 2013. Fast vier von zehn geben an, dass beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes ein niedrigerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor für ihre Wahl ist, aber dies stellt den zweiten Rückgang seit 2019 in Folge dar.

Die Haltung der Europäer zur Bekämpfung des Klimawandels und des Übergangs zu sauberer Energie ist seit 2021 relativ stabil geblieben. Mehr als acht von zehn Befragten sind sich einig, dass die Bekämpfung des Klimawandels und der Umwelt eine Priorität sein sollte, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern. Drei Viertel sind sich einig, dass Maßnahmen gegen den Klimawandel

zu Innovationen führen werden, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen, während etwas mehr als sechs von zehn der Meinung sind, dass eine Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels den Bürgern in der EU zugute kommen kann.

Wenn es um Energie geht, stimmen fast acht von zehn darin überein, dass mehr öffentliche finanzielle Unterstützung für den Übergang zu sauberen Energien gewährt werden sollte, selbst wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten, während sieben von zehn sich darauf einigen, dass eine Verringerung der Einfuhren fossiler Brennstoffe aus Drittländern die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugute kommen könnte. In wirtschaftlicher Hinsicht stimmen fast drei Viertel überein, dass die Kosten für Schäden, die durch den Klimawandel verursacht werden, viel höher sind als die Kosten der Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind.

In Bezug auf staatliche Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels glauben mehr als zwei Drittel der Europäer, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut, um den Klimawandel zu bekämpfen, obwohl dies seit 2021 einen Rückgang um acht Prozentpunkte darstellt. Mit Ausnahme Finnlands glaubt eine Mehrheit in jedem Land, dass ihre nationale Regierung nicht genug tut.

Die Ziele für erneuerbare Energien und die Verbesserung der Energieeffizienz werden stark unterstützt. Fast neun von zehn halten es für wichtig, dass die EU ehrgeizige Ziele setzt, um die Nutzung erneuerbarer Energien bis 2030 zu erhöhen, und dieses Ergebnis ist seit 2021 stabil geblieben. Mehr als sieben von zehn Mitgliedstaaten halten es für wichtig, dass die EU in diesem Bereich ehrgeizige Ziele setzt. Fast neun von zehn halten es für wichtig, dass ihre nationale Regierung ehrgeizige Ziele setzt, um die Nutzung erneuerbarer Energien bis 2030 zu erhöhen. Obwohl dies seit 2021 nur um einen Punkt zurückgegangen ist, ist das derzeitige Ergebnis das niedrigste Förderniveau aller Zeiten.

Neben großen Mehrheiten, die ehrgeizige Ziele für erneuerbare Energien befürworten, halten mehr als acht von zehn Befragten es für wichtig, dass die Europäische Union Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 ergreift. Mehr als acht von zehn halten es auch für wichtig, dass ihre nationale Regierung Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz bis 2030 ergreift. Obwohl dies eine beträchtliche Mehrheit ist, stellt sie den niedrigsten Stand der Unterstützung dar, der zwei Punkte unter dem vorherigen Tiefstand vom März/April 2021 und sechs Punkte unter den Höchstständen von 2013-2015 liegt.

Ein klimaneutrales Europa wird in allen Mitgliedstaaten stark unterstützt. Fast neun von zehn Befragten sind sich einig, dass die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduziert werden sollten, während sie die verbleibenden Emissionen kompensieren, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen, einen Rückgang um zwei Prozentpunkte seit 2021 und einen Rückgang um vier Punkte seit 2019, wobei in jedem Mitgliedstaat auch mindestens sieben von zehn zustimmen.

Die Befragten wurden gebeten, aufgrund der Maßnahmen Russlands Energiepreisspitzen und Beschränkungen der Gasversorgung zu berücksichtigen und zu sagen, wie sie der Ansicht waren, dass die EU und die Mitgliedstaaten auf die grüne Energiepolitik reagieren sollten. Fast sechs von zehn glauben, dass die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigt, die Energieeffizienz gesteigert und der Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigt werden sollte. Ein Viertel glaubt, dass das Tempo des Übergangs beibehalten werden sollte, während etwas mehr als jeder Zehnte der Ansicht ist, dass während der Energiekrise mehr fossile Brennstoffe verwendet werden sollten, und der Übergang zur grünen Wirtschaft verlangsamt sich.

Die von den Europäern bevorzugten Maßnahmen zur Entlastung des durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Drucks bestehen darin, den Ausbau erneuerbarer Energiequellen in der EU zu beschleunigen und wirtschaftliche Maßnahmen zu ergreifen, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte wie die Besteuerung der Gewinne von Energieunternehmen und die Einführung von Energiepreisobergrenzen zu begrenzen.

Angesichts umfassenderer Umweltfragen sagen gut neun von zehn Europäern, dass es für sie leicht ist, Zugang zu Natur und Grünflächen zu erhalten, und mit Ausnahme Maltas sind mehr als drei Viertel in jedem Land der Meinung. Fast vier von zehn Europäern fühlen sich persönlich mit Umwelt- und Klimarisiken und -bedrohungen konfrontiert, aber dies maskiert erhebliche nationale Unterschiede. Fast zwei Drittel fühlen sich in Portugal so, verglichen mit knapp einem von zehn in Finnland.

Ein Überblick über die soziodemografischen Ergebnisse zeigt einige Muster. Die Befragten im Alter von 15 bis 24 Jahren, diejenigen, die eine Ausbildung im Alter von 20 Jahren oder älter abgeschlossen haben, diejenigen, die selten oder nie Schwierigkeiten haben, Rechnungen zu bezahlen, und diejenigen, die glauben, dass sie Teil einer höheren Kategorie in der sozialen Leiter sind, sind konsequent zu den wahrscheinlichsten, die glauben, dass der Klimawandel ein ernstes Problem ist. Diese Gruppen unterstützen auch eher Maßnahmen und Strategien, die das Problem angehen und eher denken, dass mehr getan werden muss. Auch die Wahrnehmung des Klimawandels hat Einfluss. Diejenigen, die glauben, dass der Klimawandel das größte oder eines der schwerwiegendsten Probleme der Welt ist, und diejenigen, die glauben, dass der Klimawandel ein sehr ernstes Problem für sich ist, unterstützen eher Maßnahmen und Maßnahmen, die den Klimawandel und seine Auswirkungen angehen.

Technische Spezifikationen

Vom 10. Mai bis zum 5. Juni 2023 führte Kantar Public im Namen von Kantar Belgien die Welle 99.3 der Eurobarometer-Umfrage auf Ersuchen der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation, „Medienüberwachung und Eurobarometer“ durch.

Welle 99.3 umfasst die Bevölkerung der jeweiligen Staatsangehörigkeiten der Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die in jedem der 27 Mitgliedstaaten ansässig sind und 15 Jahre und älter sind.

Das grundlegende Stichprobendesign, das in allen Ländern angewendet wird, ist ein geschichtetes mehrstufiges, zufälliges (Wahrscheinlichkeit) eins. In jedem Land wird der Stichprobenrahmen zunächst nach NUTS-Regionen und innerhalb jeder Region durch ein Maß für Urbanität (DEGURBA) geschichtet. Die Anzahl der in den einzelnen Schichten ausgewählten Stichprobenpunkte spiegelt die Schichtpopulation 15+ wider. In der zweiten Stufe wurden Stichprobenpunkte mit Wahrscheinlichkeit proportional zu ihrer Bevölkerungsgröße von 0+ aus jeder Schicht gezogen. Die Stichproben repräsentieren somit das gesamte Gebiet der untersuchten Länder gemäß EUROSTAT NUTS II (oder gleichwertig) und entsprechend der Verteilung der gebietsansässigen Bevölkerung der jeweiligen Nationalitäten in Bezug auf Metropol-, Stadt- und ländliche Gebiete⁴⁸.

An jedem der ausgewählten Probenahmestellen wurde eine Startordinate nach dem Zufallsprinzip und ein umgekehrtes Geokodierungstool zur Identifizierung der nächstgelegenen Adresse der Koordinaten gezogen. Diese Adresse war die Startadresse für den zufälligen Spaziergang. Weitere Adressen (jede N. Adresse) wurden nach Standardverfahren „zufälliger Route“ aus der ursprünglichen Adresse ausgewählt. In jedem Haushalt wurde der Befragte nach dem Zufallsprinzip gezogen. Die Herangehensweise an die Zufallsauswahl war abhängig von der Haushaltsgröße. Als Beispiel für Haushalte mit zwei mehr als 15 Mitgliedern wurde das Skript verwendet, um entweder den Informanten (die Person, die auf den Screener-Fragebogen antwortet) oder das andere förderfähige Mitglied im Haushalt auszuwählen. Für Haushalte mit drei mehr als 15 Mitgliedern wurde das Skript verwendet, um entweder den Informanten (1/3 der Zeit) oder die beiden anderen berechtigten Mitglieder im Haushalt auszuwählen (2/3 der Zeit). Dort, wo die beiden anderen Mitglieder ausgewählt wurden, wurde der

Interviewer dann aufgefordert, entweder nach dem jüngsten oder ältesten zu fragen. Das Skript würde die Auswahl zufällig dem jüngsten oder ältesten mit gleicher Wahrscheinlichkeit zuweisen. Dieser Prozess wird für vier mehr als 15 Haushaltsmitglieder fortgesetzt – nach dem Zufallsprinzip fragend nach den jüngsten, zweitjüngsten und ältesten. Für Haushalte mit fünf mehr als 15 Mitgliedern kehren wir zur letzten Geburtsstagsregel zurück.

Wenn kein Kontakt mit jemandem im Haushalt hergestellt wurde oder der ausgewählte Befragte nicht verfügbar war (beschäftigt), besuchte der Interviewer den gleichen Haushalt bis zu drei zusätzliche Male (insgesamt vier Kontaktversuche). Interviewer geben niemals an, dass die Umfrage im Auftrag der Europäischen Kommission durchgeführt wird; Sie können diese Informationen, sobald die Umfrage abgeschlossen ist, auf Anfrage zur Verfügung stellen.

Die Einstellungsphase war in den Niederlanden, Finnland und Schweden etwas anders. In den beiden letztgenannten Ländern wurde eine Stichprobe von Adressen innerhalb jeder Stichprobenstelle aus dem Adress- oder Bevölkerungsregister ausgewählt (in Finnland erfolgt die Auswahl nicht in allen Stichprobenstellen, aber in einigen Fällen, in denen erwartet wird, dass sich die Antwortquoten verbessern werden). Die Auswahl der Adressen erfolgte zufällig. Die Haushalte wurden dann telefonisch kontaktiert und rekrutiert, um an der Umfrage teilzunehmen. In den Niederlanden wird ein Dual-Frame-RDD-Probe (Mobil- und Festnetznummern) verwendet, da es kein umfassendes Bevölkerungsregister mit Telefonnummern gibt. Die Auswahl der Zahlen auf beiden Frames erfolgt zufällig, wobei jede Zahl eine gleiche Wahrscheinlichkeit der Selektion erhält. Im Gegensatz zu Schweden und Finnland ist die Stichprobe ungebündelt.

48 Urban Rural Klassifikation basierend auf DEGURBA (<https://ec.europa.eu/eurostat/web/degree-of-urbanisation/background>)

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

	LÄNDER	FORSCHUNGSINSTITUTE	N°- INTERVIEWS	FIELDWORKS-DATUM		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU
SEIN	Belgien	MCM Belgien	1038	10/05/2023	29/05/2023	9619330	2,53 %
BG	Bulgarien	Kantar TNS BBSS (englisch)	1017	11/05/2023	30/05/2023	5917534	1,56 %
CZ	Tschechien	STIEL/MARKIERUNG	1011	11/05/2023	02/06/2023	8982036	2,36 %
DK	Dänemark	Mantel Dänemark (Kantar Public)	1001	11/05/2023	30/05/2023	4891261	1,29 %
DE	Deutschland	Mantel Deutschland (Kantar Public)	1507	11/05/2023	31/05/2023	71677231	18,87 %
EE	Estland	Norstat Eesti	1005	11/05/2023	31/05/2023	1111597	0,29 %
IE	Irland	B und A Forschung	1006	11/05/2023	30/05/2023	4005909	1,05 %
EL	Griechenland	Kantar Griechenland	1007	11/05/2023	29/05/2023	9167896	2,41 %
ES	Spanien	Mantel Spanien (Kantar Public)	1015	11/05/2023	28/05/2023	40639381	10,70 %
FR	Frankreich	MCM Frankreich	1003	11/05/2023	25/05/2023	55700114	14,66 %
PERSON ALABTEI LUNG	Kroatien	Hendal	1014	11/05/2023	30/05/2023	3461468	0,91 %
IT	Italien	Testpoint Italia	1024	10/05/2023	23/05/2023	51599668	13,58 %
CY	Rep. von Zypern	Cymar Marktforschung	504	11/05/2023	25/05/2023	752304	0,20 %
LV	Lettland	Kantar TNS Lettland	1022	10/05/2023	23/05/2023	1590245	0,42 %
LT	Litauen	Norstat LT	1009	11/05/2023	28/05/2023	2373312	0,62 %
LU	Luxemburg	TNS Ilres	507	11/05/2023	24/05/2023	533335	0,14 %
HU	Ungarn	Kantar Hoffmann	1029	11/05/2023	26/05/2023	8313539	2,19 %
MT	Malta	Misco International GmbH	504	11/05/2023	29/05/2023	446788	0,12 %
NL	Niederlande	Kantar Niederlande	1020	10/05/2023	29/05/2023	14763684	3,89 %
BEI	Österreich	Das Österreichische Gallup Ins.	1002	11/05/2023	29/05/2023	7647176	2,01 %
PL	Polen	Forschungskollektiv	1026	11/05/2023	28/05/2023	31982941	8,42 %
PT	Portugal	Intercampus SA	1000	15/05/2023	31/05/2023	8915624	2,35 %
RO	Rumänien	CSOP SRL	1065	11/05/2023	29/05/2023	16174719	4,26 %
SI	Slowenien	Mediana DOO	1001	11/05/2023	05/06/2023	1791246	0,47 %
SK	Slowakei	MNFORCE	1003	11/05/2023	26/05/2023	4591487	1,21 %
FI	Finnland	Taloustutkimus Oy	1001	11/05/2023	02/06/2023	4672932	1,23 %
SE	Schweden	Mantel Schweden (Kantar Public)	1017	11/05/2023	30/05/2023	8541497	2,25 %
		EU-27 INSGESAMT	26358	10/05/2023	05/06/2023	379864254	100 %

* Es ist zu beachten, dass der in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentsatz aufgrund von Rundungen 100 % überschreiten kann.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Interviewmodus pro Land

Interviews wurden durch persönliche Interviews durchgeführt, entweder physisch in den Häusern der Menschen oder durch Remote-Videointeraktion in der entsprechenden Landessprache. Interviews mit Remote-Videointeraktion („online face-to-face“ oder CAVI, Computer Assisted Video Interviewing, wurden nur in Tschechien, Dänemark, Malta und Finnland durchgeführt).

LÄNDER	ANZAHL DER CAPI-INTERVIEWS	ANZAHL DER CAWI-INTERVIEWS	INSGESAMT N°-INTERVIEWS
SEIN			
BG	1,03		1,03
CZ		1,04	1,04
DK		1,05	1,05
DE	1,51		1,51
EE		1,02	1,02
IE		1,03	1,03
EL	532	480	1,01
ES	1,02		1,02
FR	1,02		1,02
PE RS ON			
ALABT	1,03		1,03
EIL UN G			
IT	1,03		1,03
CY	504		504
LV		1,01	1,01
LT		1,02	1,02
LU		513	513
HU	1,05		1,05
MT	329	191	520
NL	725	279	1
BEI	1,03		1,03
PL	1,04		1,04
PT		1,04	1,04
RO	1,05		1,05
SI	508	518	1,03
SK	710	293	1
FI		1,02	1,02
SE		1045	1,05
EU-27 INSGESAMT	14,09	12,58	26,67

CAPI: Computergestütztes persönliches Interview
CAWI: Computergestütztes Webinterview

LÄNDER	ANZAHL DER CAPI-INTERVIEWS	ANZAHL DER INTERVIEWS VON CAVI	INSGESAMT N°-INTERVIEWS
SEIN	1038		1038
BG	1017		1017
CZ	794	217	1011
DK	810	191	1001
DE	1507		1507
EE	1005		1005
IE	1006		1006
EL	1007		1007
ES	1015		1015
FR	1003		1003
PE RS ON			
ALABT	1014		1014
EIL UN G			
IT	1024		1024
CY	504		504
LV	1022		1022
LT	1009		1009
LU	507		507
HU	1029		1029
MT	348	156	504
NL	1020		1020
BEI	1002		1002
PL	1026		1026
PT	1000		1000
RO	1065		1065
SI	1001		1001
SK	1003		1003
FI	992	9	1001
SE	1017		1017
EU-27 INSGESAMT	25785	573	26358

CAPI: Computergestütztes persönliches Interview
CAVI: Computergestütztes Videointerview

Als Referenzwert wurde die im Jahr 2021 verwendete Methodik hinzugefügt. Aufgrund der COVID-19-Pandemie wurden die Interviews in einigen Ländern über Computer Assisted Web Interviewing (CAWI) durchgeführt. Die Länder, in denen sich die Methodik im Vergleich zu 2023 vollständig unterscheidet, sind Belgien, Tschechien, Dänemark, Estland, Irland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Portugal, Finnland, Schweden. Die Länder, in denen sich die Methodik im Vergleich zu 2023 teilweise unterscheidet, sind Griechenland, Malta, die Niederlande, Slowenien und die Slowakei.

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Rücklaufquoten

SE Schweden 64,7 %

Für jedes Land wird ein Vergleich zwischen der antwortenden Stichprobe und dem Universum (d. h. der Gesamtbevölkerung im Land) durchgeführt. Gewichte werden verwendet, um die reagierende Probe auf das Universum nach Geschlecht nach Alter, Region und Grad der Urbanisierung anzupassen. Für europäische Schätzungen (d. h. den EU-Durchschnitt) werden die einzelnen Ländergewichte angepasst, wobei sie nach oben oder unten gewichtet werden, um ihre 15+ Bevölkerung als Anteil der Bevölkerung der EU 15+ zu berücksichtigen.

Die Antwortquoten werden berechnet, indem die Gesamtzahl der vollständigen Interviews mit der Anzahl aller besuchten Adressen geteilt wird, mit Ausnahme derjenigen, die nicht förderfähig sind, aber auch solche, bei denen die Förderfähigkeit unbekannt ist. Für Welle 99.2 der EUROBAROMETER-Umfrage sind die von Kantar Public berechneten Antwortquoten für die EU-27-Länder:

	LÄNDER	RÜCKLAUFQUOTE N
SE	Belgien	55,5 %
N		
BG	Bulgarien	43,4 %
CZ	Tschechien	52,5 %
DK	Dänemark	39,3 %
DE	Deutschland	23,7 %
EE	Estland	51,6 %
IE	Irland	46,8 %
EL	Griechenland	30,1 %
ES	Spanien	36,9 %
FR	Frankreich	37,2 %
PE		
RS		
ON		
ALA	Kroatien	42,6 %
BT		
EIL		
UN		
G		
IT	Italien	25,7 %
CY	Rep. von Zypern	52,4 %
LV	Lettland	42,6 %
LT	Litauen	44,7 %
LU	Luxemburg	32,2 %
HU	Ungarn	62,1 %
MT	Malta	79,8 %
NL	Niederlande	66,1 %
BEI	Österreich	41,6 %
PL	Polen	53,4 %
PT	Portugal	46,1 %
RO	Rumänien	56,3 %
SI	Slowenien	43,9 %
SK	Slowakei	54,7 %
FI	Finnland	27,9 %

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Fehlermargen

Die Leser werden daran erinnert, dass Umfrageergebnisse Schätzungen sind, deren Genauigkeit, wobei alles gleich ist, auf der Stichprobengröße und dem beobachteten Prozentsatz beruht. Bei Stichproben von

etwa 1.000 Interviews schwanken die realen Prozentsätze innerhalb der folgenden Konfidenzgrenzen:

Statistische Margen aufgrund des Stichprobenverfahrens

(bei 95 % Vertrauen)

verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen

verschiedene beobachtete Ergebnisse sind in Spalten

	5 %	10 %	15 %	20 %	25 %	30 %	35 %	40 %	45 %	50 %	
	95 %	90 %	85 %	80 %	75 %	70 %	65 %	60 %	55 %	50 %	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5 %	10 %	15 %	20 %	25 %	30 %	35 %	40 %	45 %	50 %	
	95 %	90 %	85 %	80 %	75 %	70 %	65 %	60 %	55 %	50 %	

Fragebogen

Q1a Welches der folgenden betrachten Sie als das schwerwiegendste Problem der Welt als Ganzes?

(BILDSCHIRM ANZEIGEN – AUSLESEN – DREHEN – NUR EINE ANTWORT)

Q1b Welche anderen betrachten Sie als ernste Probleme?

(BILDSCHIRM ANZEIGEN – AUSLESEN – DREHEN – MAX. 3 ANTWORTEN)

	Q1a	Q1b
	Das schwerwiegendste Problem	Andere ernste Probleme
Klimawandel	1	1,
Internationaler Terrorismus	2	2,
Armut, Hunger und Trinkwassermangel	3	3,
Verbreitung von Infektionskrankheiten	4	4,
Die wirtschaftliche Lage	5	5,
Gesundheitliche Probleme durch Verschmutzung (N)	6	6,
Verbreitung von Atomwaffen	7	7,
Bewaffnete Konflikte	8	8,
Die wachsende Weltbevölkerung	9	9
Verschlechterung der Natur (N)	10	10
Verschlechterung der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit (N)	11	11
Sonstiges (Spontan)	12	12
Keine (spontane)	13	13
Dweißnicht	14	14
EB95.1 QB1a & b		

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Q2 Und wie ernst ein Problem, denken Sie, verwenden Sie eine Skala von 1 bis 10, mit ,1‘ bedeutet ,10‘, was bedeutet, dass es "ein extrem ernstes

(BILDSCHIRM ANZEIGEN – NUR EINE ANTWORT)

1 Kein ernsthaftes Problem	10 Ein extrem ernstes Problem	Dweißnic ht								
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11

1 QU EB95.1 QB2

Frage 3: Wer ist Ihrer Meinung nach innerhalb der EU für die Bekämpfung des Klimawandels verantwortlich?

(BILDSCHIRM ANZEIGEN – AUSLESEN – DREHEN – MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH)

Nationale Regierungen	1,
Die Europäische Union	2,
Regionale und lokale Behörden	3,
Wirtschaft und Industrie	4,
Sie persönlich	5,
Umweltgruppen	6,
Sonstiges (Spontan)	7,
Alle von ihnen (Spontaneous)	8,
Keine (spontane)	9,
Dweißnicht	10

EB95.1 QB3

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Q4 Inwieweit stimmen Sie jeder der folgenden Aussagen zu oder stimmen diesen nicht zu?

(BILDSCHIRM MIT SKALA ANZEIGEN – AUSLESEN – DREHEN – EINE ANTWORT PRO ZEILE)

	Voll und ganz zustimmen	Neige dazu, zuzustimmen	Neigen dazu, zu widersprechen	Völlig anderer Meinung	Dweißnicht
1 Die Bekämpfung von Klimawandel und Umweltfragen sollte eine Priorität sein, um die öffentliche Gesundheit zu verbessern(N)	1	2	3	4	5
2 Die Kosten der durch den Klimawandel verursachten Schäden sind viel höher als die Kosten der Investitionen, die für einen grünen Wandel erforderlich sind (N)	1	2	3	4	5
3 Die Verringerung der Importe fossiler Brennstoffe aus Drittländern kann die Energieversorgungssicherheit erhöhen und der EU wirtschaftlich zugutekommen	1	2	3	4	5
4 Maßnahmen gegen den Klimawandel werden zu Innovationen führen, die EU-Unternehmen wettbewerbsfähiger machen	1	2	3	4	5
5 Für den Übergang zu sauberen Energien sollte mehr öffentliche finanzielle Unterstützung gewährt werden, auch wenn die Subventionen für fossile Brennstoffe reduziert werden sollten.	1	2	3	4	5
6 Die Anpassung an die negativen Auswirkungen des Klimawandels kann für die Bürgerinnen und Bürger in der EU von Nutzen sein (M)	1	2	3	4	5

3 QU EB95.1 QB4 (Punkt 6 wird geändert)

Q5 Haben Sie persönlich Maßnahmen ergriffen, um den Klimawandel in den letzten sechs Monaten zu bekämpfen?

(NUR EINE ANTWORT)

Ja	1
Nein	2
Dweißnicht	3

1 QU EB95.1 QB5

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Q6 Welche der folgenden Aktionen, wenn überhaupt, gelten für Sie?

(BILDSCHIRM ANZEIGEN – AUSLESEN – DREHEN – MEHRERE ANTWORTEN MÖGLICH)

Sie haben ein neues Auto gekauft und sein niedriger Kraftstoffverbrauch war ein wichtiger Faktor in Ihrer Wahl	1,
Sie haben ein Elektroauto gekauft	2,
Sie nutzen regelmäßig umweltfreundliche Alternativen zu Ihrem privaten Auto wie Wandern, Radfahren, öffentliche Verkehrsmittel oder Carsharing	3,
Sie haben Ihr Haus besser isoliert, um Ihren Energieverbrauch zu reduzieren	4,
Sie haben ein Niedrigenergiehaus gekauft	5,
Beim Kauf eines neuen Haushaltsgerätes, z. B. Waschmaschine, Kühlschrank oder TV, ist ein geringerer Energieverbrauch ein wichtiger Faktor bei Ihrer Wahl	6,
Sie haben zu einem Energieversorger gewechselt, der einen größeren Anteil an Energie aus erneuerbaren Quellen bietet als Ihr vorheriges	7,
Sie haben Geräte in Ihrem Haus installiert, um Ihren Energieverbrauch zu steuern und zu reduzieren (z. B. Smart Meter)	8,
Sie haben Sonnenkollektoren in Ihrem Haus installiert	9,
Sie betrachten den CO ₂ -Fußabdruck Ihrer Lebensmittelkäufe und passen manchmal Ihren Einkauf entsprechend an.	10,
Sie berücksichtigen den CO ₂ -Fußabdruck Ihres Transports bei der Planung Ihres Urlaubs und anderer längerer Entfernungen und passen Ihre Pläne manchmal entsprechend an.	11,
Sie kaufen und essen weniger Fleisch	12,
Sie kaufen und essen mehr Bio-Lebensmittel	13,
Sie versuchen, Ihren Abfall zu reduzieren und trennen ihn regelmäßig für das Recycling	14,
Sie versuchen, den Verbrauch von Einwegartikeln wann immer möglich zu reduzieren, z. B. Plastiktüten aus dem Supermarkt, überschüssige Verpackungen	15,
Sonstiges (Spontan)	16,
Keine (spontane)	17
Dweißnicht	18

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

F7 Denken Sie, dass die (NATIONALITÄT-)Regierung genug, nicht genug oder zu viel tut, um den Klimawandel zu bekämpfen?

(NUR EINE ANTWORT)

Genug	1
Nicht genug	2
Zu viel	3
Ich weiß es nicht	4

1 QU EB95.1 QB7

READ OUT: Schauen wir nun in die Zukunft.

Frage 8 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen und die Menge erneuerbarer Energien, wie Wind- oder Solarenergie, bis 2030 erhöhen? (M)

(LESEN – EINE ANTWORT PRO ZEILE)

	Sehr wichtig	Ziemlich wichtig	Nicht sehr wichtig	Überhaupt nicht wichtig	Dweißnicht
1 Die (NATIONALITÄT) Regierung	1	2	3	4	5
2 Die Europäische Union	1	2	3	4	5

1QU EB95.1 QB8 MODIFIZIERT

F9 Wie wichtig ist es Ihrer Meinung nach, dass die folgenden Behörden Maßnahmen ergreifen, um die Energieeffizienz bis 2030 zu verbessern (z. B. indem sie Menschen ermutigen, ihr Zuhause zu isolieren, Sonnenkollektoren zu installieren oder Elektroautos zu kaufen)? (M)

(LESEN – EINE ANTWORT PRO ZEILE)

	Sehr wichtig	Ziemlich wichtig	Nicht sehr wichtig	Überhaupt nicht wichtig	Dweißnicht
1 Die (NATIONALITÄT) Regierung	1	2	3	4	5
2 Die Europäische Union	1	2	3	4	5

1QU EB95.1 QB9

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Q10 Inwieweit stimmen Sie der folgenden Erklärung zu oder stimmen zu: Wir sollten die Treibhausgasemissionen auf ein Minimum reduzieren und gleichzeitig die verbleibenden Emissionen ausgleichen, beispielsweise durch die Erhöhung der Waldflächen, um die EU-Wirtschaft bis 2050 klimaneutral zu machen.

(LESEN – NUR EINE ANTWORT)

- | | |
|-------------------------------|---|
| Voll und ganz zustimmen | 1 |
| Neige dazu, zuzustimmen | 2 |
| Neigen dazu, zu widersprechen | 3 |
| Völlig anderer Meinung | 4 |
| Dweißnicht | 5 |

1 QU EB91.3 Q9

Lesen Sie: Die russische Invasion der Ukraine hat globale Auswirkungen auf die Gas- und Nahrungsmittelversorgung, die Energiemärkte, die Inflation und die Lebenshaltungskosten. Einige Länder mussten zurückgehen, um Kohle und Öl zu nutzen, um Energie zu erzeugen.

Frage 11 Wie sollten die EU und ihre Mitgliedstaaten angesichts der Energiepreisspitzen und der Beschränkungen der Gasversorgung aufgrund der Maßnahmen Russlands in Bezug auf grüne Energiepolitik reagieren?

(LESEN – NUR EINE ANTWORT)

- | | |
|---|---|
| Wir sollten die Nutzung erneuerbarer Energiequellen beschleunigen, die Energieeffizienz steigern und den Übergang zu einer grünen Wirtschaft beschleunigen. | 1 |
| Wir sollten das gleiche Tempo des Übergangs zu einer grünen Wirtschaft beibehalten | 2 |
| Wir sollten während der Energiekrise wieder mehr fossile Brennstoffe nutzen und den Übergang zur grünen Wirtschaft verlangsamen. | 3 |
| Dweißnicht | 4 |

Spezielles Eurobarometer 538

Klimawandel

Frage 12a Auf welche der folgenden Arten sollten die EU und die Regierungen der Mitgliedstaaten reagieren, um den durch die Energiekrise verursachten wirtschaftlichen Druck zu entlasten? Erstens?

(BILDSCHIRM ANZEIGEN – AUSLESEN – DREHEN – NUR EINE ANTWORT)

Q12b Und dann?

(BILDSCHIRM ANZEIGEN – AUSLESEN – DREHEN – NUR EINE ANTWORT)

	Q12a Erstens?	Q12b Und dann?
Beschleunigung der Einführung erneuerbarer Energiequellen in der EU, um die Energiekosten zu senken und energieunabhängiger zu werden	1	1,
Diversifizierung der Versorgung mit fossilen Brennstoffen in die EU	2	2,
Mehr in Energieeffizienzmaßnahmen investieren (z. B. verbesserte Isolierung)	3	3,
Wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen, um den Preis der Energierechnungen für Haushalte wie die Besteuerung der Gewinne von Energieunternehmen und die Einführung von Energiepreisobergrenzen zu begrenzen)	4	4,
Direkte finanzielle Unterstützung für die wirtschaftlich schwächsten Mitglieder der Gesellschaft	5	5,
Sonstiges (Spontan)	6	6,
Dweißnicht	7	7,
1 QU NEU		

Q13 Wie einfach oder schwierig ist es für Sie, auf Natur und Grünflächen zuzugreifen?

(LESEN – NUR EINE ANTWORT)

Sehr einfach	1
Etwas leicht	2
Etwas schwierig	3
Sehr schwierig	4
Dweißnicht	5
1 QU NEU	

Frage 14 Wie sind Sie persönlich umwelt- und klimabedingten Risiken und Bedrohungen ausgesetzt (z. B. Brände, Überschwemmungen, Verschmutzung, extreme Wetterbedingungen usw.)?

(LESEN – NUR EINE ANTWORT)

Sehr exponiert	1
Etwas exponiert	2
Nicht sehr exponiert	3
Überhaupt nicht exponiert	4
Dweißnicht	5

Kommentare

(Pierre Dieumegard)

Titel der Pressemitteilung ([Eurobarometer: der ökologische Wandel sollte beschleunigt werden \(europa.eu\)](#)) lautet "Eurobarometer: Die Mehrheit der Europäer ist der Ansicht, dass der grüne Wandel schneller gehen sollte.

Der Inhalt dieser Pressemitteilung ist sehr positiv und scheint darauf hinzuweisen, dass die Europäer die Pläne der Kommission für den ökologischen Wandel und die Bekämpfung des Klimawandels unterstützen.

Aber wenn wir uns die Zahlen, Graphen und Karten ansehen, muss der Optimismus in den Blick genommen werden:

- 1) [Frage 4 zeigt](#), dass die Unterstützung für Maßnahmen gegen den Klimawandel rückläufig ist
- 2) Insbesondere zeigt die [Frage 4.5](#), dass der Widerstand gegen die finanzielle Unterstützung sauberer Energien gegenüber fossilen Brennstoffen zunimmt.

Es gibt große Unterschiede zwischen den EU-Ländern. Die „Ostländer“, d. h. diejenigen, die an Russland, Weißrussland und die Ukraine grenzen, sprechen sich nicht dafür aus, die Nutzung erneuerbarer Energien zu beschleunigen: siehe [Karte von Frage Q11](#).